

Stenografischer Bericht

55. Sitzung des Landtages Steiermark

XVIII. Gesetzgebungsperiode 19. März 2024

Beginn: 10.00 Uhr

Entschuldigt: LTAbg. Kügerl, LTAbg. Dipl.-Ing. Kinsky und LTAbg. Moitzi.

A. Einl.Zahl 3800/1

Aktuelle Stunde (§ 71 GeoLT)

Betreff: Asylantengewalt greift in der Steiermark um sich

Begründung der Aktuellen Stunde: KO Mario Kunasek (11510)

Stellungnahme: Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler (11514)

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Stefan Hermann, MBL (11516), LTAbg. Mag. Lukas Schnitzer (11518), LTAbg. Mag.(FH) Stefan Hofer (11520), KO LTAbg. Nikolaus Swatek BSc (11521), LTAbg. Marco Triller, MA, MSC (11523),

B1. Einl.Zahl 3792/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Campingplatzgesetz für die Steiermark*

Frage: LTAbg. Dr. Murgg (11526)

Beantwortung: Landesrätin Mag. Lackner (11526)

B2. Einl.Zahl 3803/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Gemeinnützige Pflegeheime stärken - Keine Finanzierung privater Gewinne aus Mitteln des Landes Steiermark*

Frage: KO LTAbg. Krautwaschl (11528)

Beantwortung der Frage: Landesrat Dr. Kornhäusl (11529)

Zusatzfrage: KO LTAbg. Krautwaschl (11530)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Kornhäusl (11530)

B3. Einl.Zahl 3809/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Wo bleibt das längst überfällige Pflegegesetz?*

Frage: LTAbg. Reif (11531)

Beantwortung der Frage: Landesrat Dr. Kornhäusl (11532)

B4. Einl.Zahl 3812/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Versprochen gebrochen – rot-schwarzer Streit in der Landesregierung führt zu weiterer Verzögerung beim ausstehenden Objektivierungsgesetz*

Frage: LTAbg. Mag. Hermann MBL (11533)

Beantwortung der Frage: Landeshauptmann Mag. Drexler (11534)

D1. Einl.Zahl 3796/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrätin Schmiedtbauer

Betreff: *Keine Landwirtschaft ohne Naturschutz - Kein flächendeckender Naturschutz ohne Landwirtschaft*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Andreas Lackner (11600)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Schmiedtbauer (11604)

Wortmeldungen: LTAbg. Andreas Lackner (11609), LTAbg. Hubert Lang (11610), LTAbg. Royer (11613), LTAbg. Andreas Lackner (11616), Landesrätin Schmiedtbauer (11617), KO LTAbg. Krautwaschl (11618), LTAbg. Hubert Lang (11621)

Beschlussfassung: (11623)

D2. Einl.Zahl 3801/1

Dringliche Anfrage der NEOS an Landesrat Amon, MBA

Betreff: *Politisch gewollter Abfertigungsklau oder Schlamperei in der Lehrpersonalverrechnung? Die Öffentlichkeit verdient volle Aufklärung!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Swatek BSc (11623)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Amon, MBA (11628)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Swatek BSc (11632), Landesrat Amon MBA (11635), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (11635)

Beschlussfassung: (11638)

M.: Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT

1. Einl.Zahl 3473/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit

Betreff: *Bedarf von MTD-Berufen erheben und Ausbildungsplätze aufstocken*

Wortmeldungen: KO LTAbg. Klimt-Weithaler (11536), LTAbg. Dr. Pokorn (11538), LTAbg. Schwarzl (11539), LTAbg. Zenz (11540), LTAbg. Triller BA MSc (11540), LTAbg. Izzo (11542)

Beschlussfassung: (11542)

2. Einl.Zahl 3479/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft

Betreff: *Plattform zur besseren Vernetzung von Studierenden und Verwaltung*

Wortmeldungen: KO LTAbg. Swatek BSc (11543), LTAbg. Grubesa (11544), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (11545)

Beschlussfassung: (11546)

3. Einl.Zahl 3545/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Gewalt gegen Frauen: Zentrale Notrufnummer auf Milchpackungen*

Wortmeldungen: KO LTAbg. Klimt-Weithaler (11546), LTAbg. Ahrer (11549), LTAbg. Kober (11550), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (11552), LTAbg. Mag. Kerschler (11554), LTAbg. Nitsche MBA (11555), LTAbg. Reif (11558), LTAbg. Skazel (11559), Landesrätin Mag. Kampus (11560)

Beschlussfassung: (11563)

4. Einl.Zahl 3495/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit

Betreff: *Aktualisierung der OP-Wartezeitenliste*

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Pokorn (11564), LTAbg. Triller BA MSc (11564), Landesrat Dr. Kornhäusl (11566)

Beschlussfassung: (11567)

5. Einl.Zahl 3533/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit

Betreff: *Werbemaßnahmen für Stipendien für zukünftige MedizinerInnen*

Wortmeldungen: LTAbg. Reif (11567), LTAbg. Schwarzl (11569), LTAbg. Triller BA MSc (11571), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (11573), Landesrat Dr. Kornhäusl (11574)

Beschlussfassung: (11575)

6. Einl.Zahl 3476/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit

Betreff: *Der steirische Jugendlandtag fordert: Aufklärung gegen Diskriminierung jeglicher Art*

Wortmeldungen: LTAbg. Majcan, MSc BSc (11575), LTAbg. Schweiner (11577)

Beschlussfassung: (11578)

7. Einl.Zahl 3687/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Verkauf einer Liegenschaft in Weiz, Gesamtpreis: 305.000 Euro*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 8)

Beschlussfassung: (11581)

8. Einl.Zahl 3710/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *B69 Südsteirische Grenzstraße, Abschnitt "Ortsumfahrung Ehrenhausen", Entschädigung für die Einlöse einer Wohnliegenschaft samt Nebengebäude*

Wortmeldungen: LTAbg. Ahrer (11579), LTAbg. Mag. Kerschler (11580), LTAbg. Ing. Holler BA (11580)

Beschlussfassung: (11581)

9. Einl.Zahl 3534/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit

Betreff: *Neue Ausbildungswege für Quereinsteiger im Bereich der Elementarpädagogik*

Wortmeldungen: LTAbg. Eisel-Eiselsberg (11582), LTAbg. Grubesa (11583)

Beschlussfassung: (11584)

10. Einl.Zahl 3470/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit

Betreff: *Kostenfreies und gesundes Mittagessen in unseren elementaren Bildungseinrichtungen*

Wortmeldung: LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck (11584)

Beschlussfassung: (11587)

11. Einl.Zahl 3475/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit

Betreff: *Der steirische Jugendlandtag fordert: Förderung von Politischer Bildung an Schulen*

Wortmeldungen: LTAbg. Derler (11587), KO LTAbg. Swatek BSc (11589), LTAbg. Hebesberger (11591), LTAbg. Majcan BSc MSc (11593), LTAbg. Karelly (11595)

Beschlussfassung: (11597)

12. Einl.Zahl 3461/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit

Betreff: *Radikalislam in steirischen Schulen zurückdrängen*

Beschlussfassung: (11597)

13. Einl.Zahl 3730/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2024 bis 2028*

Wortmeldungen: LTabg. Eisel-Eiselsberg (11598), Landesrat Amon MBA (11598)

Beschlussfassung: (11599)

14. Einl.Zahl 3731/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Auslieferungsbegehren, Einl.Zahl 3731/1, gemäß Art 34 L-VG und Art 96 iVm Art 57 B-VG der Staatsanwaltschaft Klagenfurt*

Beschlussfassung: (11599)

Erste Präsidentin Khom: Hohes Haus!

Es findet heute die 55. Sitzung des Landtages Steiermark in dieser Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Anwesenden, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrats. Für den heutigen Sitzungsverlauf sind entschuldigt die Frau Abgeordnete Helga Kügerl, der Herr Abgeordnete Andreas Kinsky und der Herr Abgeordnete Wolfgang Moitzi.

Bevor wir in die heutige Sitzung starten, möchte ich uns allen einen schönen Josefitag wünschen. Es ist durchaus etwas Besonderes, dass gerade an unserem steirischen Landesfeiertag der Landtag tagt, über wichtige Belange unseres Bundeslandes debattiert. Ich glaube, wir alle wissen, woher kommt der Josefitag. Ich glaube, wir alle wissen, dass der Heilige Josef jemand war, der in seinem Leben wohin gestellt wurde, wo er, glaube ich, nicht unbedingt hinwollte. Aber er hat Verantwortung übernommen für dieses, für sein Leben und für seine Umgebung. Und ich glaube, das ist auch etwas, das wir in diesem Hause tun wollen.

Ich war heute in der Früh in der Kirche und da hat der Herr Pfarrer gesagt, Sie alle sind gekommen mit Ihren eigenen Gedanken. Ich denke auch, das ist in diesem Haus so, dass jede und jeder von uns eigene Gedanken mithat, weil es auch unsere Aufgabe ist, die Gedanken, die wir draußen hören, Wünsche, Sorgen, Ängste der Bevölkerung mit hereinbringen, damit wir gemeinsam an einem Bild der Steiermark arbeiten. Wir in unserer Verantwortung, aber jede Steirerin und jeder Steirer, die das auch mit ihrem Tun machen. Und darum, glaube ich, ist es ein schöner Zufall, dass heute, während wir Landtag haben und uns bemühen, für dieses Land ein gutes gemeinsames Bild zu zeichnen, auch der Josefitag ist.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Die Gesamtredezeit der heutigen Landtagssitzung wurde gemäß § 57 Absatz 4 der Geschäftsordnung in der Präsidialkonferenz beraten und beträgt fünf Landstunden.

Ich ersuche gemäß § 55 Absatz 1 der Geschäftsordnung um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Vom Landtagsklub der FPÖ wurde am Mittwoch, dem 13. März 2024, ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit der Einl.Zahl 3800/1 betreffend „**Asylantengewalt greift in der Steiermark um sich**“ eingebracht.

Gemäß § 71 der Geschäftsordnung wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet. Zur Begründung erteile ich Herrn Klubobmann, Abgeordneten Mario Kunasek, das Wort. Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (10.03 Uhr): Ja, danke schön, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank!

Frau Präsidentin, du hast von Wünschen und Sorgen der Steirerinnen und Steirer in deiner Einleitung gesprochen. Und viele Steirer, viele Bürger auch unseres Landes haben berechtigte Sorge und sind auch besorgt über Gewaltexzesse, die wir lesen in den Medien, teilweise auch nicht lesen, die aber leider tagtäglich auch in der Steiermark, ganz besonders in Graz, aber in Österreich insgesamt auch vorkommen. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb haben wir uns auch entschieden, die Aktuelle Stunde im Rahmen dieses Themas auch entsprechend hier heute zu debattieren. Und ich sage hier auch, es war gar nicht so einfach,

diese Begründung auf drei Seiten darzustellen, weil ja tagtäglich auch neue, kann man sagen, Horrormeldungen in diesem Bereich auch stattfinden. Und deshalb werde ich versuchen, einen kurzen Abriss der besorgniserregenden Vorfälle der letzten Tage und Wochen hier auch im Landtag Steiermark dann entsprechend hier darzustellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landeshauptmann ganz besonders, ich glaube, es ist auch notwendig, dieses Thema hier im Landtag auf der politischen Bühne zu debattieren, nicht nur in vielzitierten Sonntagsreden oder gestern auch Feiertagsreden, sondern hier auch ganz klar die Positionen der Parteien hier auch herauszuarbeiten. Und ich glaube, diese Positionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die klappen meilenweit auseinander. Während wir auf der einen Seite die Grünen, die Kommunisten und die Babler-SPÖ hier im Landtag haben, denen es ja nicht genug sein kann an jungen Migranten aus arabischen Ländern, ist es die Freiheitliche Partei, die seit Jahren, ja seit Jahrzehnten, auf diese Missstände, die man kommen gesehen hat, auch immer hingewiesen hat. Die Freiheitliche Partei ist auch die einzige Partei, meine sehr geehrten Damen und Herren, die hier ganz klar eine Null-Toleranz-Politik verfolgt, wenn es um Kriminalität geht und auch ganz klar eine Das-Boot-ist-voll-Politik, wenn es um die Zuwanderung geht, hier auch vertritt. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren der Volkspartei, bei Ihnen tue ich mir eigentlich am schwersten auch mit der Zuordnung oder Einordnung Ihrer Position, weil diese Position sich über die Jahre immer wieder verändert, teilweise auch monatlich und wöchentlich. Ich kann mich gut erinnern, wir werden das auch noch einmal in Erinnerung rufen heute, 2015 war es die Volkspartei, der Herr Landeshauptmann ganz vorne als Willkommensklatscher, dann war es ein gewisser Sebastian Kurz, der vermeintlich die Balkanroute geschlossen hat, bis hin zu einem aus meiner Sicht grenzwertig agierenden und argumentierenden Innenminister gestern in der ZIB 2, der von einem Waffenverbot für Jugendliche und für Afghanen spricht. Übrigens, § 11 des Waffengesetzes, 11 und 11a, regelt das bereits. Um hier auch ein bisschen die, ich sage einmal, die nicht vorhandene Position der ÖVP in dieser Frage noch einmal hervor zu streichen. Aber ich hoffe, dass wir heute hier entsprechende Antworten auch von Ihnen, Herr Landeshauptmann, bekommen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen deshalb, und das kann ich Ihnen nicht ersparen und auch der Öffentlichkeit nicht, ein paar Vorfälle hier noch einmal skizzieren, die uns alle zum Nachdenken bringen sollen. Und ich versuche, das in einer kurzen Darstellung. Am 13. Februar liest man in der Zeitung, eine 27-jährige Somalierin legte im Asylgroßquartier in Kindberg ein Feuer in ihrem Zimmer. 160 Menschen mussten evakuiert werden, fünf davon wurden verletzt. Vier Tage später,

17. Februar: Messerstecherei in einer Asylunterkunft in Graz-Gries. Zwei unbegleitete minderjährige Syrer gerieten in Streit und einer zückt ein Messer, sticht auf seinen Kontrahenten ein und bedroht weitere Asylanten. 1. März: Wilde Schlägerei am helllichten Tag um 13.30 Uhr zwischen einem 18-jährigen Syrer und einem 14-jährigen Afghanen in Graz-Gries. Der 14-Jährige wird schwer verletzt, die Passanten setzen die Rettungskette in Gang. 5. März: Vermutete Brandstiftung in Liezen, ein Großbrand ausgehend von einem Geschäftslokal. Wie sich im Nachhinein herausstellt, dürften die Besitzer eines Barber-Shops Syrer, 18 und 39, den Brand selbst gelegt haben. Besonders tragisch und auch bemerkenswert, dass es in einem Haus stattgefunden hat mit Wohnungen, wo auch Kinder entsprechend untergebracht sind, die sich in letzter Sekunde noch retten haben können. Am 9. März: In einer ehemals beschaulichen Umlandgemeinde von Graz, nämlich in Feldkirchen, zwei Afghanen, 18 und 19 geraten in Streit, der Jüngere sticht mehrfach auf den Oberkörper des Kontrahenten ein, verletzt ihn schwer. Am 12. März, drei Tage später, ein skurriler Fall in Leoben. Ein 27-jähriger Tunesier randaliert bei seiner Festnahme dermaßen, dass er zwei Polizisten verletzt und trotz Hand- und Fußfesseln ist es ihm gelungen, mit dem Kopf die Scheibe des Polizeiautos einzuschlagen und einen Fluchtversuch entsprechend zu starten und so weiter und so weiter. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein kurzer Abriss aus der Steiermark. Und ja, wir lesen auch immer wieder von Fällen außerhalb unseres Bundeslandes. Und da ist ja Wien ganz besonders immer auch im Fokus, wenn es darum geht, diese Gewaltexzesse leider erleben zu müssen. Wie Sie ja auch wissen und wie das auch in den Medien gestanden ist, am 5. März wurde eine 14-Jährige tot in einer Wohnung eines 26-jährigen Afghanen aufgefunden. Sie soll unter Drogen gesetzt und missbraucht worden sein. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, der wohl auch aus meiner Sicht einer der traurigsten Fälle in den letzten Wochen und Monaten, der Fall einer Zwölfjährigen, die über Monate hinweg von einer 17-köpfigen Migrantengruppe auf bestialische Art und Weise missbraucht wurde, die Täter, die vermeintlichen Täter, 13 bis 18 Jahre alt, die das Mädchen bei diesen Handlungen gefilmt haben, entsprechend dann auch erpresst haben. Der erste vermeintliche Täter hat sich bereits in das Ausland abgesetzt und die anderen Täter können strafrechtlich nicht belangt werden aufgrund ihres Alters. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die nächsten Zeilen kann und will ich Ihnen nicht ersparen, weil es die Dramatik und die Breite und Größe des Themas aufzeigt. Die Kronen Zeitung hat über diesen Fall berichtet und hat dieses Mädchen auch entsprechend interviewt. Und ich zitiere hier aus der Kronenzeitung: „Anna, gibt es noch etwas, das dir Freude bereitet?“ „Ja, wenn ich mit

meinen Geschwistern und meiner Mama Karten spiele oder ich mir im Fernsehen eine Komödie anschau.“ „Wenn du einen Wunsch frei hättest, egal wie groß, welcher wäre da?“ „Dass ich weit weg von Wien bin, am Meer, in der Sonne, an einem einsamen Strand.“ „Was würdest du da tun?“ „Sandburgen bauen mit Türmchen und dicken Mauern rundherum“, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, dass dieser Bericht und diese Aussage dieses Mädchens uns alle zum Nachdenken bewegen sollte, aber vor allen Dingen auch dazu bewegen sollte, dass wir hier dringendsten Handlungsbedarf haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Deshalb, und da bin ich ja Gott sei Dank nicht alleine und auch die Freiheitliche Partei nicht mehr alleine, selbst der ÖVP Stadtrat Hohensinner hat gestern in einem Instagram-Posting ganz klar und deutlich mehrere Forderungen aufgestellt, die Sie ja auch kennen. Er sagt ja selbst, dass wir in der Steiermark alleine im Jahr 2022 5683 Tatverdächtige, minderjährige Tatverdächtige haben, ein Plus von 1000. Und es deshalb auch natürlich hier einen direkten Zusammenhang gibt mit der Zuwanderung aus den Jahren 15 und 16 und es entsprechende Maßnahmen braucht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Maßnahmen können aus meiner und unserer Sicht nur Folgende sein: Eine sofortige Herabsetzung der Strafmündigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn jemand vergewaltigen kann, wenn jemand verletzen kann, wenn jemand jemandem menschliches Leid zufügt, dann hat er für diese Taten auch die Konsequenzen zu erleben. Das muss auch der Auftrag der Politik sein. Das erwarten sich auch die Opfer und die Menschen in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und ja, wir müssen auch ganz klar sagen, und das braucht man im weitesten Sinne auch nicht gesetzlich regeln, das ist eine Frage der inneren Haltung und die Frage der klaren Worte. Wenn sich jemand bei uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich sage das auch hier am Rednerpult des Landtages Steiermark, in einem Land, wo Gastfreundschaft und Hilfe immer groß geschrieben waren, das wissen wir alle, wenn sich jemand an unsere Spielregeln nicht halten kann, wenn jemand ein Problem hat mit unserer Kultur, mit unseren Werten, mit unseren Gesetzen, dann hat er schlicht und ergreifend das Gastrecht in unserem Land leider verspielt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und hat das Land auch zu verlassen. *(Beifall bei der FPÖ)* Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade heute, Frau Landtagspräsidentin, du hast den Josefitag ja auch in deiner Einleitung erwähnt. Der Heilige Josef war ja nicht nur oder ist nicht nur der Landespatron der Steiermark, er ist auch der Schutzpatron der Kinder. Auch das wissen wir gerade heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es deshalb wichtig sein, in einer unaufgeregten Art und Weise die Positionen der

einzelnen Parteien zu diesem Thema zu erfahren, aber letztlich auch mit einer ganz klaren Sprache unsere Heimat entsprechend zu verteidigen und entsprechend auch, und das sage ich hier auch in aller Deutlichkeit, den Wünschen vieler, vieler Steirer zu entsprechen, hier endlich auch mit härteren Strafen und mit der vollen Härte des Gesetzes gegen solche Menschen, die hier zu uns hergekommen sind, auch vorzugehen. Ich bedanke mich und freue mich auf die Antwort des Herrn Landeshauptmannes. *(Beifall bei der FPÖ – 10.12 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler, das Wort. Bitte schön, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Drexler - ÖVP (10.13 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Ich bedanke mich für die Einbringung oder Anregung einer Aktuellen Stunde, denn die Themen, die Klubobmann Kunasek vorhin angesprochen hat, sind Themen, die tatsächlich die Menschen in unserem Land bewegen. Ich glaube, wir alle waren gerade in den letzten Wochen fassungslos, ob der Verbrechen, die hier stattgefunden haben. Wenn junge Mädchen, Kinder unter Drogen gesetzt, unter Alkoholeinfluss gesetzt, missbraucht und vergewaltigt werden, von jugendlichen Tätern, eigentlich auch Kinder, die allesamt migrantischen Milieus entspringen, dann kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Es ist für mich als Landeshauptmann der Steiermark, aber auch als Jurist und vor allem als Vater eine Verpflichtung, dass wir diese gesellschaftlichen Phänomene außerordentlich ernst nehmen, dass wir in uns gehen und überlegen und untersuchen, was zu tun ist. Nur eines kann nicht sein, dass man nichts tut und dass wir einfach sozusagen in den weiteren Alltag hineinfließen. Es ist zu diskutieren und es ist entschlossen zu handeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, ob die Herabsetzung der Strafmündigkeit eine Lösung ist oder gar die Lösung ist. Aber zumindest der Blick in die Schweiz zeigt uns, dass es auch andere Regeln als in Österreich gibt. Ich fordere hier eine sensible, aber gleichzeitig verantwortungsvolle Diskussion ein. Mit allen, die sich zu diesem Thema äußern wollen. Von Pädagoginnen und Pädagogen bis zu Strafrechtlerinnen und Strafrechtlern, Staatsanwaltschaft, Justizwache, Polizei, Kinderpsychiaterinnen und -psychiater. Alle sind gefordert, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Und meine sehr verehrten Damen und

Herren, es ist aber nur ein Teil des Themas. Ein Gutteil der mutmaßlichen Täter war ja strafmündig und wird von unserer Rechtsordnung aber dennoch auf freiem Fuß belassen. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund, wo wir erlebt haben, wer alles in Untersuchungshaft in dieser Republik in den letzten Jahren so war. Und jetzt ist es völlig verständlich, dass die Rechtsordnung an sich davon ausgeht, dass gerade bei Kindern und Jugendlichen ein besonderer Maßstab anzusetzen ist. Ja, wegen einer lässlichen Sünde soll niemand aus dem gewohnten Umfeld gerissen werden, aus dem Schulalltag gerissen werden. Natürlich ist es ein anderer Zugang, wenn wir von 14- bis 18-Jährigen reden, als wenn wir von Berufskriminellen in den 30ern reden. Aber wir müssen schon sehen, dass wir hier eine neue Intensität an Verbrechen erlebt haben. Und viele in diesem Land stellen sich, so wie auch der Herr Klubobmann Kunasek und auch ich die Frage, ob Menschen, auch wenn sie jung sind, die fähig sind, solche Taten zu begehen – bewusst, nicht auch die Konsequenzen tragen müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein außerordentlich ernstes Thema. Ich möchte es, das ist ein kleiner Unterschied zum Klubobmann Kunasek, der wollte hier hauptsächlich heute auch die Meinungen der Parteien hören. Soll es geben. Aber das ist kein Thema für den Parteienstreit. Das ist ein Thema für eine ernsthafte Diskussion. Das ist ein Thema, wo wir uns gemeinsam bemühen müssen. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS)* Und jetzt eine zweite Komponente meines Erachtens angesprochen. Mir begegnet niemand, der mit den bisherigen Reaktionen des Rechtsstaats zufrieden ist. Mir begegnen im Gegenteil viele Menschen, die sich kopfschüttelnd abwenden oder die irritiert zurückgelassen werden. Und das ist ein ernstes Problem. Denn, wenn die Unzufriedenheit mit unserer Rechtsordnung und mit unserem Rechtsstaat wächst, entsteht ein großes Problem. Rechtsphilosophisch spricht man vom Thema der Normakzeptanz, also die Akzeptanz von uns allen, unseres Regelwerks. Und im Regelwerk in dieser Republik hat das Strafrecht natürlich eine ganz besondere Rolle. Man spricht ja auch von der Ultima Ratio Funktion des Strafrechts, das letzte Mittel. Dieses letzte Mittel muss sorgsam eingesetzt werden. Aber wenn es eindeutig große Missstände gibt, wenn der Unwert der Tat so erheblich ist, dann braucht es diese Ultima Ratio Funktion des Strafrechts und dann braucht es ein entsprechend entschlossenes Handeln der Justiz und damit unserer Rechtsordnung. Das gilt, glaube ich, ganz allgemein und ich hoffe, dass wir das in großer und breiter Einmütigkeit so sehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war mir das Wichtigste. Es gäbe noch einige Punkte, weiter darauf einzugehen. Es gäbe viele Argumente, warum möglicherweise manche, die heute besonders lautstark sich zu Wort

melden, guten Grund hätten auch in der eigenen Vergangenheit zu kramen, nicht nur in der von anderen. Ich erspare Ihnen die Anzahl der Anerkennungsquote der Schutzgewährung für Afghanen und so weiter unter dem seinerzeitigen Innenminister Kickl und unter dem jetzigen. Allein, dass ich es kurz erwähne, wird Ihnen klarmachen, dass die Zahlen eine deutliche Sprache sprechen. Aber um das geht es nicht. Es geht darum, dass wir in möglichst großer Einmütigkeit klar unsere Grenzen benennen. Viel zu viele Grenzen sind in der letzten Zeit überschritten worden, eigentlich eingerissen worden. Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, braucht es klare Antworten des Rechtsstaats, braucht es auch klare Signale der Politik, braucht es eine unbedingte Hausordnung in diesem Land, an die sich alle zu halten haben. Mehr ist nicht zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.21 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Die Redezeit der weiteren Rednerinnen und Redner in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten und zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stefan Hermann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL - FPÖ (10.21 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Klubobmann Kunasek hat in seiner Wortmeldung das Problem der importierten Gewalt und der importierten Kriminalität umrissen und auch der Landeshauptmann hat ein paar spannende und durchaus interessante und auch teilweise unterstützenswerte Aussagen getätigt. Der Landeshauptmann hat gemeint, es darf das Thema der Sicherheit der importierten Kriminalität kein Thema eines Parteienstreits sein. Und da bin ich bei Ihnen, Herr Landeshauptmann, es ist kein Thema eines Parteienstreits, es ist ein Thema der Glaubwürdigkeit. Und auf die Glaubwürdigkeit komme ich nachher noch zu sprechen. Wir erleben, dass durch die unkontrollierte Massenzuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts der letzten Jahre Menschen zu uns gekommen sind, die zu einem überwiegenden Großteil junger Männer sind, die integrationsunwillig sind. Das wissen wir, wenn wir beispielsweise die Aslan-Studie lesen, und die andererseits vermehrt straffällig werden. Und der vielbeschworene Weg der kleinen Quartiere in der Steiermark, den Landesrätin Kampus hier immer wieder als Vorzeigeprojekt und Modell auch abfeiert, hat dazu geführt, dass es keine Kommune mehr oder kaum eine Kommune in der Steiermark mehr gibt, die kein Asylquartier beherbergt und dass wir diese Sicherheitsprobleme auf das ganze Land verteilen.

Ein Beispiel aus meiner Heimatgemeinde, am 8. März vor einigen Tagen kam es zu einer Messerstecherei in einem Asylquartier, wo ein 19-Jähriger auf einen 18-jährigen Afghanen eingestochen hat. Mehrere Messestiche in den Oberkörper, ein großer Polizeieinsatz. Diese Asylunterkunft liegt 500 Meter entfernt von einer Kinderkrippe, liegt 500 Meter entfernt von einem Kindergarten. Und meine Frage an die Politik, wie kommen die Bewohner meiner Heimatgemeinde dazu, in Angst und Sorge leben zu müssen? Wie kommen die Nachbarn dieser Unterkunft dazu, dass sie ihren Garten nicht mehr betreten können, weil sie Angst haben, angepöbelt und angegafft zu werden? Wie kommen Feldkirchner Bürger dazu, sich in einem Ortsteil ihrer Gemeinde unwohl fühlen zu müssen? Und was sagen Sie den Feldkirchnern Bürgern als Regierungspolitiker, wenn diese Probleme schon seit Jahren bekannt sind? Es hat am Sonntag eine Berichterstattung in der Zeitung der Grazer gegeben über Ausländerkriminalität. Und der Klubobmann Kunasek hat das schon kurz angesprochen, jeder vierte jugendliche Straftäter in der Steiermark im Jahr 2022 war kein Österreicher. Es hat im Jahr 2022 1613 Anzeigen gegen fremde Tatverdächtige bis 18 gegeben. Am Gesamtaufkommen der Anzeigen ist der Ausländeranteil mit 36 % noch höher. Was hat die Politik in Graz gemacht? Einen runden Tisch. Und wo war Bürgermeisterin Kahr? Nicht da. Wieder einmal nicht da. Politische Verantwortung weggeschoben. Sie hat ihren Pressesprecher als Vertretung geschickt. Angesichts dieser Zahlen ist kein Jugenddialog notwendig, wie es in Graz auch entsprechend jetzt umgesetzt wird, sondern es sind konsequente Maßnahmen gefordert. Und als ich mich gestern auf die Rede vorbereitet habe, habe ich an einen ihrer Vorgänger gedacht, Herr Landeshauptmann. Herr Landeshauptmann Schützenhöfer hat hier herinnen von schäbigem Verhalten gesprochen, als er jene Menschen meinte, die sich nicht impfen lassen. Schäbiges Verhalten, und da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Schäbig sind jene Menschen, die unter dem Deckmantel des Asylrechts zu uns kommen, sich nicht integrieren wollen und dann noch straffällig werden. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber auch die Politik agiert teilweise schäbig, wenn es um dieses Thema geht. Schäbig waren jene, die uns im Jahr 2015 das Asylmärchen aus Tausend und einer Nacht erzählt haben. Dass hochgebildete Zuwanderer zu uns kommen, Diplomingenieure und Ärzte, die unser Arbeitsmarkt so dringend braucht. Wenn man sich jetzt den Fachkräftemangel anschaut, muss man sich fragen, sind die Menschen, die 2015 zu uns gekommen sind, mittlerweile schon in Pension? Sonst gibt es das ja schlichtweg nicht. Schäbig waren jene Politiker, die die Warnungen im Jahr 2015, die nicht nur die Freiheitlichen gehäußert haben, beharrlich ignoriert haben. Schäbig sind jene, die sich in

Sicherheitsfragen medienwirksam inszenieren und in Sonntagsreden davon sprechen, was alles zu tun und zu machen wäre. Dabei aber vergessen, dass sie seit gefühlten 100 Jahren in diesem Land Verantwortung tragen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Schäbig waren auch jene, die im Jahr 2015, als es eine Sondersitzung gab, eine Menschenkette ums Landhaus bildeten, um gegen die böse FPÖ zu demonstrieren. Und das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen, Herr Landeshauptmann, ich habe ein Geschenk für Sie, ein Faksimile von der Kleinen Zeitung vom 7.9.2015, wo Sie bei einer Veranstaltung der Plattform „Flüchtlinge willkommen in der Steiermark“ Hand in Hand mit dem Grünen Klubobmann Dreisiebener gestanden sind, Hand in Hand mit Landesrätin Doris Kampus und unter dem Motto Herz und Hetze gegen uns Freiheitliche demonstriert haben. Und das ist die Österreichische Volkspartei. Das ist die Glaubwürdigkeit, von der ich am Anfang gesprochen habe. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich übergebe Ihnen jetzt dieses Bild Herr Landeshauptmann und es soll Mahnung sein, es soll aufwecken, es soll Mahnung sein, *(Erste Präsidentin Khom: „Herr Kollege, ich bitte Dich zum Schluss zu kommen.“)* dass auch ein Christoph Drexler irren kann und es soll Sie motivieren, den Worten, die Sie in Sonntagsreden oftmals zum Besten geben, auch Taten folgen zu lassen. *(Beifall bei der FPÖ – 10.27 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hofer. Bitte schön, Herr Abgeordneter. Entschuldigung. Lieber Stefan, ich schicke dich jetzt bitte wieder zurück. Wir haben ein technisches Missverständnis. Nächster Redner, Abgeordneter Lukas Schnitzer.

LTAbg. Mag. Schnitzer – ÖVP (10.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, lieber Herr Landeshauptmann!

Bei allen Bemühen des Herrn Klubobmann Kunasek hier berechnete Sorgen, berechnete Anliegen auch seriös darzulegen, war jetzt diese Wortmeldung des Kollegen Hermann eine Offenbarung. Und ich bin froh darüber, dass wir einen Landeshauptmann an der Spitze haben, der bei diesem Thema das ansetzt, worum es geht, nämlich Sachlichkeit, pragmatisch einen Zugang zu finden, dass der Rechtsstaat mit Härte jene bekämpft, die diesen Rechtsstaat ausnützen. Und das, was der Kollege Hermann zum Besten gegeben hat, war eine billige Parteitagrede, die hier im Landtag nichts verloren hat, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Denn eines ist mir wichtig zu betonen bei dieser Aktuellen Stunde, und ich habe eigentlich bis zur Wortmeldung des Kollegen Hermann geglaubt, nach der

anfänglichen Rede vom Klubobmann Kunasek, dass wir uns alle einig sind, (*LTA*bg. Hermann, *MBL*: „Das sind wir ja.“) dass Sicherheit keine Frage der Ideologie ist, dass Sicherheit ein Grundbedürfnis der Steirerinnen und Steirer ist, dass Sicherheit geben Kernaufgabe des Staates ist und dass die Sicherheit etwas ist, wo wir uns gemeinsam, so wie bei anderen Themen auch in der Steiermark, wenn es ums Bundesheer geht, gemeinsam bewegen, Schutz zu geben. Und wir haben in der Steiermark, weil es angesprochen worden ist: Schábiges Verhalten, wo sind die konkreten Umsetzungsschritte? In der Steiermark haben wir seit 2016 einen Höchststand an aktiven Polizistinnen und Polizisten, nämlich rund 4500. Und das ist uns gelungen, weil wir als Volkspartei hier in der Gesamtverantwortung, auch mit unserem Koalitionspartner, jeden Tag seit 2016 für eine starke Exekutive kämpfen, damit die Sicherheit in diesem Land gewährleistet wird, geschätzte Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und ja, es ist so, dass es Persönlichkeiten gibt, und da darf man auch nichts beschönigen, fremde Tatverdächtige, die Anzahl hat sich massiv erhöht. Und ja, wir sind uns auch alle einig, dass wir hier konsequent vorgehen müssen. Aber es ist schon auch, um Schábig zu zitieren, spannend, wenn es dann um gemeinsame Lösungen geht, sich eine Partei immer ganz bewusst, fast schon vorsätzlich herausnimmt und alles kritisiert. Auch gestern wieder. Jetzt hat es einen Bundeskanzler gegeben, der vorgestern in Ägypten war, einen Deal ausverhandelt hat, mitverhandelt hat, der ganz genau auch in diese Richtung geht, nämlich die illegale Migration zu bekämpfen. Und Sie schütteln jetzt den Kopf. Auch Hilfe vor Ort wird darin unterstützt. Auch intelligent. Warum? Weil wir ja wollen, dass weniger Menschen zu uns kommen. Und da sind Sie wieder die Ersten in Form Ihres Spitzenkandidaten Harald Vilimsky, die sagen, Skandal, unser Geld quasi für fremde Leute. Wenn es Ihnen ehrlich ist mit dem Kampf gegen illegale Migration, mit einem Zurücksetzen auch an Menschen, die zu uns ins Land kommen, dann müssen Sie sich auch diesen europäischen Lösungsschritten positiver gegenüberstellen. Dann würden Sie tatsächlich ehrlich an dieser Sache scheinbar mitarbeiten wollen. Das tun Sie aber schlicht und ergreifend nicht. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und der dritte Punkt, irgendwie wird man das Gefühl nicht los, dass sie immer wieder Probleme richtig ansprechen, dann bei den Lösungen vielleicht noch da und dort Richtiges finden, aber bei der Umsetzung rennen Sie immer davon, weil Sie das Problem ja gar nicht lösen wollen. Und ich glaube, das sollte ja Politik nicht genau tun. Politik sollte Probleme erkennen, Probleme versuchen zu lösen und all das wird auch gemacht. Sie wissen es, die Anzahl der Rückführungen ist im Jahr 2023 Gott sei Dank wieder gestiegen, auch der zwangsweisen Außerlandesbringung von Leuten, die hier keinen Platz in Österreich haben,

das ist gut so, da müssen wir noch stärker werden. Aber da braucht es auch Rückführabkommen, z.B. mit Ägypten, die jetzt bilateral neben mitverhandelt werden. Das sind konkrete Schritte und das sind auch Maßnahmen, die letztlich hier Sicherheit geben werden. Und bei allen anderen Dingen, die Sie angesprochen haben, muss man eines schon festhalten: Die Sicherheit ist die Grundlage eines friedlichen Miteinanders und die Sicherheit ist eigentlich kein Thema, welches man immer billig vor den Parteitagsreden oder Parteitagsaltar opfert. (*LTabg. Hermann: „Gestern Abend zugehört?“*) Ja, sehr genau. Und insofern kann ich abschließend sagen: Ich bin froh, dass wir einen Landeshauptmann an der Spitze dieser Landesregierung haben, der ganz klar das sagt, worum es geht. (*Erste Präsidentin Khom: „Um dein Schlusswort.“*) Erstens, volle Härte gegenüber jene, die Recht hier brechen. Zweitens, weiteres entschiedenes Vorgehen gegen die illegale Immigration. Drittens, klare Regeln bei der Integration, damit die Steiermark das bleibt, was sie heute ist, ein sicheres Land. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.33 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet jetzt bitte schön Kollege Stefan Hofer. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (10.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, liebe Damen auf der Regierungsbank, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Debatte in der Aktuellen Stunde ist intensiv, ist emotional, das ist nicht verwunderlich, aber ich möchte mich diesem Thema sehr sachlich nähern, diesem Thema sachlich widmen. Weil Sicherheit, das hat mein Vorredner gerade ausgeführt, ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Und daher ist es auch eine wesentliche Aufgabe des Staates und damit auch der Politik, Sicherheit und öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Besonders im Hinblick auf unsere Kinder, auf unsere Jugendlichen, muss uns das ein besonderes Anliegen sein. Das sage ich auch als Vater einer mittlerweile sechsjährigen Tochter. Und deshalb machen mich auch die in jüngster Zeit publik gewordenen Gewaltdelikte gegenüber Minderjährigen so betroffen. Eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für mich klipp und klar, die vermeintlichen Täter sind dafür, mit allen Möglichkeiten des Rechtsstaates zur Verantwortung zu ziehen. Gleichzeitig, und das ist, glaube ich, noch viel wichtiger, muss man sich aber auch sehr sensibel differenziert und jedenfalls unter Einbeziehung und zu Rateziehung von Expertinnen und Experten ansehen, welche Systeme hier multipel versagt haben und daraus die richtigen

Schlüsse ableiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sicherheit im Allgemeinen hängt immer auch von der sozialen Sicherheit im Speziellen ab. Wenn Integration nicht gelingt, sind große Probleme die Folge. Damit Integration funktionieren kann, braucht es aber auch Anstrengungen von allen Seiten. Abschließend appelliere ich an uns alle, gehen wir mit diesem sehr ernstem Thema in der politischen Debatte, gerade auch in einem Wahljahr, mit Bedacht und jedenfalls sorgsam um. Danke fürs Zuhören. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.36 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (10.36 Uhr): Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin, ja, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Steirerinnen und Steirer! Die Debatte heute zeigt uns einmal wieder klar, dass die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik vor allem das Schlechteste aus zwei Welten verbindet. Zu oft stoßen jene, die unsere Werte mit Füßen treten, auf keinen Widerstand. Während jene, die ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft, zu unserer Republik leisten wollen, abgeschoben werden. Und es ist ganz egal, ob man sich selbst als links oder rechts einordnet, mit der aktuellen Integrationspolitik kann in Österreich niemand zufrieden sein. Denn seit Jahren führen wir in Österreich die immer gleichen Diskussionen, ohne jemals wirklich Lösungen auf den Boden zu bringen. Und die Folge, jene Kräfte, die immer nur die Probleme in den Vordergrund stellen und selbst keine Lösungen auf den Tisch legen, versuchen daraus politisches Kapital zu schlagen. So auch heute wieder. Denn seit 2015 hat sich in unserem Land nichts bis wenig getan. Und ganz egal, wer auf Bundes- oder Landesebene regiert hat oder gerade regiert, viel geändert hat sich nicht. Und ganz egal, ob da selbsternannte Hardliner in Blau an der Macht waren oder Willkommensfreunde in Grün, verändert hat sich am Schluss nichts. Ganz ehrlich, die Bürgerinnen und Bürger erwarten sich endlich Lösungen. Sie erwarten sich eine Politik, die anpackt und die sich nicht in endlosen Diskussionen und Streit verliert. Und genau deswegen bräuchte es einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik in Österreich und in Europa. Aus liberaler Sicht ist unser Ziel klar. Um unsere innereuropäischen Grenzen offen zu halten, müssen die Zugänge an den Außengrenzen professionell kontrolliert und streng gemanagt werden. Österreich ist nämlich auf mehr qualifizierte und weniger irreguläre Zuwanderung angewiesen. Und trotzdem schert man bei uns, vor allem in der politischen

Debatte, viel zu oft alles über einen Kamm. Dabei müssen wir die besten Köpfe nach Österreich holen, statt sie mit Bürokratie zu schikanieren. Denn ohne sie klappt in Zukunft weder die Pflege in Österreich noch die IT-Branche. Und für jene, die aus Fluchtgründen nach Europa kommen, muss der Rechtsstaat endlich funktionieren. Das bedeutet faire und schnelle Asylverfahren. Zusammen mit einer gezielten Aufteilung auf alle europäischen Mitgliedstaaten. Integrationsmaßnahmen müssen ab Tag eins stärker und verbindlicher sein. Deutsch- und Wertekurse müssen im Rahmen eines neuen Integrationsjahres für alle Ankommenden ausgebaut werden. Und für jene, die unsere Sprache lernen wollen, die unsere Werte mit uns gemeinsam hochhalten wollen, muss es endlich einen Zugang zum Arbeitsmarkt geben. Denn damit können sie auf eigenen Beinen stehen und ihren Beitrag zum Fortkommen Österreichs beitragen. Ein funktionierender Rechtsstaat muss endlich auch für funktionierende Asylverfahren sorgen. Viel zu oft müssen viel zu viel Geflüchtete teilweise jahrelang auf ihre Asylbescheide warten. Die Perspektivenlosigkeit dieser Personen und damit die Probleme für unsere Gesellschaft sind damit vorprogrammiert. Für mich ist aber auch klar, wer unsere Werte mit Füßen tritt, an Integration nicht interessiert ist, Gewalt an den Tag legt oder in Österreich kein Recht auf Asyl hat, der muss unser Land auch wieder verlassen. Und genau in diesem Bereich ist kaum ein Land so untätig wie Österreich. Ja, selbst das verschlafene Deutschland hat mittlerweile erkannt, dass es ihren Außenminister von Drittstaat zu Drittstaat schicken muss, um auch selbst Rückführabkommen zu schließen. Bei uns in Österreich bekommt man auf dieser Ebene sehr, sehr wenig mit. Und ja, Deutschland hat den wesentlichen Vorteil, dass es wirtschaftlich ein wenig einflussreicher als Österreich ist und daher mit Drittstaaten noch leichter verhandeln kann. Aber genau dann müsste man doch viel stärker in Österreich interessiert sein an einer europäischen Lösung. Aber wenn wir in die Vergangenheit blicken, dann waren es auch die österreichischen Bundesregierungen, und dazu zählt vor allem auch die schwarz-blaue-Regierung, die auf europäischer Ebene blockiert hat, statt zu gestalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine wehrhafte Demokratie braucht klare Spielregeln. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie das Individuum in den Vordergrund rückt und jeden Menschen nach seinem eigenen Handeln beurteilt. Das heißt aber auch, dass man nicht alles und jeden über einen Kamm scheren kann und darf. *(Beifall bei den NEOS – 10.41 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Marco Triller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Triller, BA, MSC - FPÖ (10.42 Uhr): Dankeschön, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Zuseher!

Anhand der vielen Beispiele haben wir gesehen, wie wichtig diese Debatte auch heute ist. Sie ist insofern wichtig, weil wir gerade im Bereich der Sicherheitspolitik sehr, sehr viel aufzuholen haben. Man hat gesehen, in der Vergangenheit ist scheinbar zu wenig passiert, um genau solche Taten für die Zukunft auch zu verhindern. Aber als Realist sehe ich natürlich auch eines, dass es oft auch schwierig ist, so etwas zu verhindern, wenn so etwas aus dem Affekt passiert, geplant ist. Da ist auch die Politik oder sind der Politik auch zum Teil die Hände gebunden. Aber die Politik kann Rahmenbedingungen schaffen, damit man solches Leid für die Zukunft auch in weiterer Folge verhindern kann. Und die ÖVP hätte sich beispielsweise an zwei Parteichefs-Vorgänger halten können. Einer war der Willi Molterer mit dem Spruch „es reicht“. Und der andere war der Sebastian Kurz mit „genug ist genug“. Und das sagen wir Freiheitliche jetzt und nicht nur wir, sondern auch die Bürger da draußen. Es reicht und genug ist genug. Man muss in diesem Bereich letztendlich was tun. (*Beifall bei der FPÖ*) Die ÖVP sitzt seit 1987 durchgehend in der Bundesregierung, stellt seit 2000 fast durchgehend den Innenminister, unterbrochen von zwei Jahren. Jetzt in weiterer Folge sind es wieder vier Jahre Innenminister ÖVP. Und es ist jetzt nicht besser geworden. Das muss man offen und ehrlich so ansprechen. Und wenn man gestern die ZIB 2 verfolgt hat, dann hat der Bundesminister Karner nicht wirklich Maßnahmen für die Zukunft auf den Weg gebracht, sondern irgendwas dahergeschwurbelt, dass die Freiheitliche Partei scheinbar Afghanen Messern geben will oder nicht für eine Verschärfung des Waffengesetzes ist. Ganz im Gegenteil. Wir haben ein sehr scharfes Waffengesetz und diese gesetzlichen Rahmenbedingungen sind mittlerweile auch alle gegeben. Nur muss man schauen, auf Verwaltungsebene, dass man diese Rahmenbedingungen auch einhält und das dementsprechend auch kontrolliert. Und in weiterer Folge braucht es natürlich jetzt endlich Maßnahmen. Maßnahmen im Bereich der illegalen Migration, wo federführend die ÖVP versagt hat. Gemeinsam im Jahr 2015 mit der SPÖ und jetzt mit den Grünen, die sich ja heute nicht einmal zu Wort melden, so wie es scheint, sondern nur beim Herrn Landeshauptmann mitklatschen. Das ist zu wenig, liebe Grünen. Ihr seid in der Bundesregierung. Ihr stellt unter

anderem auch die Justizministerin und machen tut ihr in diesem Bereich gar nichts, außer dass ihr von Anfang an sagt, nein, diese Debatte kommt für uns nicht einmal vor. Wir wollen die Strafmündigkeit von Jugendlichen nicht herabsetzen und das ist keine Lösung, liebe Grünen. Da macht es das Problem eigentlich nur noch größer. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wenn da auch so subtil angesprochen wurde vom Herr Landeshauptmann, dass da der Herbert Kickl als Innenminister Dinge da verbochen hätte, nein, ganz im Gegenteil, der Herbert Kickl, der war derjenige, der die Asylzahlen wieder auf ein Niveau heruntergebracht hat, wo man sagen kann, das ist noch so halbwegs in Ordnung. *(KO LTabg. Riener. „Also das ist ja genau umgekehrt.“)* 2015 88 Asylanträge, unter Herbert Kickl waren 2018 dann 13.700, 2019 12.800 und interessanterweise gestiegen sind sie dann wieder unter den ÖVP-Innenminister auf sage, und schreibe im Jahr 2021 112.000 Asylanträge. Vielen herzlichen Dank, liebe ÖVP, für das, was Sie da geleistet haben. *(Beifall bei der FPÖ)* Und vielleicht kann sich der eine oder andere von der ÖVP ja noch erinnern an die gemeinsame kurze Regierungszusammenarbeit, wo der Herbert Kickl ein geschätztes Regierungsmitglied noch war, mit Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer gemeinsam bei einer Grenzschutzübung mit dem Herrn Innenminister auch mitbeteiligt war, wo man versucht hat, als Österreich, als kleines Österreich, Maßnahmen zu setzen in der Europäischen Union, um die Sicherheit für die Bürger auch zu verbessern. Aber gescheitert ist es immer nur an der Mutterpartei, an der Dachorganisation der ÖVP, nämlich der Europäischen Volkspartei. Da gibt es jemanden, beispielsweise, der kandidiert jetzt nicht mehr, vielleicht ist das eh gut für die Zukunft, der Herr Karas, der nicht bereit war, in irgendeiner Form mitzudiskutieren oder zu handeln, dass man den Außengrenzschutz innerhalb der Europäischen Union verbessert. Und das ist auch eure Schuld, liebe ÖVP. Da hättet ihr schon mehr und mehr einen stärkeren Einsatz setzen können. *(Beifall bei der FPÖ)* Geschätzte Damen und Herren, meine Redezeit ist zu Ende, aber es braucht endlich Maßnahmen, die umgesetzt werden zum Wohle unserer steirischen Bevölkerung und unserer österreichischen Landsleute. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 10.47 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich erkläre somit die Aktuelle Stunde für beendet.

Bevor ich zu den Befragungen komme, ich freue mich immer über Zuseherinnen und Zuseher in unserem Zuschauerraum. Ganz besonders möchte ich heute begrüßen den Herrn Abgeordneten außer Dienst Erich Hafner. Herzlich willkommen an deinem alten Arbeitsplatz.
(Allgemeiner Beifall)

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass vier Anfragen an Mitglieder der Landesregierung gemäß § 69 der Geschäftsordnung eingebracht wurden.

In diesem Zusammenhang darf ich die Fragesteller und die Fragestellerin als auch die beantwortenden Mitglieder der Landesregierung um die gebotene Kürze ersuchen. Gemäß § 69 Absatz 8 der Geschäftsordnung ist beim Aufruf der gegenständlichen Tagesordnungspunkte die Frage mündlich zu wiederholen. In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz werde ich lediglich eine kurze, präzise und auf die Fragestellung hinführende Begründung in einem maximalen Ausmaß von zwei Minuten zulassen.

Gemäß § 69 Absatz 2 der Geschäftsordnung hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt und soll ein Ausmaß von fünf Minuten nicht übersteigen.

Nach Beantwortung der Frage können die Fragesteller bzw. die Fragestellerin eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Über die Beantwortung der Anfragen findet keine Wechselrede statt.

Ich komme zur Behandlung der ersten Befragung mit der Einl.Zahl 3792/1:

Am Montag, dem 11. März 2024, wurde von Herrn Abgeordneten Dr. Werner Murgg namens des Landtagsklubs der KPÖ eine Anfrage an Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner betreffend **Campingplatzgesetz für die Steiermark** eingebracht.

Ich ersuche den Fragesteller, Herrn Abgeordneten Werner Murgg, die Frage mündlich am Rednerpult zu stellen. Bitte schön, Herr Kollege.

LTabg. Dr. Murgg - KPÖ (10.49 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesregierung, vor allem Frau Landesrätin Lackner!

An Sie geht ja die Frage, es geht um das Campingplatzgesetz. Wer sich damit schon beschäftigt hat, näher, der wird wissen, dass es mit Ausnahme von Wien, dort ist die Sache in einem anderen Gesetz geregelt, eigentlich in allen Bundesländern Campingplatzgesetze gibt, mit Ausnahme der Steiermark. Und wer sich auch mit den steirischen Problemen ein bisschen beschäftigt, der wird auch wissen, dass vor allem im Umfeld des Red Bull Rings in Spiegelberg ein, möchte ich fast sagen, Vandalismus auf den Campingplätzen passiert. Ich habe mich da selber anhand eines aufgenommenen Videos davon überzeugen können, also mit welchen Lautstärken hier praktisch rund um die Uhr, also das hört nicht um Mitternacht oder um eins auf, sondern das geht quasi bis drei, vier weiter und fängt dann am Vormittag um zehn wieder an, unmittelbar an angrenzenden Grundstücken der Anrainerinnen und Anrainer, ein Lärm erzeugt wird. Und es ist in einem Zeitungsbericht, die Anrainerinnen und Anrainer haben sich an das Land gewendet, und in der Zeitung habe ich gelesen, vor Weihnachten, es wird an einem Campingplatzgesetz gearbeitet. Es ist eine Meldung vom Abgeordneten Dolesch gekommen, der gesagt hat, wir arbeiten daran. Allerdings ist da nicht genannt worden, wie weit auch hier tatsächlich die Anrainerinnen und Anrainerrechte berücksichtigt werden. Und deswegen darf ich an Sie, geschätzte Frau Landesrätin, folgende Frage stellen: „Inwiefern sollen bei einem zukünftigen Campingplatzgesetz Steiermark die Rechte der Anrainerinnen und Anrainer bezüglich Lärm, Müll und Vandalismus geregelt werden?“ (10.51 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner, ich bitte dich, die Frage zu beantworten. Bitte.

Landesrätin Mag. Lackner – SPÖ (10.51 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, Hohes Haus, werter Herr Abgeordneter Murgg!

Die KPÖ hat im September letzten Jahres einen Selbstständigen Antrag zur Thematik, die jetzt angesprochen wird, auch eingebracht. Dieser Antrag wurde seitens des Landtages dem Unterausschuss Baugesetz zur weiteren Beratung zugewiesen. Und dieser Beratung will ich

nicht vorgreifen, daher grundsätzlich einige Anmerkungen. Zunächst ist festzuhalten, dass ein Campingplatzgesetz für alle Campingplätze im Bundesland gilt. Die Auswirkungen einer anlassbezogenen Gesetzgebung für spezifische Probleme, wie bei Großveranstaltungen am Red Bull Ring müssen daher ja auch für alle anderen Campingplätze in der Steiermark mit bedacht werden. Das halte ich für grundsätzliche. Wenn wir uns die Campingplatzgesetze wie beispielsweise jenes in Kärnten, das in Ihrem Antrag aus dem letzten Jahr angeführt wird, ansehen, so regelt dieses sehr allgemein die Bewilligungsvoraussetzungen für Campingplätze. Was ist das? Dazu zählen etwa die Lage, die Ausstattung oder auch die Anforderungen an Abstellplätzen. Und per Bewilligungsbescheid werden Gesamthöchstzahlen, was die Gäste betrifft, sowie Maßnahmen zur sanitären Versorgung, der Müllentsorgung oder etwa die Anzahl der Löschgeräte festgeschrieben. Konkrete Verhaltensregelungen, wie beispielsweise die angesprochene Nachtruhe, enthält keines dieser in den anderen Bundesländern existierenden Campingplatzgesetze. Vielmehr wird den Campingplatzbetreibern gesetzlich die Pflicht auferlegt, eine Platzordnung zu erlassen, die die Vorgaben für das Verhalten der Benutzer zum Inhalt hat. Solche Platzordnungen regeln das Innenverhältnis quasi zwischen den Betreibern und den Nutzern und bieten den Betreibern eine Grundlage, jene des Platzes zu verweisen, die sich nicht an die Regeln halten, also diese Regeln missachten. Solche Platzordnungen sind in der Steiermark auch ohne gesetzliche Verpflichtungen durchaus üblich und solch eine gilt auch bei den derzeitigen temporären Campingplätzen im Aichfeld, wie Sie in Ihrer Begründung es auch richtigerweise anführen. Darin sind unter anderem auch Regeln für die Müllentsorgung sowie sozial verträgliches Verhalten angeführt. In dem Zusammenhang möchte ich auch auf das Steiermärkische Landessicherheitsgesetz verweisen. Demnach begeht eine Verwaltungsübertretung, wer ungebührlicher Weise störenden Lärm erregt. Diese Regelung verpflichtet die Exekutive tätig zu werden, wenn eine entsprechende Anzeige eingeht. Inwiefern ein Campingplatzgesetz darüber hinaus zur Lösung der Problematik beitragen kann, das ist Gegenstand der laufenden Gespräche. Letztlich braucht es für eine seriöse Herangehensweise eine Lösung, die nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis funktioniert. Und an dieser wird auf Landtageebene gearbeitet. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP- 10.55 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Herr Abgeordneter, ich frage Sie, gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Behandlung der zweiten Befragung mit der Einlagezahl 3803/1:

Am Donnerstag, dem 14. März 2024, wurde um 13.22 Uhr von Frau Klubobfrau Landtagsabgeordnete Sandra Krautwaschl, namens des Landtagsklubs der Grünen eine Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Karl-Heinz Kornhäusl betreffend **„Gemeinnützige Pflegeheime stärken Keine Finanzierung privater Gewinne aus Mitteln des Landes Steiermark“** eingebracht.

Ich ersuche die Fragestellerin, Frau Klubobfrau Landtagsabgeordnete Sandra Krautwaschl, die Frage mündlich am Rednerpult zu stellen. Bitte schön Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.56 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, liebe Landesregierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen und Zuhörende!

Obwohl der Entwurf des schon lange versprochenen Pflege- und Betreuungsgesetzes in den Medien bereits ein bisschen herumgeistert ist, ist er in der Realität des steirischen Landtags nach über zwei Jahren, wo wir das einstimmig beschlossen haben, den Antrag dazu, noch immer nicht angekommen. Und das ist schlecht für die Pflege- und Gesundheitsversorgung, das ist schlecht für die Menschen in diesem Land und es ist ganz schlecht letztlich für die Weiterentwicklung des Gesundheits- und Pflegesystems, wo wir in der Steiermark wirklich dringenden Nachholbedarf haben, weil wir seit vielen Jahren eine Fehlsteuerung haben, die dazu geführt hat, dass wir eben nicht mobil vor stationär leben, dass wir stattdessen 53 %, den größten Anteil an gewinnorientierten Pflegeheimbetten haben von allen Bundesländern und dass wir auch wissen, dass ganz viele dieser Betten mittlerweile leer stehen wegen Personalmangel. Und ich habe gerade gestern wieder bei unserer Veranstaltung mit Bundesminister Rauch, der auf Bundesebene endlich nach vielen Jahren des Stillstands eine Reform auf den Boden gebracht hat, sehr stark gehört von den Menschen, wo es überall fehlt an Personal, für Community Nursing, da ist nicht genug, da für alle mobilen Dienste, aber auch die gemeinnützigen Pflegeheimbetreiber werden stark konkurrenziert, was das Personal anbelangt. Und Betten pflegen nun mal keine Menschen, wir brauchen das Personal. Und wir haben da gute Vorbilder aus anderen Bundesländern, die es geschafft haben, gewinnorientierte Pflegeheimkonzerne zurückzudrängen, indem sie das im Gesetz verankert haben, dass eben die keine staatlichen Mittel mehr bekommen. Und genau das wollen wir auch für die Steiermark. Wir wollen für künftige Genehmigungen, weil die bestehenden kann man da eh nicht mehr damit angreifen, für künftige Genehmigungen und Bewilligungen von

neuen Pflegeheimbetten wollen wir sicherstellen, dass sie gemeinnützig sein müssen. Und deswegen wird folgende Frage gestellt: „Wird das angekündigte Steiermärkische Pflege- und Betreuungsgesetz der Erhalt von Landesmitteln wie in anderen Bundesländern an das Kriterium der Gemeinnützigkeit knüpfen?“ Und ich erwähne vollständigshalber noch die Bundesländer, das ist Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien, die das bereits umgesetzt haben. Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei den Grünen – 10.58 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Herr Landesrat, ich bitte dich um Beantwortung.

Landesrat Dr. Kornhäusl - ÖVP (10.58 Uhr): Ja, vielen herzlichen Dank, geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kollegin Kampus auf der Regierungsbank, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Zuseherinnen und Zuseher, vor allem aber sehr geehrte Frau Klubobfrau Krautwaschl, liebe Sandra!

Freut mich natürlich, dass ich zu diesem Thema jetzt zusätzlich zur Beantwortung der schriftlichen Anfrage jetzt im Landtag auch darüber sprechen darf. Vielleicht ganz kurz vorweg, unsere Steiermark ist ein Land der Vielfalt. Urbaner Raum, ländlicher Raum, Landarztpraxis, Universitätsklinikum. Und genauso wie in diesen beiden angeführten Beispielen ist es auch in der Pflege in unserem Heimatbundesland. Wir haben eine bunte Vielfalt an Versorgungsmöglichkeiten. Wir haben die mobilen Dienste, wir haben die Tagesstätten, wir haben 229 Pflegeheime, und ja, du hast recht, geschätzte Frau Klubobfrau, wir haben mehr gewerbliche als es gemeinnützige sind. Aber unabhängig davon, von dieser Orientierung, möchte ich eines an dieser Stelle nur festhalten. Ganz gleich, ob gewerblich oder gemeinnützig, jedes Pflegeheim erhält denselben Tagsatz. Das heißt, weil es ein bisschen suggeriert wurde, das gemeinnützige Pflegeheim kostet den Steuerzahler gleich viel, wie ein gewerbliches, nur um das auch einmal in der Diskussion festgehalten zu haben. Aber liebe Frau Klubobfrau, jetzt völlig unabhängig nach der Frage der Trägerschaft, was ist denn wirklich wichtig, wenn es um das Thema Pflege in unserem Bundesland geht? Wie geht es den Menschen? Wie geht es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Betreuungseinrichtungen? Wie geht es vor allem den Bewohnerinnen und Bewohnern, jenen Menschen, die unsere Pflege brauchen? Wie gut funktioniert die Betreuung? Weil Pflege ist letzten Endes Hinwendung, Pflege ist Zuwendung und das ist sehr unabhängig davon, wer jetzt dieses Pflegeheim betreibt. Aber ich gebe dir recht, geschätzte Frau Klubobfrau, das eine System wie das andere hat seine Stärken und hat auch seine Schwächen da und dort. Und ich

als zuständiger Landesrat bin jetzt mitnichten weder der Anwalt der gewerblichen noch der Anwalt der gemeinnützigen Pflegeheimbetreiber. Worum es mir, worum es uns geht, ist, dass die Menschen im Land bestmöglich versorgt sind. Ich habe es vorhin schon erwähnt, wir haben ein vielfältiges, wir haben ein gut funktionierendes und ja, wir haben aber auch ein sehr sensibles System. Und deshalb, und du sprichst das Pflege- und Betreuungsgesetz an, müssen Eingriffe wohl überlegt und gut durchdacht sein. Und aus diesem Grund bin ich, sind wir mit vielen Expertinnen und Experten im Austausch, im Dialog, genauso wie wir das innerhalb unserer steirischen Koalition sind, denn am Ende geht es, und da wiederhole ich mich, um die bestmögliche pflegerische Versorgung der Steirerinnen und Steirer. Vielen herzlichen Dank.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.02 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Ich sehe, es gibt eine Zusatzfrage. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.02 Uhr): Danke, Herr Landesrat. Dazu kann ich nur sagen, keine Antwort ist auch eine Antwort. Die Frage war nämlich, ob es im Gesetz verankert wird für künftige Bewilligungen und nicht für das, was wir jetzt alles schon haben. Aber meine Zusatzfrage, die sich auch auf die Zukunft bezieht, lautet folgend: „Werden Sie, wie vom Bund vorgesehen und finanziell auch bereits abgesichert, nämlich durch den Bund, dass Community Nursing als eine wesentliche Säule der präventiven, pflegenden und mobilen Vorsorge im steirischen Pflege- und Betreuungsgesetz verankern?“ Ich bitte um Antwort.
(Beifall bei den Grünen – 11.03 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Herr Landesrat, ich bitte dich um Beantwortung der Zusatzfrage.

Landesrat Dr. Kornhäusl - ÖVP (11.03 Uhr): Herzlichen Dank auch für diese Frage und für die Möglichkeit, hier zu antworten und Stellung zu nehmen. Wir haben bereits eine sehr gut funktionierende Struktur unserer Pflegedrehscheiben. Und ja, wir haben in einer Vielzahl an Gemeinden, in einigen Regionen auch sehr gut funktionierende Community Nurses. Ich bin auch da im regelmäßigen Austausch. Hoch engagierte Damen und Herren, die hier tagtäglich arbeiten für die zu Pflegenden, die vor allem aber auch im Bereich Prävention, im Bereich Information wirklich wertvolle Arbeit leisten. Das Ziel muss es sein und ist es jedenfalls, dass wir diese Dinge gut zusammenführen, dass wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen, aber nicht in unterschiedliche Richtungen, sondern in die gleiche Richtung. Das eine schließt das

andere nicht aus und wir haben auch bereits darüber gesprochen. Du weißt, es wurde von meiner Seite da bereits eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, wo Vertreterinnen und Vertreter der Pflegedrehscheibe, der Community Nursing, der Abteilung 8, der politischen Büros drinnen sitzen, um hier zu schauen, wo die Synergien sind und wie man diese nutzen kann. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.04 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich komme nun zur Behandlung der Befragung mit Einl.Zahl 3809/1.

Am Donnerstag, dem 14. März 2024, wurde um 15.42 Uhr von Herrn Abgeordneten Robert Reif namens des Landtagsklubs der NEOS eine Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Karl-Heinz Kornhäusl betreffend „**Wo bleibt das längst überfällige Pflegegesetz**“ eingebracht. Ich ersuche den Fragesteller um die Frage am Rednerpult. Bitte schön, Herr Kollege Reif.

LTabg. Reif - NEOS (11.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Herr Landesrat, Sie sprechen davon, was wirklich wichtig ist in der Pflege und in der Betreuung. Und da gebe ich Ihnen durchaus recht, die Menschen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem auch die Bewohnerinnen und Bewohner unserer doch 229 Pflegeheime in der Steiermark, aber was ich mich da schon frage, und da möchte ich jetzt ein Datum in Erinnerung rufen, das ist der 13. März 2020. Das ist jetzt vier Jahre her, dieser 13. März 2020, und der hat es in sich gehabt. Einerseits haben wir damals unseren Antrag eingebracht zur Vereinheitlichung der Heimaufsicht, der mittlerweile, wie wir alle wissen, auch gemeinsam da herinnen getroffen worden ist. Also im Mai 2022 gab es dazu eben auch noch einen Allparteiantrag, wo wir uns alle einig waren, dass wir das brauchen. Aber es ist auch der Tag, an dem in Österreich der erste Lockdown verkündet worden ist. Und ja, das ist lange her. Es kommt uns allen sehr lange vor und deshalb ist es für mich umso verwunderlicher und nicht nur für mich, sondern vor allem auch für viele da draußen, eben auch für die Menschen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Bewohnerinnen und Bewohner, warum einfach nichts weitergeht in diesem Pflege- und Betreuungsgesetz. Und es ist eben auch so, dass der Bundesrechnungshof schon 2020 gesagt hat, wir brauchen die Vereinheitlichung, wir brauchen in der Steiermark ein neues Gesetz. Und wie gesagt,

mittlerweile gibt es einen Allparteiantrag. Es war mittlerweile auch so, dass wir einen Gesundheitslandesratwechsel gehabt haben, dass Sie, lieber Herr Landesrat, auch im Oktober beim Antritt verkündet haben, man arbeitet bereits daran, man ist in Vorbereitung und das soll bald kommen. Jetzt sind wieder fünf Monate vorbei, es ist wieder nichts da und wir wissen, irgendwas schwirrt da herum, aber was drinnen steht, weiß keiner von uns. Wann es endlich kommt, weiß keiner von uns und ich finde es einfach nicht fair, weil oft kommt mir wirklich vor, jeder will es, keiner tut es. Und die Leidtragenden sind einfach die Menschen, die da draußen in den Heimen arbeiten oder leben, und generell die Steirerinnen und Steirer, weil einfach niemand weiß, was jetzt wirklich Sache ist. Und daher ist auch meine Frage: „Wann wird das seit Jahren angekündigte Pflege- und Betreuungsgesetz endlich vorliegen?“ Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei den NEOS – 11.07 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Herr Landesrat, ich bitte dich um Beantwortung.

Landesrat Dr. Kornhäusl - ÖVP (11.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuseherinnen und Zuseher, vor allem aber sehr geehrter Herr Abgeordneter Reif, lieber Robert!

Ich bedanke mich für die Frage, die ich natürlich sehr gerne beantworte. Ich habe bereits vor wenigen Minuten, in der ersten Anfrage oder in der Erstbefragung zum Ausdruck gebracht, wie vielfältig unser Pflegesystem ist. Und wenn wir hier und jetzt über das Pflege- und Betreuungsgesetz reden und darüber diskutieren, dann müssen wir uns schon vor Augen führen, wie umfassend dieses neue Gesetz auch ist. Ich will Sie nicht langweilen mit Zahlen, aber nur auch zur Veranschaulichung. Wir haben in der Steiermark über 80.000 pflegebedürftige Mitmenschen. Wir haben 286 Städte und Gemeinden. Wir haben eine Vielzahl an Pflegeheimbetreibern mit über 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pflegeeinrichtungen, die sich wirklich jeden Tag aufopfernd und mit großem Herzen um unsere Mitmenschen kümmern. Und warum sage ich das? Ich sage das deshalb, weil uns allen klar sein sollte, dass wir die vielen Betroffenen, ganz egal ob es jetzt Mitarbeiter sind, ob es Angehörige sind, ob es zu pflegende Menschen sind, nicht verunsichern dürfen. Ich glaube, mein Weg, unser Weg, das ist der Weg der Sicherheit und es sollten alle darauf vertrauen und vertrauen können, dass wir als Landesregierung, als steiermärkische, keine Rohfassungen veröffentlichen, sondern die Entwürfe, die Texte, sage ich jetzt als Arzt, auf Herz und Nieren

prüfen, zuhören, gegebenenfalls nachschärfen, uns weiter austauschen und erst dann präsentieren, wenn wir wirklich überzeugt davon sind, dass das jetzt passt und dass das den Vorstellungen aller entspricht. Und du hast das angesprochen, lieber Kollege Reif, dass jeder es will. Ja, es will jeder. Es ist das Ziel dieser Landesregierung. Und Doris Kampus sitzt jetzt hier auf der Regierungsbank. Ich sehe aber auch die beiden Klubobleute Barbara Riener, Hannes Schwarz, vom Landeshauptmann abwärts. Wir alle wollen dieses Pflege- und Betreuungsgesetz und das ist das erklärte Ziel dieser Landesregierung, der beiden Landtagsklubs, dass wir dieses Pflege- und Betreuungsgesetz auch in dieser Legislaturperiode über die Ziellinie tragen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.10 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Herr Kollege Reif, ich frage dich, gibt es eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Behandlung der vierten Befragung mit der Einl.Zahl 3812/1.

Am Freitag, dem 15. März 2024, wurde von Herrn Abgeordneten Stefan Hermann namens des Landtagsklubs der FPÖ eine Anfrage an Herrn Landeshauptmann Christopher Drexler betreffend **„Versprochen gebrochen - rot-schwarzer Streit in der Landesregierung führt zu weiterer Verzögerung beim ausstehenden Objektivierungsgesetz“** eingebracht.

Ich ersuche den Fragesteller, Herrn Abgeordneten Stefan Hermann, um die Frage am Rednerpult, bitte.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL - FPÖ (11.11 Uhr): Vielen Dank Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, die Posse um die Erstellung eines Objektivierungsgesetzes für die Vergabe von Spitzenpositionen im Landesdienst geht in eine weitere Runde. Seit seinem Amtsantritt wird Landeshauptmann Drexler nicht müde, die Wichtigkeit und die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes zu unterstreichen. Bisher war er Ankündigungsriese, aber letzten Endes Umsetzungszwerg. Passiert ist nämlich bis zum heutigen Tag nichts. *(Erste Präsidentin Khom: „Herr Kollege Hermann, ich bitte dich, in deiner Wortwahl dich etwas zu mäßigen und Mitglieder in diesem Hause und auch die Regierungsmitglieder weder als Zwerg noch*

sonst irgendwie abwertend zu bezeichnen. Danke.“) Dann nehme ich den Umsetzungszweig mit einem Bedauern zurück. Passiert ist nämlich nichts. Das ist Faktum. Es herrscht bei der Postenbesetzung immer noch Intransparenz und eine Rechtsgrundlage fehlt. Wir haben im Jänner hier eine Befragung an Sie gehabt durch Klubobmann Kunasek. Die Antwort war, zwei bis drei Wochen liegt die Regierungsvorlage vor. Diese Frist ist auch verstrichen. In einem offenen Brief von Klubobmann Kunasek an Landeshauptmann Drexler wurde erklärt, dass es noch logistische Abstimmungen gibt. Die heiße Kartoffel wurde also an Personallandesrat Amon weitergereicht. Laut uns vorliegenden Informationen hat die zuständige Abteilung einen entsprechenden Entwurf schon vor Wochen an das politisch zuständige Regierungsmitglied übermittelt, passiert eben bis nichts. Und dass gestern, gestern um 19.36 Uhr, um 19.36 Uhr, einen Tag vor der Landtagssitzung das Begutachtungsverfahren gestartet wird, ist, wenn man so will, eine Farce, meine sehr geehrten Damen und Herren. (KO LTAvg. Riener: „Ist alles ausgeschrieben. Das ist der ganz normale Vorgang.“) Dieser Zeitpunkt, diese zeitliche Verquickung mit der heutigen Befragung ist mehr als fragwürdig, aber wir sind froh, dass etwas weitergeht und etwas passiert. Wir erwarten uns heute eine klare Antwort und dass dieses Gesetz auch rasch dann wirklich als Regierungsvorlage hier ins Haus kommt. Meine Frage: „Wann wird die Steiermärkische Landesregierung endlich dem Landtag eine Regierungsvorlage für ein Objektivierungsgesetz für die Vergabe von Spitzenfunktionen im Landesdienst vorlegen.“ Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ – 11.13 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Ich bitte den Herrn Landeshauptmann um Beantwortung. Bitte schön, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Drexler - ÖVP (11.13 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegin und geschätzter Kollege auf der Regierungsbank, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Sie haben jetzt einen kleinen Ausblick gekriegt, was uns in dem Jahr noch alles erwarten wird. Ich erinnere an Michael Häupl und sein wesentlichstes Zitat. Und Herr Abgeordneter Hermann, wissen Sie, bei aller Liebe, eine weitgehend sinnfreie Anfrage. Denn erstens, Sie haben recht, ich habe schon bei meiner Antrittsrede gesagt, dass wir Objektivität und Transparenz großschreiben werden. Und es hat keine einzige Besetzung einer Spitzenposition im Land, also das heißt im Amt, oder in ausgegliederten Gesellschaften in der Zeit, wo ich

Landeshauptmann bin, gegeben, wo wir nicht bereits öffentliche Ausschreibung, Begleitung durch ein Personalberatungsinstitut, Hearing, dann Besetzung, unternommen hätten. Also die Qualität dieser Verfahren war jetzt schon so, wie sie das künftige Gesetz regeln wird. Zum Zweiten, natürlich ist der legistische Prozess halt einer, der dauert. Dass das Gesetz gestern in Begutachtung gegangen ist, als Farce zu bezeichnen, demaskiert sie endgültig als jemanden, der nach Aktivismus schießt, der glaubt, er kann da immer seine billigen Punkte machen und dann halt enttäuscht ist, wenn tatsächlich das Gesetz bereits in Begutachtung ist. Zu Ihrer Frage, ja natürlich wird das auch als Regierungsvorlage beschlossen werden, nach dem Begutachtungsverfahren. So ein Verfahren hat, wie Sie wahrscheinlich wissen, den Sinn, dass wesentliche Institutionen noch Meinungen dazu abgeben können. Ich schließe nicht aus, dass man die eine oder andere Stellungnahme in den Entwurf einarbeiten wird müssen. Aber nichtsdestotrotz wird diese Regierungsvorlage letztlich beschlossen werden. Weil wissen Sie, das ist ja auch der Vorteil von Prozessen, die halt eine gewisse Zeit brauchen, natürlich ist es zwischen den Regierungspartnern abgesprochen, dass Einvernehmen über diese Regierungsvorlage herrscht. Das ist ja das Wesen dieser Landesregierung, das Ihnen natürlich fremd ist, dass diese Regierung nicht nur arbeitet, sondern zusammenarbeitet. Das ist ja das, was Sie nicht internalisieren können, dass das eigentlich ein wesentlicher Wert ist. In diesem Sinne herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.16 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich sehe, es gibt keine Zusatzfrage.

Somit sind die Befragungen beendet und ich fahre mit den Mitteilungen fort.

Am Mittwoch, dem 13. März 2024, wurde um 10.48 Uhr von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 3796/1 an Frau Landesrätin Simone Schmiedtbauer betreffend „Keine Landwirtschaft ohne Naturschutz - Kein flächendeckender Naturschutz ohne Landwirtschaft“ eingebracht.

Am Mittwoch, dem 13. März 2024, wurde um 19.00 Uhr von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage mit der Einlagezahl 3801/1 an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend „Politisch gewollter Abfertigungsklau oder Schlamperie in der Lehrpersonalverrechnung? Die Öffentlichkeit verdient volle Aufklärung!“ eingebracht.

Die Behandlung der Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Absatz 2 der Geschäftsordnung nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Es wurden 13 Anfragen gemäß § 66 Absatz 1 der Geschäftsordnung eingebracht. Weiters wurden 14 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Absatz 3 der Geschäftsordnung vom Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gemäß § 78 Ziffer 4 der Geschäftsordnung auf der Homepage des Landtags Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Absatz 3 der Geschäftsordnung über.

TOP

1. Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit, Einl.Zahl 3473/5, betreffend Bedarf von MTD-Berufen erheben und Ausbildungsplätze aufstocken zum Antrag von Abgeordneten der Grünen, Einl.Zahl 3473/1.

Und zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (11.18 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ich möchte zu diesem Bericht, der uns vorliegt und der ja die Erhöhung der Ausbildungsplätze für Biomedizinische Analytik, Diätologie, Ergotherapie, Logopädie und Radiologie, Technologie an der FH Joanneum im Studienjahr 2024/2025 ankündigt, kurz Stellung nehmen und einen Entschließungsantrag einbringen. Diese Erhöhung der Ausbildungsplätze ist natürlich sehr erfreulich und es geht ja auch auf die Tatsache zurück, dass neben dem Pflegebereich auch in diesen Sparten zu wenig Personal vorhanden ist. Die GOED, Gewerkschaft öffentlicher Dienst, hat schon 2021 festgestellt, dass in diesen Berufsgruppen bis 2030 ein Mehrbedarf von 10.000 bis 18.000 Personen gegeben ist. Das ist natürlich eine große Menge und wir wissen alle, dass da viel zu tun ist, damit man hier wirklich auch nach vorne kommt. In der Steiermark ist diese Erhöhung der Studienplätze gut,

kann aber natürlich auch nur ein erster Schritt in diese Richtung sein. Um die Ausgebildeten dann nämlich auch in der Steiermark und speziell in der KAGES halten zu können, werden unserer Meinung nach sicher weitere Maßnahmen notwendig sein. Jetzt gab es ja vor kurzem die Gehaltserhöhungen im KAGES-Besoldungsschema und die sind ohne Einbeziehung der Berufsgruppen der Medizinisch-Technischen Dienste. Da sind wir jetzt wieder bei all jenen, die vorhin genannt wurden, wo die Ausbildungsplätze erhöht werden. Dazu kommen noch Physiotherapie und, ach, das kann ich nicht lesen, trotz Brille, also mehrere, Entschuldigung. Fakt ist auch, dass die Berufsgruppe der MTD's in dieser Gehaltserhöhung und auch die Berufsgruppe der Sozialarbeiter_innen nicht beinhaltet sind. Bei den MTD's ist es so, dass so ein Karrieremodell erdacht wurde, von dem die Betroffenen, dem Vernehmen nach, zumindest haben wir das mehrmals gehört, mehr als enttäuscht sind. Man hat nämlich ein Stufenmodell entwickelt und die erhöhten Gehälter gebühren demnach nur für die Funktionen, nicht aber für die Spezialisierung und Kenntnisse. Ich verstehe die Enttäuschung, denn ein gutes Drittel dieser Berufsgruppe wird nach diesem Modell keine Erhöhung erwarten können. Und bei den Sozialarbeiter_innen in den KAGES-Einrichtungen ist es ähnlich. Die wurden offenbar völlig vergessen. Sie profitieren nämlich weder von den Neuerungen im Besoldungsrecht noch von dem neuen Karrieremodell. Und was auch dazu kommt und was ich besonders enttäuschend finde, ist, dass langjährige Mitarbeiter_innen in der Sozialarbeit, in der KAGES, sogar mit Gehaltseinbußen gegenüber zu den früheren Einstufungen jetzt konfrontiert sind. Wie gesagt, zusammenfassend, die Aufstockung der Studienplätze ist gut, aber die Personalnot, der kann man nur wirksam begegnen, wenn die neu ausgebildeten Berufsgruppen die KAGES als attraktiven Arbeitgeber dann auch wahrnehmen und der zusätzlich attraktive Entlohnung garantiert für alle, die dort in diesem Umfeld beschäftigt sind. Und deshalb darf ich folgenden Entschließungsantrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, neben der Erhöhung der Studienplätze für MTD-Berufe als weiteren wesentlichen Schritt gegen die Personalnot bei der KAGES in Absprache mit den betroffenen Berufsgruppen des Medizinisch-Technischen Dienstes und der Sozialarbeit eine Gehaltsreform vorzubereiten und eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei der KPÖ – 11.22 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Matthias Pokorn. Bitte schön, Herr Doktor.

LTabg. Dr. Pokorn – ÖVP (11.22 Uhr): Danke schön, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl, sehr geehrte Landesrätin Doris Kampus, sehr geehrter Herr Landesrat Karl-Heinz Kornhäusl, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Bei diesem ersten Punkt der heutigen Tagesordnung geht es darum, den Bedarf von MTD-Berufen einerseits zu erheben und natürlich auch gleichzeitig Ausbildungsplätze in diesem Bereich aufzustocken. Seitens der KAGES wurde hier eine Bedarfserhebung durchgeführt. Diese wurde dann vom Gesundheitsfonds geprüft, plausibilisiert und auch bestätigt. Um eben jetzt auf diesen dringenden Bedarf reagieren zu können, wurden, wie auch jetzt gerade vorhin auch bereits gesagt, im heurigen Studienjahr 2024/2025 rasch Studienplätze aufgestockt. Hier möchte ich kurz vortragen: Für die Biomedizinische Analytik von 40 auf 45 Studienplätze, der Diätologie von 15 auf 22 Studienplätze, bei der Ergotherapie von 24 auf 32 Studienplätze, bei der Logopädie von 12 auf 20 Studienplätze und bei der Radiologie-Technologie von 30 auf 42 Studienplätze pro Jahr. Und man muss einfach hier auch den großen Dank auch einmal aussprechen unserem Landesrat Karl-Heinz Kornhäusl und vor allem unserer Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl. Danke, dass das wirklich auch so rasch auch funktioniert hat, dass es gleich im heurigen Jahr umgesetzt wird. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Auf den Entschließungsantrag der KPÖ kann ich gleich vorweg eingehen oder gleich etwas vorwegnehmen. Hier wurde seitens der SPÖ und der ÖVP bereits ein Initiativantrag zur Novellierung der Gehaltsschemata eingebracht. Das werden wir im nächsten Ausschuss auch diskutieren. Von meiner Seite aus kann ich nur meinen großen Dank und auch die größte Wertschätzung des MTD-Berufes aller Spezifikationen entgegenbringen und mich für diese wirklich wertvolle Arbeit dieser Berufsgruppe nur herzlichst bedanken. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.25 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Georg Schwarzl. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Schwarzl - Grüne (11.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätinnen und sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Ja, es freut uns natürlich auch, dass in dem Fall auch sehr schnell nach unserem Antrag da auf diese Bedarfserhebung schon stattgefunden hat und dass wir dementsprechend auch im Schriftlichen Bericht schon davon lesen können, dass es da auch zu Verbesserungen kommen wird und dass in dem Fall auch die Studienplätze in den MTD-Berufen aufgestockt werden. Generell, wie wir es schon ganz oft auch gesagt haben, ist es natürlich unheimlich wichtig, dass wir die Gesundheits- und Pflegeversorgung so denken, dass es um ganz viele verschiedene Berufsgruppen geht, die Medizin-Technischen Berufe natürlich die Pflege, natürlich auch die medizinischen Berufe. Aus dem Grund ist es natürlich ein wichtiger Schritt, aber wie auch die Kollegin Claudia Klimt-Weithaler schon gesagt hat, natürlich auch nur ein kleiner Schritt und es wird noch viele weitere brauchen, um die Attraktivität dieser Berufe auch langfristig abzusichern und damit wir auch sicherstellen, dass diese Menschen, die die wichtige Arbeit machen, auch in der Steiermark bleiben. Und da ist es eben dementsprechend auch ganz wichtig, um ganz kurz noch zurückzugreifen auf die Befragungen vorher, wo es um die Community Nurses geht, es braucht Klarheit. Es braucht Klarheit für Menschen, die schon in diesen Berufen arbeiten. Auch deswegen, weil sie wissen, dass sie sonst woanders hingehen, wenn sie es nicht wissen. Deswegen wird es auch ganz entscheidend sein, dass wir auch beim Thema Community Nurses sehr schnell klare Rahmenbedingungen schaffen, damit uns die Leute nicht davongehen. Wir wissen, dass wir in einer unvorteilhaften, aber generell Konkurrenzsituation teilweise sogar mit den anderen Bundesländern sind, gar nicht davon zu sprechen, von anderen Ländern in der EU, weil wir alle die gleiche Situation bezüglich des Personalmangels haben. Deswegen umso wichtiger, dass wir da auch dementsprechend weiterkommen. Auch wir werden dem Antrag der KPÖ in dem Fall natürlich zustimmen. Und im Sinne dessen, was ja so oft in dem Landtag beschworen wird, dass die Zusammenarbeit so gut ist, freut es mich, dass dann hoffentlich auch die Regierung dementsprechend zustimmen wird, wenn sie ja eh schon in diese Richtung arbeiten wird. Vielen Dank. *(Beifall bei den Grünen – 11.27 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Klaus Zenz. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Zenz - SPÖ (11.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren im Zuschauerraum und die uns via Livestream verfolgen!

Ich kann mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern in diesem Zusammenhang nur anschließen, um nicht zu sagen, sie hätten das meiste schon gesagt. Es gibt noch ein paar Worte, die man gerne hinzufügen kann. Es freut mich natürlich auch, dass wir heute dieses positive Ergebnis präsentieren können. Dieser Bedarf an zusätzlichen Ausbildungsplätzen, der sicher vorhanden ist, und ich möchte in diesem Zusammenhang nicht nur vom Intramoralen, also von dieser Studie, die der Kollege Pokorn bereits angesprochen hat, auch von der KAGES, diesen Bedarf gibt es natürlich, möchte auch darauf hinweisen, dass auch im Extramoralen-Bereich hier ein Bedarf ist, der sehr wichtig ist und abzudecken ist. Ein kleiner Hinweis, auch in unseren so gewünschten Primärversorgungszentren, die wir hier in der Steiermark besonders implementieren werden, ist es unbedingt notwendig, hier qualifizierte MTD-Berufe und Berufe aus dem MTA-Bereich zu haben. Deshalb auch ganz, ganz wichtig und ein Dankeschön an die beiden Mitglieder der Landesregierung, die das hier umgesetzt haben, in der jetzigen Struktur sozusagen diese zusätzlichen Plätze zu schaffen, ein wichtiger, wichtiger Punkt, von dem ich glaube, dass wir auch in Zukunft diese Bereiche sehr stark benötigen werden und auch möglichst schauen werden, dass wir sie in der Steiermark möglichst niederschwellig und nah den Menschen anbieten können. Zu dem Entschließungsantrag der KPÖ, ja, es gibt bereits einen, Kollege Pokorn hat es dankenswerter Weise bereits vorweggenommen, es gibt bereits einen Antrag. Das Land Steiermark wird hier drei Millionen Euro in die Hand nehmen, um diese Berufe auch in diesem Bereich so attraktiv zu machen. Also, das ist bereits im Gange und ich hoffe auch, dass alle auch hier in diesem Hause ihre Zustimmung finden werden. In diesem Sinne bedanke ich mich und noch einmal ein Dankeschön für diese Initiative im Bereich der Ausbildung. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.29 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Marco Triller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Triller – FPÖ, BA, MSc (11.29 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuseher!

Im Sicherheitsbereich habe ich ja der ÖVP sehr viel vorgehalten. Im Bereich der Medizinisch-Technischen Dienste darf man auch lobende Worte finden. Und ich sage ebenfalls herzlichen Dank dafür, dass da trotz langem Bemühen, sage ich einmal, jetzt endlich was umgesetzt worden ist. Im Jahr 2022, wer sich erinnern kann, da warst du noch nicht Landesrat, aber hat die Freiheitliche Partei einen dementsprechenden Antrag für eine Ausbildungsinitiative im Bereich der Medizinisch-Technischen Dienste bereits eingebracht. Damals gab es halt nur eine Stellungnahme, die nicht viel hergegeben hat. Es wurde diesbezüglich auch nichts umgesetzt. Aber man sieht anhand dessen, weil es ja angesprochen worden ist vom Kollegen Pokorn, wie rasch man so etwas umsetzen kann. Das würde ich mir in vielen anderen Bereichen natürlich auch wünschen. Weil, wenn man in der Regierung sitzt, dann hat man schon viele Möglichkeiten auch rasch etwas umzusetzen. Und ich glaube, gerade im Gesundheitsbereich wäre es auch möglich, dass man das nicht nur jetzt bei den Medizinisch-Technischen Diensten angeht, sondern auch in vielen, vielen anderen Bereichen. Wir kennen alle die demografische Entwicklung. Die ist jetzt da nicht sehr rosig, wenn man sich das anschaut, auch für die Zukunft. Das muss man einfach einmal so zur Kenntnis nehmen. Und da braucht es Maßnahmen. Und uns ist natürlich auch allen bewusst, dass in verschiedensten Berufssparten oder sogar in fast allen Berufssparten einfach Leute fehlen. Ich kann jetzt nur beispielsweise das Bundesheer hernehmen, weil ich da ja in meinem Brotberuf verankert bin. Da fehlen jetzt schon einmal 5000 Personen, 5000 Soldaten und Zivilbedienstete. Und in den nächsten fünf Jahren gehen 4500 Leute in Pension. Und wenn man jetzt allgemein den öffentlichen Dienst betrachtet, dann wird das überall anders auch so sein, wenn man das ummünzt. Das heißt, wir haben da sehr, sehr viel zu tun, gerade als politische Verantwortungsträger, vielleicht gerade auch im Bereich der Familie. Das ist ganz wichtig, damit wir die demografische Entwicklung da ein wenig ankurbeln können mit verschiedensten Maßnahmen oder Förderungsmaßnahmen zum Beispiel. Aber es wird halt immer schwieriger, die Leute werden immer älter. Das heißt, wir brauchen auch diese Leute dann nicht nur in den Medizinisch-Technischen Diensten, sondern auch in der Pflege. Ich bin froh, dass das jetzt so weit einmal umgesetzt worden ist. Bitte, Frau Landesrätin Eibinger-Miedl, auch die Regionen nicht vergessen, wenn es um Ausbildungsplätze für die Zukunft auch geht. Es ist jedenfalls, (*Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl: „Morgen Spartenstich in Kapfenberg.“*) morgen Spartenstich, ja, das ist schon einmal gut. Regionen sind wichtig, weil wir kennen auch dort die Entwicklung, dass viele unserer jungen Leute eben wegen der Ausbildung, dann in den oft Grazer oder Wiener Zentralraum ziehen und da oftmals dann

auch nicht mehr zurückkommen. Das heißt, auch in diesen Bereichen braucht es Maßnahmen für die Zukunft. Ich sage nochmal herzlichen Dank und wünsche mir auch für die Zukunft rasche und positive Maßnahmen. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 11.32 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Cornelia Izzo. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTabg. Izzo – ÖVP (11.32 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, lieber Herr Kollege Triller, du hast mir es aufgelegt: Die Regionen sind so wichtig, das schnelle Handeln ist so wichtig. Und da möchte ich mich vor allem bedanken, dass wir in unserer Regierung solche Vorreiterinnen haben wie unsere Frau Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl, die natürlich gemeinsam mit den Gemeinden, wie der Stadtgemeinde Kapfenberg, aber auch mit der FH, Projekte schmieden und zwar schon vor einigen Jahren geschmiedet haben, sodass wir morgen tatsächlich den Spatenstich machen und in unserer, in meiner Region eine Ausbildungsstätte haben, die genau auf all diese Problematiken abzielt. Das hilft nämlich nicht nur, dass wir gut ausgebildet sind, dass wir neue, erfolgreiche Mitarbeiterinnen haben werden, sondern wir halten auch unsere Auszubildenden bei uns in der Region und dafür bin ich sehr, sehr dankbar. Ich freue mich auf den morgigen Tag und ich sehe einer positiven Zukunft in diesem Bereich entgegen. Herzlichen Dank noch einmal und alles Gute für unsere gesunde Zukunft. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.34 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3473/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, den Grünen, der FPÖ, den NEOS und der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 3473/6, betreffend Personalnot bei der KAGES ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Und bitte den Herrn Landesrat mir ... ich sehe ja nichts. Also, wer stimmt diesem Antrag zu?

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich komme zum TOP

2. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft, Einl.Zahl 3479/5, betreffend Plattform zur besseren Vernetzung von Studierenden und Verwaltung zum Antrag von Abgeordneten der NEOS, Einl.Zahl 3479/1.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (11.35 Uhr): Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Der steirische Hochschulstandort ist nach Wien der zweitgrößte in ganz Österreich. Mehr als 45.000 Studierende bereiten sich in unserer grünen Mark an Unis, Fachhochschulen oder pädagogischen Hochschulen auf ihren weiteren Lebensweg vor. Diese Menschen sind der Grund dafür, warum die Steiermark ein erfolgreicher Wissenschafts- und Forschungsstandort ist. Und die zukünftigen Absolventinnen sind ein Garant dafür, dass das auch so bleibt. Gleichzeitig gibt es nach wie vor ungenütztes Potenzial für unser Bundesland, was die enorme Menge an Know-how der Menschen vor Ort angeht. Und damit meine ich insbesondere auch Potenzial für unsere Verwaltung, die vom Know-how der Universitäten und Hochschulen stärker profitieren könnte. Wien beispielsweise, der größte Hochschulstandort in Österreich, hat das Potenzial seiner Studierenden und Hochschulen bereits erkannt und auch einen sehr klugen Weg gefunden, wie man dieses Know-how auch nützen kann, und zwar so, dass es für beide Seiten von Vorteil ist. Nämlich durch die Schaffung einer Plattform für Abschlussarbeiten. Die Stadtverwaltung bzw. die Organisationen und Unternehmen der Stadt bieten stetige Fragestellungen und Herausforderungen als Themen an, die Maturant_innen oder Studierenden bei ihren Abschlussarbeiten behandeln können. Ich habe mir die Plattform der Stadt Wien etwas näher angesehen und die Themen, die sich dort finden, sind äußerst

interessant und nennenswert. Beispielsweise finden sich da so Dinge wie Bauen und Luftschallschutz, oder Thermik von Photovoltaikanlagen auf Dächern, oder aber auch die Rolle von Social Media in der Kommunikation mit Migrant_innen. Alles Themen, die nicht nur hochaktuell und relevant sind, sondern auch schon als Abschlussarbeiten vergeben wurden. Und darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, eigene Themenvorschläge einzubringen. Eines davon finde ich auch sehr interessant, nämlich agile Methoden in der bürokratischen Organisation. Und ich finde, diese Abschlussarbeit ist auch ein gutes Stichwort, denn gerade auch im Blick auf die steirische Verwaltung gibt es noch die ein oder andere Stellschraube, die wir verbessern könnten und effizienter gestalten könnten. Und genau solche Probleme, die wir auch aktuell in der Landesverwaltung haben, werden oft durch auch teure Beraterinnen und Berater angegangen. Mit Studierenden könnte hier auch ein kostengünstigerer Weg gegangen werden, den uns die Stadt Wien hier vorzeigt. Zum heutigen Zeitpunkt wurden schon über 118 Arbeiten vergeben. Das ist ein klares Indiz dafür, dass das Projekt auf fruchtbaren Boden stößt und genau deswegen haben wir diesen Antrag auch eingebracht. Dazu liegt auch eine Stellungnahme vor – eine Stellungnahme, die im Großen und Ganzen eigentlich positiv ist, denn das Projekt wird dort genauer beleuchtet. Wichtig ist aber, dass es auch endlich in der Steiermark zu einer Umsetzung eines solchen Projektes kommt, denn eine Plattform für Abschlussarbeiten könnte den steirischen Wissensstandort, aber auch unsere Verwaltung noch einmal ordentlich nach vorne bringen, denn diese Symbiose darf nicht weiter ungenutzt bleiben. Ich möchte abschließend noch einen Herrn herausstreichen, der diese Idee hatte, auch einen Studenten, der mit dieser Idee an uns herangetreten ist, und zwar den Herrn Moritz Exenberger: Vielen Dank für diese Idee. Diese Idee stammt von ihm und ich bin mir sicher, wenn wir eine solche Plattform für Studierende schaffen, dann werden wir noch ganz viele andere tolle Projekte und Ideen hier in der Steiermark finden, die unsere Verwaltung voranbringen können. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 11.39 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Michaela Grubesa. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Grubesa – SPÖ (11.39 Uhr): Vielen Dank Frau Präsidentin, liebe Frauen Landesrätinnen, Hohes Haus, werte Zuhörende und Zusehende!

Ich glaube, der Kollege Swatek hat es eh schon erläutert, die Regierungsparteien stehen dieser Idee grundsätzlich auch positiv gegenüber. Es ist eine Idee, wie schon erwähnt, aus Wien, die wir, glaube ich, unisono begrüßenswert finden. Wir haben ja in der Steiermark bereits viele sehr gute Kooperationen mit den Hochschulen, mit den Fachhochschulen, die sehr gut laufen und ich glaube, es ist uns allen in diesem Haus auch wichtig, die besten Köpfe so gut wie möglich in Landesinteressen zu implementieren, auch in der Verwaltung zu nutzen. Ob wir uns am Ende des Tages eine externe Expertise ersparen können damit oder nicht, das werden wir sehen, Herr Kollege Swatek. Natürlich brauchen wir alle Expertinnen und Experten, die notwendig sind, um in der Arbeit in der Steiermark voranzukommen. Aber im Speziellen ist es immer gut, wenn wir junge Studierende speziell unterstützen können. Im schriftlichen Bericht ist ja auch ersichtlich, dass die Bereitschaft dazu besteht, sich das Wiener Modell einmal anzuschauen von der A12 und sollte es sich bewähren und sollte auch eine dementsprechende Finanzierung – das ist ja auch immer sehr, sehr wichtig – klargestellt worden sein, dann sind wir durchaus auch bereit, mit der A1 ein Gespräch zu führen, schauen, wie wir das technisch umsetzen können und diese Idee auch in der Steiermark weiter voranschreiten zu lassen. Insofern vielen Dank für diesen Antrag und für diese Idee. Ich hoffe, wir können etwas Gutes daraus gestalten und ich hoffe, wir schaffen es in der Steiermark auch eventuell. Glück auf! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.41 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Sandra Holasek. Bitte schön.

LTAbg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (11.41 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Geschätzte Landesrätinnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, meine Vorredner haben es schon angeführt, ein wichtiges Thema. Abschlussarbeiten sind nicht nur eine Möglichkeit, kosteneffizient Know-how zu bündeln, Abschlussarbeiten sind auch wichtige Visitenkarten für die Jugendlichen, wenn sie in ihrem Beruf dann Fuß fassen, auch eine Berufsorientierung in einem gewissen Sinn, eine Spezialisierung, die positiv für alle Seiten sich ergeben kann. Und im genannten Projekt haben wir natürlich auch die große Chance, gesellschaftsrelevante Themen noch mehr in den Fokus zu holen. Wichtig wird sein, die Hochschulen stark miteinzubinden, da unsere steirischen Hochschulen natürlich ganz spezifisch in ihrer Breite, im Kanon der Fächer und Forschungsschwerpunkte ganz spezifische Möglichkeiten auch der Brückenbildung in die Verwaltung haben und damit

sicherlich ein sehr landesspezifisches Modell entstehen kann, das für alle eine Win-Win-Situation sein kann. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.42 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3479/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP

3. Bericht des Ausschusses für Soziales, Einl.Zahl 3545/5, betreffend Gewalt gegen Frauen: Zentrale Notrufnummer auf Milchpackungen zum Antrag von Abgeordneten der KPÖ, Einl.Zahl 3545/1.

Und zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.43 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, geschätzte Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Die Gewalt steigt in unserem Land und es braucht Lösungen. Wir haben ja heute bei der Aktuellen Stunde schon die verschiedensten Ansätze auch gehört, wie man an das Thema Gewalt herangehen kann, Gewalt abschaffen, Gewalt eindämmen. Aber zwei wesentliche Punkte sind in dieser Debatte nicht gefallen und die möchte ich jetzt gerne nennen, denn einerseits hat niemand angesprochen, dass Kriminalität und Gewalt in der Regel immer mit einer konkreten Lebenslage zu tun haben und es hat auch niemand angesprochen, dass für Gewalt und Kriminalität die patriarchalische Struktur immer der beste Nährboden ist. Ich glaube, darüber müssen wir reden, wenn wir über Gewaltschutz reden und wenn wir über Lösungen reden, wie wir die Gewalt in der Steiermark, egal von wem sie ausgeht und wen sie trifft, in den Griff bekommen werden wollen. Zu unserem Antrag – es steht in der Begründung, aber ich möchte es noch einmal vorlesen, weil ich glaube, dass uns die Zahlen

im Kopf sein sollten: In Österreich ist jede dritte Frau von körperlicher und/oder sexueller Gewalt innerhalb oder außerhalb von intimen Beziehungen, und zwar erlebt ab dem Alter von 15 Jahren, betroffen. Laut Statistik sind das nahezu 35 % der weiblichen Bevölkerung. Mehr als jede vierte Frau musste eine Form von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz erfahren, mehr als jede fünfte Frau ist von Stalking betroffen. Besonders erschreckend ist, dass die Zahl an Morden an Frauen in Österreich immens hoch ist. Im Jahr 2024 gab es bis Ende Februar – also in den ersten zwei Monaten dieses Jahres – bereits sechs Femizide. Gewalt von Männern an Frauen gibt es in allen sozialen Schichten, in allen Nationen, in allen Familienverhältnissen und in allen Berufsgruppen. Und unserer Meinung nach – und die haben wir uns gebildet, weil wir uns mit sehr vielen Expert_innen auseinandergesetzt haben, unterhalten haben, uns über ihre Publikationen informiert haben, die tagtäglich mit Opfern und Tätern zusammenarbeiten –, braucht es im Wesentlichen, das ist unsere Meinung, drei Maßnahmen, die wir angehen müssen, damit wir die Gewalt eindämmen können, im besten Fall abschaffen können. Das ist einerseits der Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen, da gehören natürlich auch Beratungsstellen dazu, Übergangswohnungen, aber auch Einrichtungen für Täter und für potentielle Täter. Der zweite Punkt ist der niederschwellige Zugang. Alle Expert_innen sind sich einig: Je niedriger der Zugang ist, desto einfacher ist es für die Opfer, egal ob Frauen oder Kinder oder auch Männer, Transpersonen z.B. auch, dass sie Hilfe in Anspruch nehmen können. Und der dritte wesentliche Punkt in der Bekämpfung der Gewalt ist die Prävention, die Sensibilisierung, das Bewusstsein-Machen. Man braucht nicht weit schauen, es gab ja ein zweites großes Volksbegehren in Österreich, das Frauenvolksbegehren, das unter anderem auch diese Punkte gefordert hat. Ich darf hier drei herausnehmen: Das Frauenvolksbegehren hat gefordert, den bundesweiten Ausbau von staatlich finanzierten und rechtlich abgesicherten leicht zugänglichen, kostenfreien Einrichtungen und Beratungsstellen für alle von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder. Das Frauenvolksbegehren hat auch den Ausbau der Kooperation zwischen Behörden, Gerichten und Gewaltschutzzentren gefordert, und es hat gefordert, eine verstärkte Sensibilisierung, ein Sensibilisierungsprogramm in der elementaren Bildung, in Schulen, in der Justiz, in der Polizei, sowie Präventionsprogramme und Anti-Gewalt-Trainings für Gefährder. Das Land Steiermark hat in letzten Jahren einiges getan und da bin ich wirklich sehr, sehr froh darüber und ich freue mich über das erst zuletzt dargestellte Sechs-Punkte-Programm, das wir von Landesrätin Schmiedtbauer und von Landesrätin Kampus vorgestellt bekommen haben. Es zeigt auf – und das konnten wir auch unserem Antrag entnehmen, da gab es ja eine Stellungnahme dazu – was da alles inzwischen passiert

ist. Und das Aller-Allerwichtigste jetzt für unseren Antrag ist für mich, dass nun eine zentrale Gewaltschutz-Helpline zur Stärkung der bestehenden Notruf- und Beratungsnummern kommen soll – eine zentrale Notrufnummer. Sie erinnern sich vielleicht, wir haben ja schon vor längerer Zeit die Initiative eingebracht, dass man, um diesen niederschweligen Zugang zu haben, eine Gewaltschutznummer auf ein Milchpackerl druckt. Ein Milchpackerl ist in jedem steirischen Haushalt zu finden und es geht durch mehrere Hände. Alle Personen in der Familie verwenden oder nehmen so ein Milchpackerl in die Hand. Und wenn man hier die Möglichkeit hat, dass man eine zentrale Notrufnummer draufdruckt, dann hätte man die Möglichkeit, diesen niederschweligen Zugang für die Hilfsangebote in alle steirischen Haushalte zu bringen. Das ist keine Erfindung der KPÖ, das ist eine Erfindung, die man aus Amerika übernommen hat. Man hat in Amerika begonnen, Vermisstenmeldungen auf Milchpackungen zu drucken und damit große Erfolge erzielt. Man ist dann in Schweden den Weg beim Gewaltschutz gegangen und hat diese zentrale Gewaltschutznummer/Rufnummer auf ein Milchpackerl gedruckt. Auch in Niederösterreich gibt es ein Modell, das ähnlich arbeitet. Und ich freue mich sehr, dass ich von Landesrätin Schmiedtbauer erfahren habe, dass jetzt auch in der Steiermark Kontakt mit Molkereien aufgenommen wurde. Ich denke, das ist ein Weg, wo wir wirklich zeigen können, dass wir gemeinsam weiterarbeiten und den nächsten wichtigen Schritt gehen nach all den Maßnahmen, die es in der Steiermark bereits gibt und über die ich sehr, sehr froh bin. Ich habe da wirklich große Hoffnungen, dass wir dieses Projekt gemeinsam durchbringen können. Das würde nicht nur mich freuen, sondern ich glaube, das wäre wirklich ein ganz ein wichtiger Schritt in Richtung Gewaltschutz.

Warum wir der Stellungnahme oder dem Abänderungsantrag, der hier heute zu beschließen ist, nicht unsere Zustimmung geben, hat folgenden Grund: In diesem Abänderungsantrag steht noch nicht drinnen, dass es diese zentrale Notrufnummer gibt oder dass diese Gespräche mit Molkereien stattgefunden haben, sondern man verwendet da noch die alte Formulierung, dass es geplant ist, eine Notrufnummer zu machen. Jetzt bin ich ein bisschen ein gebranntes Kind in der Opposition, wenn es darum geht: „Wir planen da etwas ...!“ Aber ich möchte hier nicht in Abrede stellen, dass ich davon ausgehe, dass das wirklich geplant ist, aber wir werden dann zustimmen, wenn es soweit ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit und ich danke vor allem auch für die Zusammenarbeit in diesem Bereich. Vielen Dank. *(Beifall bei der KPÖ – 11.52 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Helga Ahrer. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Ahrer – SPÖ (11.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte geschätzte Landesrätinnen, sehr geehrter Herr Landesrat und werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, sowie liebe Zuseherinnen und Zuseher im Publikumsraum bzw. via Livestream!

Nun, die Steiermark verfolgte im Bereich des Gewaltschutzes konsequent einen ganzheitlichen, umfassenden Zugang: Einerseits ist ein breites und vielschichtiges Netz an Unterstützungs-, Beratungs- und Schutzangeboten für von gewaltbetroffenen Frauen und deren Kinder, aber auch für Männer, ganz klar bereits etabliert. Es gibt noch Interventionen eben Gewalt zu stoppen und durch Prävention weitere Gewalt zu verhindern. Andererseits werden die unterschiedlichen Maßnahmen durch umfassende und bereichsübergreifende Sensibilisierungsoffensiven flankiert und mitgetragen. Gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern aus dem Gewaltschutzbereich werden auch umfassende und unterschiedliche Maßnahmen gesetzt, um gemeinsam für eine möglichst gewaltfreie Steiermark zu kämpfen. So hat sich eine starke Gewaltschutz-Community etabliert, die wegweisende Innovationen für den Gewaltschutz auf den Weg gebracht hat, z. B. eben einmalig – und auch nur in der Steiermark festgehalten –, einmalig ein Rechtsanspruch auf die Unterbringung in einer Frauenschutzeinrichtung. Im Jahr 2019 wurde zusätzlich der Gewaltschutzbeirat als ständiges Gremium etabliert und der tagte auch vehement bzw. hier findet wirklich ein sehr reger Austausch statt. 2019 z. B. haben wir auch Steiermark weite regionale Krisenwohnungen bereits geschaffen. In weiterer Folge – weil das ist nämlich auch wichtig –, dass die Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können und dass sie aus dieser Spirale herauskommen, ist es auch ganz wichtig, dass Frauen mit ihren Kindern, Partnerinnen, hier herauskommen, wurden und werden zusätzliche Übergangswohnungen geschaffen, wo es möglich ist, hier – sage ich einmal – Fuß zu fassen. Das wurde im Sechs-Punkte-Programm weiters verankert. Jetzt spreche ich die zentrale Nummer an: Hier wurde ja bereits ... eine Präsentation hat hier stattgefunden zwischen unseren beiden Landesrätinnen. Ab 2. April dieses Jahres wird diese Nummer kommen und zwar wird sie lauten: 0800/204422. Und was ganz wichtig ist ... (*KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Das steht in der Stellungnahme nicht drinnen!“*) in der Stellungnahme, die war ja zu dem Zeitpunkt, liebe Claudia, wo das noch nicht bekannt war und wo die ja auch noch nicht, weil eines ist ja wichtig bei einer Notrufnummer bzw. bei einer zentralen Nummer: Es hilft ja nicht nur, wenn hier eine Erstanlaufstelle geschaffen wird,

viel wichtiger ist ja für die Frauen und Männer, die hier anrufen, dass auch im Hintergrund bereits ein hohes Beratungspotential vorhanden ist und Anlaufstellen vermittelt werden können und genau noch weiterhin zum niederschweligen Zugang. Da bin ich ganz bei dir, aber hier haben bereits in den vergangenen Jahren sehr viele Zugänge stattgefunden, eben im Aufdrucken z. B. auf den Kassenbons, bei Spar Steiermark, im City-Park, H&M war hier ein verlässlicher Partner, die Ärztekammer, Kinokampagnen hat es gegeben, über die Frauenhäuser abgespielt, also es gibt hier einen niederschweligen Zugang. Es ist, wie bereits ausgeführt, ja auch angedacht, sage ich einmal, in Richtung Milchpackungen, aber wie gesagt, das war ja zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt, als die Stellungnahme abgegeben wurde. Ich möchte auch darauf hinweisen, weil das nämlich ganz wichtig ist, nämlich auch, weil das für jene gewaltbetroffenen Menschen jeglichen Alters wichtig ist, dass es Zugang gibt zu Gewaltschutzambulanzen. Und hier begrüße ich es sehr, nicht nur als obersteirische Abgeordnete, sondern hier begrüße ich es auch sehr, dass hier ganz wichtig ist, hier eine weitere Gewaltschutzambulanz am Standort LKH Hochsteiermark/Leoben zu schaffen, weil es hier wichtig ist, kurze Wege anzustreben, aber auch einen raschen Zugang, damit es später diese objektiven gerichtsmedizinischen Befunde untermauert werden und dass dies natürlich auch dementsprechend vor Gericht dann halten kann. Übergangswohnungen habe ich schon erwähnt. Und abschließend darf ich, wie immer, sagen: Gewaltschutz darf niemals zur Privatsache werden, wegschauen ist auch nicht angebracht und ist auch auf keinen Fall zulässig. Wir in der Steiermark schauen sicher nicht weg, sondern werden das Ziel für eine gewaltfreie Steiermark weiterhin ganz stark verfolgen und mit diesen Schritten sind auch wichtige Ziele gesetzt und damit sage ich danke für eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.58 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Frau Kollegin. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Herbert Kober. Bitte, Herr Kollege Kober.

LTAbg. Kober – FPÖ (11.58 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Bei diesem Tagesordnungspunkt darf ich unsere Frauensprecherin, Frau Landtagsabgeordnete Helga Kügerl vertreten. Sie lässt auf diesem Wege dem ganzen Landtag und allen Mitarbeiter_innen recht herzliche Grüße ausrichten. Gewalt gegen Frauen, zentrale Notrufnummer auf Milchpackungen ist das Thema, geschätzte Damen und Herren. Im Jahr

2023 haben sich in Österreich laut Medienberichten 28 Morde von Männern an Frauen ereignet. 26 davon waren mutmaßlich Femizide, 51 Mordversuche und schwere Gewalt hat es leider auch gegeben. Zwölf dieser 28 Morde wurde an Frauen in der Steiermark getätigt. Sehr geehrte Damen und Herren, sie alle wurden zu Opfern eines Systems, das nicht in der Lage war, sie zu schützen. Ihre Geschichten sind nicht mehr als eine Zahl in der Statistik. Was bleibt ist die Frage: Wie viele werden es 2024 sein? Weil, es wird wieder passieren und es ist bereits vielfach wieder passiert. Laut Statistik der autonomen österreichischen Frauenhäuser – Kollegin Klimt-Weithaler hat es schon angesprochen – hat es in diesem Jahr bereits sieben Femizide und neun Fälle schwerer Gewalt an Frauen gegeben. Sehr geehrte Damen und Herren, ebenso deutlich ist die Tatsache, dass es sich in vielen Fällen um ausländische Täter handelt. So zeigte eine im Juli 2023 präsentierte Studie im Rahmen einer Kriminalstatistik, die von 2010 bis 2020 erarbeitet wurde, dass neun von zehn Frauenmorden von Männern begangen werden. Der klassische Täter beim Morden ist männlich und zwischen 30 und 39 Jahre alt. Häufig handelt es sich dabei um den Mann bzw. um den Exmann des Opfers. Bei sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen werden die Täter – so liest man es fast täglich – leider immer jünger. Über 40 % der Täter waren Ausländer oder hatten einen Migrationshintergrund. Geschätzte Damen und Herren, ein Thema, bei dem sich sämtliche Fraktionen im Landtag einig sind: Frauenmorde, Gewalt an Frauen und Kindern, egal in welcher Form, darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Gewalt in der Familie betrifft Frauen und Kinder aller Altersstufen und aller Kulturen. In Familien und Beziehungen kommt Gewalt in vielen Formen vor: Es umfasst die körperliche, die seelische und die sexuelle Gewalt. Sehr geehrte Damen und Herren, die Stellungnahme der Landesregierung wurde schon detailliert dargeboten, wichtig ist für uns, dass es eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, die zum Thema Gewaltschutz aufmerksam machen und natürlich auch niederschwellig Informationen verbreitet werden. Geschätzte Damen und Herren, wir Freiheitliche unterstützen natürlich jede Maßnahme, die dazu dient, um Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern. Es ist zu begrüßen, dass die zuständigen Abteilungen mehrere Maßnahmen prüfen, bzw. in einem Maßnahmenpaket zusammenfügen und in einer zukünftigen Kampagnenstrategie entsprechend berücksichtigen.

Abschließend, geschätzte Damen und Herren, darf ich auch unseren unselbständigen Entschließungsantrag zu diesem Thema einbringen:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die finanziellen Mittel für Gewaltschutzmaßnahmen und Gewaltschutzeinrichtungen (z.B. Gewaltschutz-Helpline, Informationskampagnen, Krisen- und Übergangswohnungen, Gewaltambulanzen etc.) deutlich aufzustocken.

Geschätzte Damen und Herren, ich glaube, das ist ein Thema, das uns noch länger begleiten wird. Setzen wir ein Zeichen, tun wir alles daran, um Gewalt an Frauen und Kinder zu verhindern. Danke für die Aufmerksamkeit und bitte für die Annahme unseres Antrages.
(Beifall bei der FPÖ – 12.02 Uhr)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (12.03 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Zuhörende, werte Abgeordnete!

Es ist sehr erfreulich, wenn es jetzt schon wirklich konkret auch ein Datum gibt, liebe Helga. Dass diese Notrufnummer am 02. April dann auch eingerichtet ist, das freut mich wirklich außerordentlich. Ich darf nur noch einmal konkretisieren, worüber wir heute abstimmen und was ich jetzt gehört habe: Der Abänderungsantrag, den SPÖ und ÖVP zu unserem Stück eingebracht haben, lautet wie folgt – das zu dieser neuen Gewaltschutz-Helpline: „Parallel dazu wird im Auftrag des Landes Steiermark von den Gewaltschutzeinrichtungen eine zentrale Notrufnummer für alle Gewaltschutzeinrichtungen eingerichtet werden, so dass Betroffene noch einfacher Kontakt zu Hilfseinrichtungen aufnehmen können und rasch Beratungstermine erhalten können.“ Also das heißt, da gab es noch kein fixes Datum, da gab es noch keine endgültige Entscheidung. Zu der Idee der Notrufnummer auf Milchpackungen steht in dem Abänderungsantrag, den wir jetzt hier beschließen sollen, drinnen: „Genauso wie alle anderen Maßnahmen wird dieser Antrag oder diese Initiative mit den Milchpackungen beachtet werden.“ Das meine ich mit: Das ist mir zu wenig konkret. Denn wenn da jetzt drinnen gestanden wäre: „Sobald diese Notrufnummer fixiert ist, wollen wir dieses Projekt umsetzen“, wäre das eine konkrete Aussage. Was ich nicht ganz verstehe ist, wenn es jetzt dieses Datum schon gibt, warum man nicht einen dahingehenden Abänderungsantrag auch eingebracht hat rechtzeitig vor der Landtagssitzung, wo eben dieser Passus, dass man noch in

Planung ist, geändert wird in einen Passus, wo drinnen steht: „Die gibt es jetzt und ab 02. April wird sie stattfinden“, dann hätten wir dem auch zustimmen können. (*LTA*bg. *Ahrer*: „*Das steht eh drinnen!*“) Nein, es steht nicht drinnen, Helga. Nein, es steht drinnen – ich habe es gerade vorgelesen: „Parallel dazu wird eingerichtet werden“, und du kennst schon ein Datum. Wenn das Datum schon drinnen gestanden wäre in diesem Abänderungsantrag, den man ja nachher noch einbringen hätte können rechtzeitig vor der Landtagssitzung, hätten wir dem durchaus unsere Zustimmung geben können. So warten wir ab, denn wie gesagt, ich habe schon betont, ich habe große Hoffnung, dass die Frau Landesrätin Schmiedtbauer ihre Gespräche mit den Molkereien weiterführt und positiv zum Abschluss kommt.

Ich nütze jetzt aber noch die Gelegenheit, um zum Entschließungsantrag der FPÖ Stellung zu nehmen. Dem werden wir auch unsere Zustimmung geben. Interessanterweise ist der inhaltlich so geschrieben, ganz entgegen dem, was du da hier vorne referiert hast, lieber Herr Kollege Kober. Denn ich habe es vorher schon erwähnt: Man kann natürlich die Ursachen suchen und konkret Lösungsvorschläge einbringen. Da gehört für mich beispielsweise dazu, dass es ganz, ganz notwendig ist, alle, die hier in der Steiermark leben, egal, in welchem Familienstand, in welchen Familienverhältnissen, in welchem Status sie hier sind, egal mit oder ohne österreichischen Pass z.B., in die Burschenarbeit einzubeziehen. Es gibt in der Steiermark eine hervorragende Fachstelle für Burschenarbeit, die sich intensiv in den Schulen auch mit den Burschen auseinandersetzt. Und wie gesagt, da muss man natürlich alle mit ins Boot nehmen. Ich habe vorher die patriarchale Struktur als Nährboden genannt, das ist für alle Männer gültig, die hier geboren sind oder die hierhergezogen sind, die hierher geflüchtet sind. Leider haben wir auch in Österreich nach wie vor patriarchale Strukturen, darum passiert Gewalt in der Familie, Gewalt an Frauen, Gewalt an Kindern ja überwiegend – du hast es genannt – durch Männer in allen sozialen Schichten, in allen Berufsgruppen, in allen Milieus, und das muss man bekämpfen. Und da muss man die parteipolitische Brille herunternehmen. Denn wenn es uns ernsthaft darum geht, Frauen, Mädchen und Kinder zu schützen und alle Personen, die von Gewalt betroffen sind, dann braucht es eben diese Arbeit. Es gibt die hervorragende Präventionsstelle Hazissa z. B. in der Steiermark, es gibt das Projekt Heros, das sich speziell mit Buben mit Migrationshintergrund auseinandersetzt, und es gibt noch unzählige, die hervorragende Arbeit leisten. Die muss man unterstützen, da muss man auch Geld investieren. Und ich weiß es aus Graz, mein Kollege Krotzer, der für Integration in der Stadt Graz zuständig ist, hat erst vor kurzem noch einmal 83.000 Euro investiert, um hier Projekte weiter zu fördern. Ich weiß es von Elke Kahr, Bürgermeisterin und Frauenstadträtin,

die das Projekt „Stoppt Gewalt“ gerade ausweitet, das sind diese Tafeln zur Bewusstseinsbildung, die auf Märkten stehen, da haben sich jetzt auch große Einkaufszentren beteiligt, Murpark, Citypark, da wird auf den Infoscreens dort aufgezeigt: „Hallo, Gewalt an Frauen ist kein Kavaliersdelikt!“ Da müssen wir gemeinsam daran arbeiten. Also, wie gesagt, vorerst gibt es zu diesem Abänderungsantrag von uns noch keine Zustimmung. Wichtig ist aber, dass hier etwas weitergeht und ich bin großer Hoffnung und großen Mutes und gehe da voran und hoffe, ich werde da auch begleitet. Ich freue mich, dass man da ja offensichtlich auch von den Expert_innen her man einer Meinung ist und ich darf beim Kollegen Schwarzl anschließen, der ja vorher auch gemeint hat: „Wenn das eh alle wollen, dann könnte man ja auch einem Entschließungsantrag der Opposition zustimmen.“ Ich habe ihm darauf geantwortet: „Darauf warte ich noch lange“, aber ich verspreche hier in aller Öffentlichkeit: Sollte das so sein, dann gehe ich nach Mariazell. Das schwöre ich hiermit. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 12.09 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bernadette Kerschler. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Mag. Kerschler – SPÖ (12.09 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin, liebe Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Das Thema Gewalt an Frauen und wie gehen wir damit um, wie lautet unsere Strategie, macht mich einigermaßen betroffen. Und der Umgang hier drinnen macht mich auch ein bisschen betroffen, so als Wettbewerb: Wer hat die besseren Ideen und kann jetzt meine Idee durchsetzen? So habe ich es jetzt empfunden bei den letzten Redebeiträgen, weil ich glaube, dass wir mit der Steiermark auf einem sehr, sehr guten Weg sind. Wir haben es schon gehört von meinen Vorrednerinnen: Wir machen sehr, sehr viel in der Steiermark, wir haben einen niederschweligen Zugang, wir haben eine Gesamtstrategie und wir setzen sehr viel um. Trotzdem weiß ich aus meiner direkten Arbeit in der Bildungseinrichtung, in der ich tätig bin, dass wir nicht immer ankommen bei den Frauen. Das hat sehr viele Gründe und wir sollten uns überlegen, was es ist und ob es reicht, wenn wir diese vielen, vielen Maßnahmen, die wir setzen, ob die niederschwellig genug sind und ob wir schnell genug sind, zu reagieren und modern genug sind. Wir haben ganz viel gemacht: H&M als Kooperationspartner, Spar als Kooperationspartner, jetzt ist die Idee mit den Milchpackungen. Claudia hat gesagt: „Jeder Haushalt hat eine Milchpackung“, ich sage dir: Das stimmt schon lange nicht mehr. Ich kenne

ganz viele, die nicht mehr Milch trinken. Ich weiß, dass ganz viele beim Spar keine Rechnung mehr haben, weil sie z.B. die App verwenden. Also wir müssen noch schneller sein, noch schneller reagieren und ganz wichtig: Wir müssen, wir dürfen den persönlichen Kontakt nicht unterschätzen. Ganz viele der betroffenen Frauen in der Steiermark des letzten Jahres haben keine der von uns angebotenen Einrichtungen besucht. Sie brauchen einen persönlichen Anstoß, irgendjemand, es reicht nicht nur die großartige einheitliche Nummer, die wir ab 02.04. haben werden. Und ich sage es jetzt nochmal, weil ich glaube, dass es auch ganz wichtig ist, dass wir diese Nummer verbreiten: 0800/204422, ab 02.04. die einheitliche Nummer. Großes, großes Danke an die zwei Landesrätinnen. Wirklich großes Danke, wir das schaffen hier, dass wir eine einheitliche Nummer haben und wir sollten sie alle hier verbreiten mit allen Möglichkeiten, egal ob auf Rechnungen, auf Milchpackungen, alle Partner ins Boot holen und alle sollten sie verbreiten. Aber wir müssen weiter sensibilisieren mit allen möglichen Projekten. Claudia hat schon ein paar genannt, Helga Ahrer hat ganz viele genannt. Aber es gibt so viele Projekte: „Stopp Partnergewalt“ z.B., bei uns in Leibniz ein Projekt mit Workshops, dass alle Menschen reagieren, wenn sie was hören. Wir in den Bildungseinrichtungen müssen reagieren, die Ärztinnen und Ärzte müssen reagieren. Wir müssen uns ständig überlegen: Wo kommen die Frauen hin, die von Gewalt betroffen sind und wer kann ihnen einen kleinen Anstoß geben, dass sie sich helfen lassen? Ein Beispiel möchte ich Ihnen noch mitgeben auf den Weg. Wir haben tagelang eine Frau nicht erreicht, die zu uns ins ZAM hätte kommen sollen. Ja, der Briefträger hat so lange geklopft an der Tür bei ihr, bis sie aufgemacht hat. Und es war gut so. Herzlichen Dank. Und ein bisschen: Man soll nicht immer wegschauen, man darf auch mal hinschauen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.13 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Veronika Nitsche.

LTAbg. Nitsche, MPA - Grüne (12.14 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin, liebe Frau Landesrätinnen – zuständige Landesrätinnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen hier und über Livestream!

Ja, wir haben den Gewaltschutz immer wieder hier im Landtag und das ist auch gut so, weil, wie ich auch das letzte Mal schon im November gesagt habe, es ist einfach wichtig, dass dazu weiter einfach Bewusstseinsbildung passiert und das ist ja auch das, was die Vorrednerinnen

gesagt haben. Und glücklicherweise haben wir heute auch nicht wie beim letzten Mal einen aktuellen Anlass, sondern tatsächlich einen Antrag seitens der KPÖ. Insofern ist das auch ein bisschen ein anderes Gefühl, heute heraußen zu stehen, auch wenn die Zahlen auch heuer wieder schrecklich sind. Und das letzte Mal sind wir eben bei 26 Femiziden gestanden und das war eben 2023 noch und elf in der Steiermark, wobei wir da eben wirklich trauriger Spitzenreiter sind. Und wir sind dann immer über die Zahlen schockiert und so über den Jahreswechsel bin ich auf einen sehr schönen Artikel oder beziehungsweise auf ein Dossier gestoßen, in der Kleinen Zeitung von der Daniela Brescakovic, die eben diese Frauen beschrieben hat, die Femizide in der Steiermark. Und das sieht man sehr schön, weil natürlich sind das keine Zahlen, sondern das sind einfach Menschen, Frauen, die da dahinterstecken. Man sieht dann sehr schön diese Lebensgeschichte von Bettina, Christina, Yvonne, Jessica und wie diese elf Frauen alle geheißen haben. Und hinter diesen Frauen oder hinter diesen Geschichten stehen sehr meistens Familiengeschichten. Und das hat immer noch so ein bisschen den Touch einer Privatangelegenheit, wobei sich das aber eben Gott sei Dank immer mehr ändert. Und es sind natürlich auch Geschichten von patriarchaler Gewalt sehr oft, wie die Claudia das erwähnt hat. Da finde ich es sehr schön und sehr wichtig, das ist eben, inzwischen wird diese Täterarbeit immer mehr auch in den Fokus gerückt, auch in den Aktivitäten unter Finanzierung von Bundeseite wie auch von Landeseite. Aber das war auch schon immer in der Gewaltarbeit seit sehr vielen Jahren, also seit langer Zeit, ein besonderer Ansatz in der Steiermark, dass man eben diese Opfer- und Täterarbeit gemeinsam sieht. Und es ist tatsächlich so, wir haben das auch das letzte Mal besprochen, der Gewaltschutz wird eben, da wird viel auf Bundesebene und auf Landesebene getan. Ich habe mir das jetzt auch tatsächlich noch einmal angeschaut, aber sehr viel ist eben auch schon von der Helga erwähnt worden. Und was auch schön ist, diese Aktivitäten auf Bundesebene und auf Landesebene greifen eben auch sehr gut ineinander, was jetzt z.B. die Übergangswohnungen betrifft. Ich möchte jetzt kurz auch auf die neue Hotline eingehen, die wirklich tatsächlich wichtig ist. Aber was, glaube ich, heute noch nicht erwähnt wurde, ist eben diese Studie zu den Femiziden und ich glaube, dass das auch etwas ganz Wichtiges ist, sich nämlich wirklich die Zusammenhänge anzuschauen und wie es zu diesen Femiziden kommt und wie man die in Zukunft vermeiden kann, weil es eben wirklich wichtig ist, diese Zusammenhänge zu erfassen und eben nicht nur zu konstruieren, wie das eben teilweise seitens der FPÖ passiert. Und es ist tatsächlich so, es gibt viele Angebote in der Steiermark und dadurch wird ja auch viel verhindert, nur wie viel man verhindert hat, weiß man halt dann oft nicht. Man weiß, wie

viele Beratungsleistungen passiert sind, aber die Zahlen eben zu dem, was verhindert wurde, das hat man nicht. Und das ist insofern wichtig, weil man eben weiß, bei den Femiziden in der Steiermark war das tatsächlich im letzten Jahr so, dass im Vorfeld bei keiner einzigen Tat eben ein Kontakt zu einer Gewaltschutzeinrichtung stattgefunden hat. Und das ist natürlich etwas, was uns wirklich nachdenklich machen muss und wo wir schauen müssen: Wie kann man dagegen angehen. Und das waren ja vorwiegend Daten im ländlichen Raum und ich vermute tatsächlich, dass es schon Menschen gibt, die was mitbekommen haben. Ich weiß das auch, ich komme ja auch aus einer ländlichen Region, da weiß dann schon teilweise, was dort auch passiert. Aber es ist natürlich persönlich extrem schwierig, das sind Nachbarinnen, Nachbarn, das sind Verwandte möglicherweise, Freundinnen, wie man damit umgeht. Und darum ist es sehr gut, dass es eben auf der einen Seite wirklich viel Angebote gibt, es gibt auch Trainings zu Zivilcourage oder wie man mit so Situationen umgeht oder das eben genannte Stopp-Projekt eben Stadtteile ohne Partnergewalt, das ja sehr klein angefangen hat in einem Bezirk in Wien, aber jetzt über ganz Österreich ausgebreitet wurde. In Leibniz gibt es eins und ich weiß, dass auch die Südoststeiermark daran interessiert ist und es gibt auch ein Stoppprojekt eben in Graz. Aber was man zumindest selber immer tun kann, auch für andere, wenn man so eine Situation mitbekommt, ist eben diese Notruf- und Beratungsnummer zu nützen. Also dazu raten eben alle Expertinnen und Experten, dass es ebenso wichtig ist, sich da frühzeitig Rat und Hilfe zu suchen. Und ich habe das noch vom Herbsttermin, da gab es sehr viele Nummern, die man da eben hätte anrufen können. Insofern ist es wirklich schön, dass es jetzt eben diese neue Hotline gibt, eben dieses Hilfetelefon bei Beziehungsgewalt, dass es eine Nummer gibt, die eben dann zu den verschiedenen Initiativen weitergeleitet wird. Und es wurde eben gesagt, dass das ab 02. April – also steht der Termin bis zum 2. April noch –, weil ich glaube, dass das ganz, ganz wichtig ist, weil wir können eben auch, wie die Bernadette Kerschler schon gesagt hat, auch zur Verbreitung beitragen. Es ist eben gut, also ich finde das auch mit den Milchpackungen eine tatsächlich gute Idee, weil es so niederschwellig ist. Aber auch wir hier, wir können auch über unsere Kanäle tatsächlich auch zu einer Verbreitung dieses Hilfetelefons beitragen. Das würde ich auch sehr wichtig finden, weil wir doch auch Multiplikatoren sind in dem Zusammenhang. Es ist so: Gewalt gegen Frauen ist eben keine Privatangelegenheit, es ist eine Menschenrechtsverletzung, es ist eine Diskriminierung von Frauen und es muss aufhören und da müssen wir alle dahinter sein. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 12.20 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Robert Reif. Bitte, Herr Kollege Reif.

LTabg. Reif – NEOS (12.20 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte mit einem Dank beginnen, einem Dank an all jene, die sich wirklich immer und immer wieder dafür einsetzen, dass Gewalt an Frauen in der Öffentlichkeit diskutiert wird, dass verschiedenste Ansätze eingebracht werden, wie wir Gewalt an Frauen in Zukunft unterbinden können und unterbinden müssen und wie wir einfach von gewaltbetroffenen Frauen helfen können. Und dieser Dank gilt wirklich an alle, über alle Parteigrenzen hinweg, weil ich schon glaube, dass wir da herinnen, was dieses Thema betrifft, doch immer wieder auch zeigen und aufzeigen, dass wir eine Einheit bilden, dass wir wirklich gemeinsam dafür kämpfen, dass wir die Situation von gewaltbetroffenen Frauen in der Steiermark verbessern wollen und dieses auch tun. Und es sind heute schon sehr, sehr viele Dinge gesagt worden, wo Verbesserungen in den letzten Jahren getroffen worden sind und wo es noch Verbesserungen gibt. Dass in der Stellungnahme nicht dezidiert drinnen steht, dass es diese Nummer mittlerweile gibt und wann sie kommt, ist auch der Grund, warum wir heute der Stellungnahme nicht zustimmen. Aber umso erfreulicher finde ich es, dass diese Nummer jetzt endlich kommt und ich verstehe den Hintergrund. Ja, das muss im Hintergrund wirklich funktionieren, weil es bringt mir nichts, wenn ich eine Überschrift projiziere und dann funktioniert das Ding nicht. Jetzt bin ich wirklich guter Dinge, dass wir mit dieser Nummer es endlich schaffen, eine zentrale Anlaufstelle für von Gewalt betroffenen Frauen zu schaffen, und das niederschwellig. Und diese Niederschwelligkeit ist es aber auch, was uns, glaube ich, vereint. Das ist: Jeder hat Ideen, jeder hat Vorschläge, jeder hört Möglichkeiten unterschiedlichster Natur, egal wo auf dieser Welt, es gibt verschiedenste Ideen, wie man niederschwellig informieren kann. Und ich glaube, umso wichtiger ist es, diese Ideen zuzulassen, einen offenen Diskurs darüber zu führen und auch diese Ideen dann immer wieder zu verbessern und in zukünftige Strategien einzuarbeiten. Weil nur dann werden wir es wirklich schaffen, dass wir Gewalt einen Riegel vorschieben. Wir werden es wirklich nur dann schaffen, wenn wir Gewaltambulanzen noch weiter ausbauen. Vor allem aber auch, wenn man die Täter-Opfer-Arbeit weiter ausbaut. Wenn wir wirklich offen und ehrlich mit diesem Thema Gewalt an Frauen umgehen und wirklich permanent versuchen, neue Wege zu finden und – das ist heute auch schon gesagt worden – uns permanent auf neue Situationen

einstellen. Die Milchpackungen sind sicher ein Thema, ob dann auf normaler Milch, auf Hafermilch oder sonst irgendwas. Aber es muss passieren, und das ist eine Idee. Die App ist angesprochen worden – ja, wir gehen in eine digitale Welt, aber dann müssen wir auch die digitale Welt mit einbinden. Dann müssen wir es auch dort schaffen, so niederschwellig wie möglich, diese 0800/204422 zu installieren. Und es muss eine Nummer sein, die jedem von uns im Gedächtnis ist, wenn er darauf angesprochen wird: „Wohin kann ich mich wenden?“, wenn Gewalt, wenn mir in unmittelbarer Nähe etwas aufgefallen ist, dass einer Frau Gewalt zugefügt wird oder, wenn ich die Vermutung habe, dass irgendwo Gewalt auftritt. Dann muss diese Nummer 0800/204422 einfach sofort rauskommen. Ich glaube, nur dann schaffen wir es gemeinsam, hier wirklich Wege zu gehen, damit Gewalt an Frauen in Zukunft keinen Stellenwert in der Steiermark mehr hat. Und wir müssen hinschauen und nicht wegschauen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS und den Grünen – 12.24 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete ... Veronika Nitsche? Marias Skazel, bitte.

LTabg. Skazel – ÖVP (12.25 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen, geschätzter Landesrat, geschätzte Steirerinnen und Steirer, liebe Kolleginnen und Kollegen! 0800/204422, das ist nicht nur eine Nummer, diese zentrale Notrufnummer, die es ab 02.04. gibt. Es ist nicht nur eine Nummer, sondern auch eine Drehscheibe in unsere bestehenden Beratungseinrichtungen in den Regionen. Möglich wird dies über die Frauenhäuser, die als einzige Einrichtung im Gewaltschutzbereich bereits jetzt über eine 24-Stunden-Notrufnummer verfügen. Unter dieser zentralen Notrufnummer wird eine telefonische Erstberatung anonym 24 Stunden, sieben Tage lang die Woche zur Verfügung stehen. Gespräche zum Aufdruck dieser Krisennummer hat es von Seiten unserer Landesrätin Simone Schmiedtbauer bereits mit Molkereien als mögliche Partner gegeben, die durchaus positiv verlaufen sind. Vielen Dank, liebe Simone, für diese Kontaktaufnahme. *(Beifall bei der ÖVP, der SPÖ, den Grünen und der KPÖ)* In der Steiermark gibt es in allen Regionen Frauen- und Mädchenberatungsstellen, die flächendeckend und niederschwellig auf Prävention, Beratung und Begleitung bei Problemen setzen. Wir wissen, Betroffene müssen wissen, wo sie rasch Hilfe holen und informiert werden können. Ich hatte eine Information in meinem Umfeld von einer Freundin, die mir gesagt hat: „Ich habe mir schon eine Wohnung genommen, ich habe schon eingerichtet und wie ich gesagt habe: Ich ziehe aus, hat er zu mir gesagt: Dann bringe

ich mich um!“ In dem Moment wusste ich nicht, wie ich mit dieser Information umgehen sollte, die sehr vertraulich ist. Wo soll ich mich hinwenden, um sie zu unterstützen? Als eine meiner Maßnahmen habe ich einen Termin und Besuch in der Männerberatungsstelle in Deutschlandsberg gemacht, um auch einmal die andere Seite zu hören. Und wichtig ist vor allem auch die Vernetzung unter diesen Beratungsstellen, eben zwischen den Frauen- und Mädchenberatungsstellen und den Männerberatungsstellen. Zwei, drei Dinge sind mir besonders im Gespräch in Erinnerung geblieben. Gerade am Land spielt immer wieder Alkohol eine Rolle, wenn es um Gewalt an Frauen geht. Im Vorfeld, da wird der Mann stark, da sitzen die Freunde zusammen: „So, jetzt gehst du nach Hause, jetzt zeigst du erst einmal, wer der starke Mann im Haus ist.“ Verlustängste gehen meist einher bei Trennungen, das Gesicht zu verlieren in der Gesellschaft. Nach wie vor bin ich überzeugt, dass Gewalt bereits mit der Sprache beginnt. Was meine ich damit? Fehlende Wertschätzung, abschätzige Worte gegenüber Frauen und Mädchen bringen erstmals physische Gewalt und Drohungen mit sich. Sie senken vor allem die Hemmschwelle und öffnen Tür und Tor für den nächsten Schritt, nämlich die körperliche Gewalt. Jede noch so kleine Initiative und Kampagne trägt ihren Teil zur Sensibilisierung, zur besseren Information und zum Gewaltschutz letztlich bei. Davon bin ich nach wie vor felsenfest überzeugt. 0800/204422 ab 02. April die Krisennummer 24 Stunden, 7 Tage lang. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.29 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Frau Abgeordnete. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Doris Kampus. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Kampus - SPÖ (12.29 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, werte Abgeordnete!

Danke für die intensive, konstruktive und sehr wertschätzende Diskussion. Ich darf ganz kurz aus meiner Sicht und darf ja für dieses Thema jetzt seit vielen Jahren zuständig sein und dass es mir politisch ein Riesenanliegen ist, brauche ich niemandem sagen. Was ich aber tun möchte, ist diese Wertschätzung wirklich erweitern. Und Sie können dasselbe erleben, egal wo Sie hinfahren, in welches Bundesland, auch in Wien von der Bundesregierung. Ich habe mich erst kürzlich mit den beiden Ministerinnen Raab und Zadic getroffen. Die Wertschätzung für die Arbeit der Community-Organisationen im Bereich Gewaltschutz ist österreichweit einzigartig. Und wir hören immer wieder, und das macht uns auch stolz, dass die Steiermark da wirklich Vorreiter ist. Und ich möchte diese Wertschätzung, die Sie heute

uns zum Ausdruck gebracht haben, auch gerne weitergeben, was unsere Marina Sorgo vom Gewaltschutzzentrum leistet, die jetzt auch österreichweit Sprecherin ist, was andere da leisten österreichweit, das ist wirklich einzigartig. Und übrigens, wir haben als einzige auch seit fünf Jahren einen Gewaltschutzbeirat. Wir haben als einziges Bundesland ein Gesetz, wir haben eine beschlossene Gewaltschutzstrategie. Danke an Sie als Abgeordnete. Das heißt, es ist eine Basis, wo wir konsequent weiterarbeiten werden. Und was haben wir jetzt vor? Es ist sehr viel schon genannt worden. Ich kann das eine oder andere konkret noch dazu fügen. Vielleicht auch nur, weil es mir so ein Anliegen ist, darauf hinzuweisen. Es ist ja ein bisschen so gemutmaßt worden oder es sind Thesen in den Raum gestellt worden: Wer sind denn die Täter und was ist denn so eine Motivationslage? Und ich bin wirklich auch froh – froh, dass wir jetzt, wir haben jetzt, es ist ausgeschrieben worden von der Abteilung 11, wir haben sehr renommierte Institute eingeladen, die haben jetzt Angebote abgegeben, übrigens auch aus Deutschland etc., aus anderen Bundesländern. Und wir werden in Kürze die Studie beauftragen können, um die Femizide untersuchen lassen zu können. Und ja, es stimmt, keine einzige dieser Frauen hatte Kontakt zu einer Gewaltschutzeinrichtung. Und das muss einen stutzig machen: Wenn wir auf der einen Seite sagen, wir sind österreichweit großartig und auf der anderen Seite finden die Frauen nicht den Weg, dann muss man sich das genauer anschauen. Und das werden wir auch tun. Und das soziale Umfeld, es hat jemand, ich glaube, das war die Veronika Nitsche, wir glauben auch, dass das soziale Umfeld eine Riesenrolle spielt. Und dass man da Dinge vielleicht weiß, die man gar nicht weiß, oder gar nicht weiß, wie man sie einordnen soll. Und deswegen wird das ganz genau angeschaut. Übrigens ein Faktor, den würde ich gerne mitgeben aus dem Beirat, und ich freue mich schon, geschätzte Abgeordnete, am 07. Juni sind Sie herzlich eingeladen, ich habe das schon im Ausschuss auch sagen dürfen. Eines zeichnet sich leider ab: Was für die Frauen der gefährlichste Moment ist, wenn sie den Mann verlassen oder vorhaben, den Mann zu verlassen. Beziehungsabbrüche ziehen sich durch alle Schichten, dass das für Frauen ein ganz, ganz gefährliches Momentum ist, weil Frauen noch immer als Eigentum des Mannes gesehen werden. Und das ist ein Wahnsinn, dass Männer noch immer so ticken, dass Männer noch immer glauben, sie können entscheiden, wo die Frau, wie sie zu leben hat, was sie zu tun hat, das ist ganz schlimm. Also so Beziehungsabbrüche ist ein Thema, aber die Studie wird sich, wie gesagt, ganz genau damit auseinandersetzen. Ich darf ganz kurz aufs Telefon kommen. Ja, das war eine Herkulesaufgabe, gemeinsam mit der Simone Schmiedtbauer. Ich weiß, das klingt so, und wir zwei haben ja hundertmal noch nachgerufen: „Na bitte schön die Nummer!“ Aber es ist ja

nicht nur die Nummer. Da hinten ist jetzt ein Riesenapparat an Organisationen, an Plattformen, an Bewegung, weil wir eben nicht wollten: Die ruft dort an, die Frau – ich habe es schon öfter sagen dürfen – und man sagt ihr: „Sorry, Samstag geht nicht oder Termin leider erst in zehn Tagen.“ Das wollten wir verhindern. Und deswegen danke, dass das so wertschätzend jetzt gesagt wurde und wenn die Nummer auch auf den Milchpackerln steht, super, aber das ist natürlich nicht das Einzige. Also da wird eine richtige Maschinerie beginnen loszulaufen, wo die Nummer ist. Und danke an den geschätzten Landesrat Kornhäusl, die Nummer wird bei allen Ärzten wieder sein, sie wird bei allen Apotheken sein, sie wird bei Spar wieder sein, wir werden mit H&M und anderen ... Übrigens, das ist mir so wichtig: Roter Faden, wir haben für keine einzige dieser Kooperationen auch nur einen Cent gezahlt. Alle diese Kooperationspartner sind bereit, das kostenfrei zu machen. *(Beifall bei der SPÖ, der ÖVP und den Grünen)* Das heißt, sie sind bereit, gemeinsam mit dem Land – danke – und egal, ob das Spar ist, egal wer es ist, alle machen es kostenfrei mit uns und ich finde, es ist eine hohe Qualität. Und wenn das auch gelingt mit den Molkereien, super. Wir werden ganz, ganz viel – und ich möchte einen Riesendank an die Medien sagen, die immer sehr wertschätzend, mit ganz viel Bedacht auch im Bereich Gewaltschutz unterstützen und diese Nummer bekannt geben. Wir haben auch bei der Pressekonferenz, die wir gemeinsam vor dem Frauentag gegeben haben, hat es auch schon erste Signale gegeben, dass man natürlich dann auch über diese Nummer berichten wird ab 02.04. Ich möchte mich da wirklich dafür bedanken. Das ist einfach so, so wichtig, dass die betroffenen Frauen mit ihren Kindern eben wissen, an wen sie sich wenden können. Und das Zweite ist, und da wird, wie gesagt, da wird es ganz, ganz viele Maßnahmen geben, damit diese Nummer bekannt wird. Und danke, wenn Sie das auch tun. Jeder von uns hat ein berufliches und ein privates Umfeld und ein Netzwerk. Und da kann man diese, und da muss man das auch kommunizieren. Und danke, dass das möglich ist. Und wie gesagt, Milchpackerl, super, Medien danke, alle Kooperationsformen, die wir bisher hatten, werden wir einsetzen, damit diese Nummer möglichst bekannt wird und es nicht, also der Schutz einer Frau nicht daran scheitert, dass die Frau nicht weiß, wo sie anrufen soll. Gewaltschutzambulanz, noch einmal danke an den Landesrat Kornhäusl, läuft ja ganz stark über die KAGes und die MedUni. Wir haben jetzt in Graz ein System, in Bälde ein System, dass 24/7 die Gewaltambulanz an der KAGes verfügbar sein wird. Ich halte das für etwas ganz Großartiges. Übrigens auch da Spitzenreiter im Sinne von ganz vorne mit dabei, weil die Steiermark betreut da Kärnten und Burgenland mit z.B. Also wir haben da mit Frau Prof. Heinze eine wirkliche Kapazität, die Frau, die auch im Gewaltschutzbeirat sitzt, die Sie

auch kennenlernen werden im Juni. Und ja, wir haben vor, mit Leoben als ersten Standort, und das unterstützen die Ministerinnen Raab und Zadic auch sehr. Also wirklich ein Danke dafür, wo die Initiative auch ausgeht. Und das Dritte sind die Übergangswohnungen. Ich darf Ihnen die Standorte auch kurz sagen, aber wir sind mit den Abgeordneten im Gespräch. Wenn Sie weitere Infos brauchen, jederzeit gerne. Ich mache es jetzt alphabetisch. Die Übergangswohnungen werden in Bruck an der Mur, Bärnbach, Deutschlandsberg, Judenburg, Kapfenberg, Leoben, Leibnitz, Liezen, Mürzzuschlag, Mureck, Hartberg und zwei weitere Wohnungen in Graz kommen. In Graz haben wir nämlich schon einige Wohnungen. Das heißt, wenn Sie da mehr Informationen brauchen, jederzeit gerne. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir da an einem Strang ziehen, auch gemeinsam mit dem Bund. Das möchte ich immer wieder positiv erwähnen. Und ich freue mich, wenn wir uns alle bei der nächsten Sitzung des Gewaltschutzbeirates sehen und da weitere Maßnahmen gemeinsam besprechen können. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.37 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, geschätzte Frau Landesrätin. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3545/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ und der NEOS angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3545/7, betreffend Ausufernder Gewalt gegen Frauen Einhalt gebieten ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit, Einl.Zahl 3495/5, betreffend Aktualisierung der OP-Wartezeitenliste zum Antrag von Abgeordneten der KPÖ, Einl.Zahl 3495/1.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau ... (*KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Ich ziehe meine Wortmeldung zurück!“*) Als Nächstes zu Wort gemeldet oder als Erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Pokorn. Bitte, Herr Kollege, lieber Matthias.

LTAbg. Dr. Pokorn – ÖVP (12.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat!

Im Top 4 der heutigen Sitzung geht es um die Aktualität der OP-Wartezeitenliste. Und da kann ich sehr, sehr Positives berichten. Derzeit wird bzw. wurde diese quartalsweise von der KAGes veröffentlicht. Hierzu wird es zukünftig möglich sein, diese monatsaktuell von Seiten der KAGes zu halten. Betreffend, weil es auch in diesem Antrag vorkommt, der Wartezeit auf Kataraktoperationen, also Grauer-Star-Operationen, muss gesagt werden, dass der Graue Star an sich grundsätzlich keine Erkrankung darstellt, sondern diese Linsentrübung leider eine zunehmende Alterserscheinung im Sinne des Katarakt Seniles ist. Somit bedeutet das, dass diese Linsentrübung im Alter natürlich auch eine hohe Anzahl an Personen betrifft, dadurch natürlich OP-Kapazitäten eng sind. Natürlich ist auch pandemiebedingt ein gewisser Überhang entstanden. Zur grundsätzlichen Thematik von Wartezeiten auf Operationen gibt es seitens unseres Landesrates und der KAGes bereits Bemühungen, zusammen mit 35 Experten und Expertinnen, Lösungsvorschläge zu erarbeiten und die Wartezeiten für alle Steirerinnen und Steirer zu verringern. Ebenso hat unser Landeshauptmann in der gestrigen Steiermark-Rede klargestellt, sich persönlich zusammen mit unserem Landesrat Dr. Karl-Heinz Kornhäusl für den Abbau der Wartezeiten einzusetzen, um für alle Steirerinnen und Steirer Operationen schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.40 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Herr Abgeordneter. Eine weitere Wortmeldung liegt mir jetzt nicht vor ... schon? Bitte, dann Herr Abgeordneter Triller.

LTAbg. Triller, BA, MSc – FPÖ (12.40 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin – da gibt es ein paar technische Probleme, vielleicht sollte man da auch einen Antrag stellen, dass man die lösen – Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Zuseher!

Ganz kurz, auch zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich mich zu Wort melden. Nicht jetzt dezidiert auf diese Umsetzung der OP-Wartezeiten seitens der KAGes, das ist ein Thema, was

gut ist. Es ist wichtig, dass die Leute es auch sehen können. Man sieht da transparent, wie lange diese Wartezeiten auch sind. Und das ist eigentlich das größere Problem. Dass Wartezeiten wirklich noch so lange sind, bis zu einem Jahr, habe ich herausgelesen. Jetzt nicht beim Grauen Starr, da sind es ungefähr zehn Monate in diesem Bereich. Das sind aber halt auch die meisten Operationen, die anfällig sind. Aber es ist halt wirklich ein leidiges Thema. Und ich glaube, man kann es jetzt nicht nur darauf hinausreden, dass jetzt die Pandemie daran schuld ist, dass die OP-Wartezeiten so lange sind. Nein, die waren auch vor der Pandemie schon relativ lange und es braucht da einfach Maßnahmen, damit diese Wartezeiten einfach reduziert werden. Weil die größte Sorge, die wir dabei haben und vor allem die Leute da draußen, sind, dass sie halt irgendwann überhaupt nicht drankommen. Natürlich in Zeiten der Pandemie war es extremstens, da sind auch Herzklappenoperationen beispielsweise auch verschoben worden, die zum Teil auch lebensnotwendig sind. Und das zehrt dann halt schon an der Psyche des Patienten auch extrem, das darf man nicht vergessen. Und ich glaube, daran muss man vor allem als Landesregierung auch arbeiten. Gerade jetzt da du als Verantwortlicher für den Gesundheitsbereich, der auch in dem Sinn über der KAGES steht, als ressortverantwortliches Regierungsmitglied. Und ich glaube, auch das wäre möglich. Natürlich, die demografische Entwicklung spielt mit, wir haben keine Ärzte. Und im Ärztebereich scheidert es halt insofern, weil halt viele einfach ja nicht vorhanden sind derzeit. Sie kommen hoffentlich bald einmal nach und die OP-Wartezeiten reduzieren sich dadurch, aber das ändert das Problem jetzt aktuell einfach nicht. Und aktuell ist es einfach so, dass die Patienten sich natürlich wünschen, dass sie gleich einmal drankommen, wenn sie irgendein Leiden haben. Und das ist halt in vielen Bereichen derzeit nicht der Fall. Außer, du bist vielleicht privat versichert, dann geht es, oder du kennst jemanden. Aber wenn man sich jetzt ehrlich ist: Es zahlt nahezu jeder in dieses System auch ein und somit sollte jeder, der in das System einzahlt, auch rasch zu einer Gesundheitsversorgung und zu einer dementsprechenden Leistung kommen. *(Beifall bei der FPÖ – 12.43 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Triller. Als Letztes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Karl-Heinz Kornhäusl. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (12.43 Uhr): Ja, vielen herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher!

In der gebotenen Kürze möchte ich da auch kurz eingehen darauf. Keine Frage, Marco Triller, natürlich haben die Patientinnen und Patienten ein Anrecht, einerseits zu wissen: Wie lange dauert es? Das passiert, das wird jetzt sogar rascher aktualisiert. Ich möchte nur eines an dieser Stelle dazu sagen, weil es mir nicht unwesentlich ist: Das sind Maximal-Wartezeiten, von denen wir sprechen. Dennoch, wenn wir irgendwo dann bei 50, 52 Wochen sind, jetzt unabhängig, worum es geht, dann ist das zu lang, brauchen wir überhaupt nicht diskutieren. Und deshalb haben wir da auch schon den entsprechenden Expert_innenbeirat ins Leben gerufen. Und weißt du, was das Schöne ist? Oder wissen Sie überhaupt, was das Schöne an der Sache ist? Da geht es nicht nur um die KAGes, sondern das betrifft uns ja alle. Und jetzt kann man sagen: „Na gut, einen Expertinnen- und Expertenbeirat, den kann man bald einmal machen.“ Das Besondere aber daran ist, dass erstmals in dieser Form tatsächlich alle Verantwortlichen zusammengesessen sind: Die KAGes, die MedUni Graz, die Barmherzigen Brüder, die Elisabethinen, die AUVA, es ist die Patientenombudsschaft dabei, es ist die Ärztekammer dabei, es ist die Abteilung des Landes dabei, es ist der Gesundheitsfonds dabei, weil man das Ganze als gemeinschaftliche Anstrengung sehen muss. Und Klaus Zenz und ich, wir haben es damals präsentiert, da wird auch wirklich mit Hochdruck daran gearbeitet und wir haben das damals schon gesagt: Wir wollen und werden jedenfalls vor dem Sommer erste Ergebnisse präsentieren. Ich meine, bei einer Sache, bitte schön, da dürfen wir uns nichts vormachen. Ja, das geht nicht von heute auf morgen, dass ich sage: Wir kommen von 45 Wochen auf zwei Wochen herunter. Das ist Schritt für Schritt, den man gehen muss. Und oft ist es auch nur – ich sage es bewusst – eine mangelnde Kommunikation da und dort. Und ich werde nur ein Beispiel herauspiken, weil es wirklich spannend ist. Wenn ich heute in Graz auf ein Hüftgelenk beispielsweise knapp 50 Wochen warten muss und in Bad Radkersburg geht das in zwölf Wochen, dann stelle ich mir und dann stelle sich jeder, berechtigt die Frage: Ja was ist da diese Lücke dazwischen? Es muss ja möglich sein, dass man sich da zumindest einmal in einem ersten Schritt in der Mitte trifft. Und das gehen wir jetzt an, da schauen wir genau hin. Da bin ich auch sehr, sehr dankbar, dass wirklich alle bereit waren, sich da an einen Tisch zu setzen und nicht zu sagen: „Das ist mein Patient, das ist dein Patient, das geht dich nichts an und das betrifft mich nicht“, sondern wirklich das gemeinsame Bekenntnis zu schauen: Wie kommen wir von den überlangen Wartezeiten runter. Ich kenne diese Problematik, ich kenne diese Baustelle, darum gehen wir sie auch an. Es geht nicht von heute

auf morgen, aber wir müssen Schritt für Schritt gehen und die ersten Aktionen setzen, damit wir dort runterkommen, weil sich die Steirerinnen und Steirer das verdient haben, ganz gleich, wo sie wohnen und, wie du richtig sagst, ganz gleich, ob es eine Zusatzversicherung gibt oder ob es keine gibt. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.47 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Landesrat. Es liegt mir jetzt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3495/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Freiheitlichen Partei angenommen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit, Einl.Zahl 3533/5, betreffend Werbemaßnahmen für Stipendien für zukünftige MedizinerInnen zum Antrag von Abgeordneten der NEOS, Einl.Zahl 3533/1.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Robert Reif. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Reif – NEOS (12.48 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Vor ca. einem Jahr wurde voller Stolz auch die KAGes-Stipendienmodelle präsentiert. Und bei diesen Stipendienmodellen sollten rund 300 Jungmediziner_innen innerhalb von fünf Jahren die Ausbildung auf der MedUni bekommen. Und ja, das ist von deiner Vorgängerin präsentiert worden und ja, grundsätzlich auch ein absolut begrüßenswertes Projekt. Jetzt gibt es nur nach einem Jahr die große, bittere Enttäuschung, dass von diesen doch 60 Stipendienplätzen pro Jahr nur acht oder besser gesagt 14 % vergeben worden sind oder in Anspruch genommen worden sind. Und ich glaube, das sollte uns schon zu denken geben. Das sollte uns aber auch anregen, anzuschauen: Warum wurden diese Stipendien nicht angenommen? Weil ich glaube, es ist absolut wichtig, dass man dieses Stipendienmodell anbietet, dass man vielleicht auch auf diesem Weg ein bisschen den Mangel an Ärzten in der

Steiermark in Zukunft in den Griff kriegt. Und jetzt kann man wirklich auch davon sprechen, dass dieses Projekt bis jetzt ein Schuss in den Ofen war. Das einzige Positive dabei ist das, dass wir halt mit den 10 Millionen, die budgetiert wurden, definitiv auskommen werden. Und wie gesagt, wenn man sich die Zahlen, Daten, Fakten anschaut – und Sie wissen, ich bin jemand, der sich immer Zahlen, Daten, Fakten anschaut –, dann müsste man dieses Projekt ja eigentlich einstampfen und sagen: „Gut, wir haben es probiert, es ist nichts geworden!“ Aber ich bin, wie gesagt, absolut überzeugt davon, dass wir genau bei diesem Projekt nochmal genau hinschauen sollten, dass wir uns genau anschauen sollten, warum das nicht funktioniert hat und evaluieren müssen und dann einfach Verbesserungen schaffen müssen, dass wir eben junge Menschen dazu motivieren, diese Stipendien auch in Anspruch zu nehmen. Es fördert andererseits die Chancengerechtigkeit. Es fördert gerade für junge Studierende – oder nicht fördert, sondern schafft für junge Studierende die Sicherheit, dass sie die finanziellen Sorgen nicht tragen müssen, die doch sehr viele mit sich herumtragen, wenn man studieren möchte. Einfach, dass man diesen Druck, diese Last von den Schultern nimmt. Und andererseits bieten diese Stipendien, vor allem in der Theorie natürlich auch, einen großen Anreiz, um nach dem Abschluss auch in der KAGes, in einem der KAGes-Häuser zu arbeiten. Und ich glaube, das muss und sollte ja auch Ziel sein, dass wir einen Anreiz schaffen, dass Menschen bei uns in der Steiermark in der KAGes arbeiten und dort auch verbleiben. Wie gesagt, ist aber der Anreiz scheinbar nicht groß genug, dass dieses Stipendienmodell mehr als acht Personen in Anspruch genommen haben. Und das hat uns auch dazu geführt, dass wir eben einmal nachgefragt haben: Warum haben diese Menschen dieses Stipendium nicht in Anspruch genommen? Und da sind zwei Dinge sehr stark herausgekommen: Einerseits ist es die Dauer der Verpflichtung, bei der KAGes zu arbeiten. Diese Verpflichtung sind 72 Monate, wenn ich dieses Stipendium-Modell in Anspruch nehme. Jetzt kann man natürlich sagen: „Ja, wir wollen natürlich die Menschen bei uns in der KAGes halten und haben dieses 72 Monate gewählt“. Aber wenn es doch einer der Hauptgründe ist, warum Menschen dieses Stipendium-Modell nicht in Anspruch nehmen, dann muss man sich überlegen, ob diese 72 Monate wirklich passen oder ob man nicht noch einmal darüber nachdenkt, dieses zu ändern. Und der zweite Punkt ist eben die fehlende Flexibilität – die fehlende Flexibilität hinsichtlich Arbeitsort, Sonderfach und Arbeitsausmaß. Und da ist ganz stark rausgekommen auch von den Studierenden, dass sie Angst haben, dass sie nicht in das gewollte Spezialgebiet kommen bzw. dieses erlernen können, wenn sie sich für ein Praktikum entscheiden. Und außerdem – das muss man fairerweise auch dazu sagen – ist rausgekommen, dass viele Studierende in

Teilzeit arbeiten wollen oder müssen und daher schreckt es auch sehr, sehr stark ab, dass diese Praktika grundsätzlich ausschließlich als Vollzeitpraktika angeboten werden. Also ich denke, dass wir da wirklich noch einmal überarbeiten oder gemeinsam das sollten, dass neue Auflagen gemacht werden, wie man zu diesen Stipendien kommt, dass man wirklich so viele als möglich Studierende dazu bewegt, dieses Medizinstudium, dieses Stipendium in Anspruch zu nehmen. Und daher kommt auch unser Abänderungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die Stipendienmodelle 1 und 2 der KAGes für Studierende attraktiver zu gestalten und dabei insbesondere folgende Punkte umzusetzen:

1. Eine Verkürzung der Arbeitsverpflichtung in der KAGes nach Studienabschluss,
2. eine Flexibilisierung hinsichtlich der Wochenarbeitsstunden während dieser Arbeitsverpflichtung sowie
3. eine stärkere Wahlfreiheit bei Arbeitsort und Sonderfach.

Und ich denke, Herr Landesrat, ich glaube, es ist auch in deinem Interesse, dass wir diese Problematik sofort angehen, sofort neue, bessere Stipendienmodelle schaffen, dass wir junge Medizinerinnen und Mediziner dazu bringen, dass sie bei uns in der Steiermark studieren und auch hierbleiben. Weil ich glaube, nur dann können wir auch in Zukunft garantieren, dass wir unser Gesundheitssystem, das doch sehr, sehr angeschlagen ist, auch wieder ein wenig entlasten können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 12.54 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, geschätzter Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Georg Schwarzl. Bitte, Herr Kollege.

LTabg. Schwarzl – Grüne (12.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat – sehr geehrte Landesräte sogar –, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Ja, das Thema Stipendien, wenn es um die Medizin-Unis geht, beschäftigt uns im Landtag ja schon länger. Wenn man nur zurückdenkt an die ganze Misere mit der SFU, ist das nicht immer nur eine positive Geschichte. Misere mit der SFU, ist das nicht immer nur positive Geschichte? Diesmal ist das vorher wahrscheinlich noch ein bisschen weniger schlimm, weil man natürlich auch sagen muss, dass solche Projekte immer eine gewisse Zeit lang brauchen. Und wichtig ist, dass aber trotzdem auch so schnell, wie das jetzt eben passiert, hingeschaut wird und dran geschraubt wird, wo man das noch verbessern kann, wo man mehr bewerben

kann. Weil das ist, glaube ich, sehr offensichtlich aus dem Bericht auch herausgegangen und anhand der Initiative der NEOS klargeworden, dass da definitiv viel zu wenig diese Stipendien in Anspruch genommen worden sind und wir deswegen eigentlich dem Problem nicht viel Lösung bis jetzt entgegenbringen haben können. Was aber, glaube ich, schon ganz wichtig ist – und das möchte ich an der Stelle herausstreichen, weil wir natürlich schon auch der Meinung sind: Okay, wir müssen da was verändern, aber ein bisschen einen anderen Ansatz oder ein bisschen andere Schlussfolgerungen jetzt vielleicht wie der Kollege Reif von den NEOS jetzt einfach auch haben –, weil auf der einen Seite muss man sagen, eines der beiden Stipendienmodelle ist ja ausgeschrieben mit 2.200 Euro brutto im klinisch-praktischen Jahr, also durchaus eine große finanzielle Summe, die in den bisherigen Jahren nicht so normal war für Studierende der MedUni, das im Laufe der Arbeit noch zu kriegen, auch wenn es gerechtfertigt ist. Aber es zeigt ja trotzdem auch, wenn es dann so wenig angenommen worden ist, was wir schon ganz oft gesagt haben: Geld allein ist es halt nicht. Geld allein reicht nicht, dass Leute sagen: „Ich verpflichte mich jetzt dazu, an einem speziellen Standort zu sein“, sondern wir müssen eben schauen: Wie schaffen wir es, die Rahmenbedingungen auch außerhalb des Geldes oder zusätzlich zum Geld – das ein wichtiger Teil ist, aber eben nicht alles –, die Rahmenbedingungen rundherum zu verbessern? *(Beifall bei den Grünen)* Und wir haben im Endeffekt auch doch einiges herumdiskutiert, wie wir jetzt bezüglich Antrag der NEOS umgehen, weil wir an sich sagen: „Ja Geld allein ist es nicht, wir müssen auch schauen, wie wir die Rahmenbedingungen ändern“, aber vor allem jetzt auch so wie du es jetzt erklärt hast, ist es doch so, dass wir einfach der Meinung sind, dass das nicht der richtige Zugang ist. Weil der Antrag selber war jetzt vielleicht schon nicht der treffsicherste von euch bis jetzt, wo ihr sonst ja oft sehr am Punkt seid, weil man muss ja schon überlegen: Wofür habe ich Stipendien? Stipendien habe ich jetzt in dem Fall dafür gemacht, damit ich ein Problem löse. Und wenn ich jetzt aber die ganzen Bedingungen wieder komplett aufweiche und komplett verändere, dann löse ich ja nicht das ursprüngliche Problem, weil wenn die Leute dann erst wieder alles aussuchen können, die dafür ja eine Gegenleistung kriegen, dann werden wir das nicht verändern. Genau aus dem Grund werden wir jetzt schlussendlich dem Antrag der NEOS eben nicht zustimmen, sind aber eben trotzdem dafür, sich das anzuschauen und zu schauen: Wo kann man vielleicht an kleineren Schrauben drehen? Aber gewisse Sachen dieser Punkte haben ja auch seinen Sinn, ob das jetzt die 72 Monate sind, sind ja auch nicht ganz zufällig gewählt, weil es geht ja um Ausbildungsdauer, wenn es um irgendeine Fachrichtung geht und Co. Und wir wollen ja dann auch nicht, dass

die Leute mitten in der Ausbildung dann wieder davongehen, wenn sie eine Fachrichtung machen. Von dem her: Ja, wir müssen bei den Stipendien genau hinschauen, wir werden da was verändern müssen. Und es ist sicher ein guter Schritt, jetzt die Kampagne zu machen, eine andere Agentur oder eine Agentur dafür zu beauftragen. Aber es ist eben nicht ganz stringent auf der einen Seite zu sagen: „Ja, Prämien für Vollzeit“, dann doch wieder mehr Teilzeit. Spannend auch der Zugang zu sagen: „Ja, die finanzielle Last der Studierenden“, und dann doch irgendwie für Studiengebühren sein. Also das passt für uns alles nicht ganz zusammen. Deswegen bleiben wir eben dabei, zu schauen, dass wir das weiterentwickeln können, aber eben auf einem anderen Weg. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen – 12.58 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Marco Triller. Bitte, Herr Abgeordneter Triller.

LTabg. Triller, BA, MSc – FPÖ (12.58 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Zuseher!

Auch ich darf mich ganz kurz zu diesem Tagesordnungspunkt melden. Wer sich erinnern kann, haben wir bereits im Jahr 2015 einen dementsprechenden Antrag hier im Landtag Steiermark eingebracht, der zum Ziel hatte, eben eine Vereinbarung des Landes Steiermark mit der Medizinischen Universität Graz eben Stipendienplätze zur Verfügung zu stellen. Wir haben davon 20 an der Zahl gesprochen. Dieser Antrag wurde damals im Jahr 2015 von einem Gesundheitslandesrat damals – Gesundheitslandesrat Drexler war das – als sittenwidrig bezeichnet. Jetzt anscheinend ist das Ganze doch gut genug und in einer gewissen Rechtsordnung doch in Ordnung. Aber wenn man bedenkt, wenn man das damals schon beschlossen hätte, dann wären im Jahr 2016 vielleicht die ersten Studienplätze schon vergeben worden und die ersten Ärzte, oder sagen wir, wenn es 20 Ärzte gewesen wären, wären die jetzt schon im Dienst mittlerweile und das Rad würde ja weiterlaufen, hätte man das damals schon umgesetzt. Aber das ist nicht passiert, weil man gesagt hat: „Es ist“, aus welchen Gründen auch immer „sittenwidrig“. Jetzt stehen wir natürlich jetzt vor dem Problem, dass keine 20 sind, die wir halt damals gefordert haben, sondern lediglich acht. Und ich vergleiche das jetzt auch mit der Anzahl, weil dem österreichischen Bundesheer wurden ja insgesamt zehn Stipendienplätze zur Verfügung gestellt. Wenn ich das jetzt mit den Bediensteten des Bundesheeres vergleiche und mit den Einwohnern des Landes Steiermark,

da ist ein bisschen ein Unterschied. Weil das Bundesheer hat so 22.000, 23.000 Bedienstete, wenn ich die Grundwehrdiener noch dazurechne, sind es noch 16.000, 17.000 mehr. Okay, und das Land Steiermark hat doch wesentlich mehr Einwohner, da sprechen wir von über einer Million Einwohner und dann passt irgendwie das Verhältnis einfach nicht. Da müsste ja für die Steiermark wesentlich mehr an Stipendienplätzen zur Verfügung gestellt werden. Das ist leider nicht passiert. Ich meine, immerhin sind es acht, die heuer dann im Herbst mit dem Studium beginnen. Die sind dann im Jahr 2030, wenn alles gut geht, fertig, sind dann im Dienst, müssen die Facharztausbildung dann noch machen. Und bis sie jetzt so richtig einsatzbereit sind, vergehen halt Jahre. Das hat man leider die letzten Jahre komplett verabsäumt. Und ja, da, Herr Landesrat, das ist auch deine Verantwortung, dass du da auf jeden Fall in Wien auch auftrittst und dementsprechend Verhandlungen auch führst, dass da in Zukunft mehr Studienplätze für die Steiermark gesichert werden. Du weißt, wie problematisch gerade der Mangel an Ärzten bei uns in der Obersteiermark zum Teil ist, gerade in den Regionen – viele in Graz, da ist das Ärzteproblem ja nicht so vorhanden, aber in den Regionen ist es halt immer schwieriger, weil viele Ärzte scheinbar halt einfach in Graz leben und natürlich nicht so weit fahren. Weil wenn du in Graz wohnst und dann im Leitspital Liezen arbeiten musst, wirst du wahrscheinlich nicht täglich von Graz nach Liezen pendeln. Das heißt, da bin ich auch beim Georg Schwarzl, dass man gewisse Rahmenbedingungen auch schaffen muss, damit man das so attraktiv machen kann, damit sich der künftige Arzt entscheidet: „Ja, ich arbeite da gerne in der Region und ich bleibe auch dort und verankere mich dort, gründe eine Familie oder sonst auch etwas“, damit mir der für die Zukunft auch erhalten bleibt. Also, schwierig, acht sind halt definitiv, ja, einfach wenig, sage ich einmal, ja. Da ist noch Luft nach oben und wie gesagt, wenn es unsere 20 schon gewesen wären, dann wären es in wenigen Jahren dann schon sehr, sehr viel mehr Ärzte, die sich ja dann im Endeffekt verpflichten sollen, in der Steiermark tätig zu sein und im besten Fall sogar im ländlichen Raum. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.02 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Triller. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Sandra Holasek. Bitte, Frau Kollegin.

LTabg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (13.03 Uhr): Geschätzte Landesräte, geschätzte Landesrätinnen!

Ja, ein wichtiger Tagesordnungspunkt, es geht um unsere Jugend, die jungen Mediziner und Medizinerinnen. Das Programm, das angesprochen ist, das Stipendium-Programm, begann eben letztes Sommersemester. Und mit Start dieser Kommunikation mit ganz vielen unterschiedlichen Zugängen in Kooperation mit der MedUni, mit der KAGes, mit der ÖH, ist die Möglichkeit auch gestartet worden, wieder an die Studierenden heranzugehen und die aktuellen Sorgen und in Differenzierung auch die Notwendigkeiten für Studenten und Studentinnen im Medizinbereich auch abzufragen. Und genau das ist passiert. Unser Herr Landesrat Karl-Heinz Kornhäusl hat sofort große Runden zusammengeholt, als es klar war, wie die Zahlen ausschauen, dass eben die Beginnerzahlen nicht entsprechend waren wie angestrebt. Die KAGes hat zusätzlich ganz viele Maßnahmen auf den Weg gebracht. Genau das, was ja auch teilweise – Verzeihung für die Stimme, sie ist noch da, aber leider nicht sehr gut –, nämlich z.B. Formate wie „Meet the Clinician“, also der wirkliche Austausch mit Arzt und Ärztin an den verschiedenen Fächern, „Summer Schools“ oder ganz wichtig, Infos zu Wohnmöglichkeiten vor Ort und damit regionspezifisch Besonderheiten und Vorteile auch herauszuarbeiten oder das Format „Helfende Hände“, ein Modell, wo engagierte Studenten sich auch einbringen können. Wichtig auch die Festlegung, sehr frühe Festlegung und Bekanntgabe von Sonderfächern, die notwendig sind, um den jungen Leuten eine Orientierung geben zu können, welche Bedarfe da sind und in welchem Bereich ihre Zukunft große Chancen hat. Die Diskussion der Stipendien muss aber immer – und das ist ja mehrfach angesprochen worden – gesamthaft stattfinden und das tut es auch. Es sind nicht nur die Reservierungen von Studienplätzen ab 2024, sondern es ist z.B. auch das, was unser Herr Bundesminister Polaschek kürzlich in Brüssel bei einer Diskussion eingebracht hat, nämlich die Verteilung der Studienplätze in der Medizin über den ganzen europäischen Raum hinweg. Wir bieten überproportional viele Studienplätze in Österreich an und damit ist es auch klar, dass wir auch da drauf schauen müssen und all diese Punkte gesamthaft in das Thema, das wir heute besprechen, mit einbinden und somit sukzessive eine entsprechende Zielnäherung, nämlich das Binden unserer jungen Mediziner und Medizinerinnen in unserem Land dann auch erreichen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.06 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Letztes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Herr Heinz Kornhäusl. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (13.06 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren!

Ich glaube, das Sprichwort „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“, das kennen die meisten. Und ja, da brauchen wir uns nichts vormachen, acht ist nicht gut genug. Da hat der Kollege Triller absolut recht, also da ist tatsächlich Luft nach oben. Aber, es war jedenfalls gut gemeint und gut gedacht, als man dieses Stipendienprogramm aufgesetzt hat und auch gesagt hat, dass man dann viel Geld in die Hand nehmen will. Als ich am 17. Oktober gewählt wurde hier im Hohen Haus, im Steiermärkischen Landtag, da hat man natürlich auch eine Agenda und einige Punkte, die man sich anschaut und wo man mal genau hinblickt, unter anderem dann dieses Stipendienmodell. Und da ist es mir ganz gleich gegangen wie den meisten hier herinnen, dann sehe ich, dass das Interesse da wirklich, ich sage einmal, mangelhaft gegeben ist. Da habe ich mir gedacht, ja, sapperlot, woran kann das liegen? Wird viel Geld in die Hand genommen, wird auch entsprechend beworben. An dieser Stelle möchte ich dazu sagen, ich weiß nicht, ich glaube, Georg Schwarzl hat es angesprochen, die Bewerbung ist das eine, da ist auch schon einiges passiert und da müssen wir noch nachjustieren, keine Frage. Aber da geht es wirklich auch um Inhalte. Und ich habe mir eben gedacht, sapperlot das kann nicht sein. Warum läuft das nicht entsprechend an? Und darum habe ich mich auch gleich mit den Vertreterinnen und Vertretern der österreichischen Hochschülerschaft unter Einbeziehung der KAGes, der Universität zusammengesetzt, um nachzufragen, wo drückt denn da der Schuh, was sind denn das für Kritikpunkte, die es da gibt? Und da ist schon einiges genannt worden, auch hier herinnen jetzt vom Rednerpult aus. Da ist jetzt in Bälde eine zweite Runde angedacht. Ja, da müssen wir nachbessern, keine Frage, da müssen wir entsprechend nachjustieren. Wir werden da nichts einstampfen, Robert Reif, das wäre schade, du hast selber gesagt, das will ja niemand, im Gegenteil. Was wollen wir alle miteinander? Dass wir Menschen finden, die sich begeistern lassen für die Arbeit im steirischen Gesundheitssystem. Das will diese Landesregierung, das will diese Koalition, das will jede und jeder hier herinnen. Und darum werden wir dieses System da adaptieren, wo es notwendig ist. Da gibt es einige – Klammer auf – wirklich berechnigte – Klammer zu – Kritikpunkte. Da schauen wir, dass wir die entsprechend ausbessern können. Und das Ziel ist ganz klar, dass wir mit den Studierenden gemeinsam dann sagen können, ja, das ist ein Paket, das kann man

entsprechend bewerben, das kann man verkaufen, das können die jungen Kolleginnen und Kollegen wirklich nutzen und in Anspruch nehmen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.09 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, geschätzter Herr Landesrat. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 3533/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ, der Freiheitlichen Partei und der NEOS angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS mit der Einl.Zahl 3533/6, betreffend Stipendien für Medizinstudierende schnellstens überarbeiten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit mit der Einl.Zahl 3476/5 betreffend „Der Steirische Jugendlandtag fordert Aufklärung gegen Diskriminierung jeglicher Art“ zum Antrag von Abgeordneten der KPÖ, der NEOS und Grünen mit der Einl.Zahl 3476/1.

Zu Wort gemeldet hat sich niemand. Doch, Frau Abgeordnete Julia Majcan hat sich zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Majcan, MSc BSc – ÖVP (13.10 Uhr): Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, werte Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream und hier im Saal!

Der Jugendlandtag war letztes Jahr ja wirklich ein unglaublich tolles Format, wo Jugendliche aus der ganzen Steiermark, aus allen steirischen Bezirken, ihr Demokratiebewusstsein als Ganzes einfach steigern konnten. Beteiligung und Partizipation ist hier drinnen so richtig

gelebt worden und man hat einfach ein unglaublich tolles Engagement und Leidenschaft hier einfach mitbekommen von den Jugendlichen. Und es wurde von ihnen, von den Jugendlichen war die Möglichkeit da, dass sie einfach Anträge einbringen und die Jugendsprecherinnen und Jugendsprecher haben zu den unterschiedlichen Themenbereichen dann ihre Botschaften auch abgeben können und so einfach hier die Themen weitergeben können. Einer dieser Anträge war von einer Gruppe von Jugendlichen zur Diskriminierung jeglicher Art. Und ich glaube, das ist schon ganz wichtig, dass man über das heute auch spricht. Deshalb möchte ich mich eben einfach kurz zu Wort melden, weil ich glaube, dass es da in dem Themenbereich einfach auch wichtig ist, dass man laufend sensibilisiert und Bewusstseinsbildung auch betreibt. Und mir ist an dieser Stelle auch ganz wichtig anzumerken, dass es in der Steiermark ganz, ganz viel Angebot gibt. Es gibt ganz viele Fachstellen, Organisationen, Vereine, die sich mit unterschiedlichen Themenbereichen der Diskriminierung auseinandersetzen und hier einfach auf ein unglaublich tolles Unterstützungsangebot auch zurückgegriffen werden kann von Seiten der Schulen, von Seiten der Gemeinde oder sonstigen Institutionen. Beispielsweise im ganzen Netzwerk für sexuelle Bildung gibt es die Rosalila Pantherinnen oder auch Achtung Liebe, die unterschiedliche Angebote für die Schulen in den unterschiedlichen Bereichen anbieten, auch preislich gibt es günstigere oder ein bisschen teurere Angebote, wobei sich alles im Rahmen hält, dass es eine Schule auch tatsächlich nutzen kann. Ich glaube, dass es auch wichtig war, an dieser Stelle von mir und vom Rednerpult auch die Jugendlichen zu ermutigen an ihre Schule, an ihre Pädagoginnen und Pädagogen auch heranzutreten und zu sagen: „Das würden wir uns wünschen, das würden wir uns in der Schule oder auch in Begegnungsräumen, in Jugendzentren usw. wünschen, dass wir diese Themen auch bearbeiten.“ Denn es gibt schon so viel Angebot, was oft den Jugendlichen nicht bewusst ist, weil es sie in irgendeiner Weise vielleicht noch nicht tangiert hat. Also in dem Bereich bleiben wir weiter dran und versuchen die Jugendlichen zu ermutigen hier das selbst auch zu erbitten, dass man das in der Schule dann auch umsetzt, wenn es vielleicht von der Schule selbst nicht angeboten wird. Mich freut es aber auch, dass dieser ganze Themenbereich Diskriminierung jetzt auch von den Medien sehr groß aufgegriffen wird. Hier z. B. im Bereich Special-Olympics wird gerade so viel positive Bewusstseinsbildung gemacht, wo gerade zu Recht ganz viel Raum in den Medien für die Vielfalt, für das Herzeigen der unterschiedlichen Fähigkeiten und Talente der Menschen gegeben wird. Ich glaube, hier kann man einfach auf die verschiedenen Bereiche hinweisen, dass wir da weiter dranbleiben. Das Land Steiermark nimmt viel Geld in die Hand, um die Vereine und Institutionen einfach auch

zu unterstützen, dass sie hier ihre Arbeit auch tun können und dass man einfach laufend dranbleibt. Weil, Diskriminierung hat einfach keinen Platz in unserer Gesellschaft und ich glaube, wir müssen trotzdem immer sensibilisieren und Bewusstseinsbildungsmaßnahmen machen, damit das auch weiterhin so bleibt, dass es hier keinen Platz für Diskriminierungen gibt und wir einfach, wie gesagt, weiter in die Bewusstseinsbildung investieren. Vielen Dank.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.15 Uhr)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, geschätzte Frau Abgeordnete. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Cornelia Schweiner. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTabg. Schweiner – SPÖ (13.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, lieber Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Anknüpfend an meine Vorrednerin Julia Majcan möchte ich zu dem dargelegten Angebot, das es sozusagen mit der Zielgruppe der Jugend in der Frage von Antidiskriminierung in der Steiermark gibt, noch eines dazulegen, nämlich die Antidiskriminierungsstelle Steiermark. Mit Daniela Grabovac als Leiterin ist eigentlich österreichweit und sogar in ganz Europa ein Novum. Die Steiermark hat gemeinsam mit der Stadt Graz diese Antidiskriminierungsstelle eingerichtet, unabhängig vom Diskriminierungsgrund. Und das war auch einfach ein niederschwelliger Zugang oder ist ein niederschwelliger Zugang, um Menschen, die sich in einer Situation, aufgrund welches Merkmales auch immer, ungerecht behandelt fühlen, exkludiert fühlen, Gehör zu verschaffen. Und erst dort in dieser Anlaufstelle zu „clearn“ und zu schauen, gibt es einen Diskriminierungsgrund, der auch rechtlich geschützt ist oder ist das vielleicht auch, und da ist es auch ein wichtiges Sensorium für uns als Politik, ein neu aufkeimender Diskriminierungsgrund, der vielleicht dort oder da auch noch Lücken im Antidiskriminierungsschutz bedarf. In den letzten Jahren hat die Antidiskriminierungsstelle Steiermark sich auch in dem Bereich der Extremismusprävention hervorragenden Ruf über die Steiermark hinaus erworben und sie ist einfach ein wichtiger Seismograph für die steirische Politik, wie gesellschaftliche Entwicklungen voranschreiten und wo wir auch aufgefordert sind zu handeln. Ich finde es gut und wichtig, wenn junge Menschen auch hier im Jugendlandtag das Bewusstsein und das Anliegen für Diskriminierung, gegen Diskriminierung, für Antidiskriminierung zu wirken auch formulieren. Und ich denke, das sollte uns auch politisch Hoffnung geben, dass junge Menschen ein Bewusstsein dafür haben, dass es Unrecht ist, wenn Menschen ausgeschlossen werden, nicht teilhaben können und dass

es ein gemeinsames Anliegen der Steiermark ist und auch bleiben muss, ein diskriminierungsfreier Raum zu sein, in dem alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, ein selbstbestimmtes Leben zu gestalten. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP –13.18 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schweiner. Es gibt keine Wortmeldung mehr, ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 3476/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ die Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 7 und 8 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur mit der Einl.Zahl 3687/2, betreffend „Verkauf einer Liegenschaft in Weiz, Gesamtpreis 305.000 Euro“ zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 3687/1.

Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur mit der Einl.Zahl 3710/2, betreffend „B69 Südsteirische Grenzstraße, Abschnitt Ortsumfahrung Ehrenhausen, Entschädigung für die Einlöse einer Wohnliegenschaft samt Nebengebäude“ zur Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 3710/1.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Helga Ahrer. Bitte, Frau Kollegin.

LTabg. Ahrer – SPÖ (13.19 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hoher Landtag, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Publikum und via Livestream!

Es handelt sich hier um zwei Regierungsvorlagen. Zum einen ist es eben der Verkauf einer Liegenschaft in Weiz in der Höhe von 305.000 Euro. Dieses Gebäude diente als Baubüro während das Bauvorhaben Umfahrung Weiz erstellt wurde und jetzt benötigt es das Land Steiermark nicht mehr und es wird veräußert. Es hat in gewohnter Manier eine Ausschreibung gegeben bzw. wurden hier Angebote abgegeben und es gab nach Absprache mit allen drei Bewerbern noch eine Nachbesserung und die fand eben am 16. Jänner 2024 statt. Und da ergaben sich zwei Angebote, nämlich einmal mit 277.750 Euro und ein zweites eben in der Höhe mit 305.000 Euro. Und diesen Zuschlag hat dann die Familie, Herr Rudolf Hofer und Frau Sabine Hofer, in Thannhausen erhalten und damit wird dieses so veräußert.

Das Zweite ist in der B69 auf der südsteirischen Grenzstraße für die Errichtung der Ortsumfahrung Ehrenhausen eben hier eine Liegenschaft einzulösen bzw. abzulösen. Bereits im November 2023 wurde ja dieses Bauvorhaben mit der Ortsumfahrung Ehrenhausen in der Variante 2.1-Tunnel und Anschluss Richtung Spielfelder Straße mit Beibehaltung der bestehenden Murbrücke weiterverfolgt. Und man muss einmal festhalten, dass durch das Ortszentrum von Ehrenhausen die Landesstraße B69 führt, eben die südsteirische Grenzstraße, mit derzeit rund 11.000 Fahrzeugen in 24 Stunden. Das Verkehrsaufkommen wird bis ins Jahr 2040 auf etwa 12.000 Fahrzeuge steigen und stellt aufgrund der engen Platzverhältnisse im Ortszentrum ein großes Problem dar. Und etwa 75 % des Verkehrs ist eben ein Durchgangsverkehr, also es hat weder Ziel noch Quelle, in Ehrenhausen zu halten bzw. zu liefern. Und daher ist der Verkehr sehr gut auf eine Umfahrung verlagerbar. Am Ende der geplanten Umfahrung wird der Verkehr derzeit über getrennte Richtungsfahrbahnen geführt. Zwischen den beiden Landesstraßenteilen liegt eine mit einem Wohnhaus bebaute Liegenschaft. Und genau diese ist zurzeit im Besitz von Frau Simone Brutti. Und hier wurde eben dieser Preis von einem beeideten Sachverständigen in der Höhe von 507.000 Euro ermittelt. Hier sind natürlich noch die Bilderbeschaffungskosten in der Höhe von 38.000 Euro. Das ist jeweils 7,5 % des Wertes der Liegenschaft und der Siedlungskosten in der Höhe von 7.000 Euro und das ergibt eine Gesamtsumme von 552.025 Euro. Und natürlich gibt es auch noch grundbürgerliche Durchführungen in der Höhe von 35.000 Euro. Und damit ersuche ich um Genehmigung für die Ablöse in dieser Höhe im steirischen Landtag. Danke für eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP– 13.23 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, liebe Frau Kollegin. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bernadette Kerschler. Bitte.

LTabg. Mag. Kerschler – SPÖ (13.24 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Das, was meine liebe Kollegin Helga Ahrer im zweiten Punkt jetzt so sachlich dargestellt hat, hat eine sehr, sehr lange Geschichte bei uns in der Südsteiermark. Die Ortsumfahrung Ehrenhausen an der Weinstraße hat eine jahrzehntelange Vorgeschichte bei uns, und deshalb ist es mir auch so wichtig, heute hier noch ein paar Worte zu dieser Ablöse zu verlieren. Die B69 Südsteirische Grenzstraße führt eben durch Ehrenhausen an der Weinstraße. Und dieses Wohnhaus, von dem hier gesprochen wurde, das abzulösen ist, das kennen Sie alle. Wenn Sie von Ehrenhausen nach Gamlitz fahren, wenn Sie auf die Weinstraße fahren, Richtung Berghausen fahren, dann steht dieses Grundstück, dieses Haus mittendrin dort, wo sich die Straße teilt und wir alle müssen dort durch und jeder und jede, die schon einmal dort gefahren ist, hat sich gedacht, warum steht dort ein Haus, was hat dieses Haus dort verloren? Aber nichts zu diesem Haus. Wichtig ist, dass Ehrenhausen jetzt nach vielen Jahrzehnten endlich auch im Zuge des zweigleisigen Ausbaus der Südbahn eine Ortsumfahrung bekommt. Diese Ortsumfahrung ist für die ganze Region, ist für die ganze Südsteiermark im Zuge auch des zweigleisigen Ausbaus, im Zuge der großartigen Kooperation Bund-Land-Österreichische Bundesbahnen wirklich ein Meilenstein - ein großer Meilenstein, auf den wir sehr, sehr lange gewartet haben. Und in diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Stück. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.25 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, liebe Frau Kollegin. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gerald Holler. Bitte, Herr Kollege.

LTabg. Ing. Holler, BA – ÖVP (13.26 Uhr): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

In aller Kürze nur noch ein paar Worte zu diesem Kauf. Mir ist vor allem wichtig, dass man festhält, der Hauptgrund eigentlich ist ja das, dass die Südbahn zweigleisig ausgebaut wird. Was unbedingt nötig ist, aber was das mit sich bringt, ist ja das, dass jetzt im Moment ungefähr alle 20 Minuten ein Zug fährt und dann im Schnitt alle sieben Minuten ein Zug.

Also eine Verdreifachung und dass man, und das muss man schon festhalten, dass man einfach nicht mehr über diese Engstellen kommt, da ist die Mur, dann ist der Bahnhof und die Straßenanschlussstücke und man kommt einfach nicht mehr drüber, weil es dann schon so passiert, dass die Bahnübergänge zugehen. Und bis es wieder aufgeht, sind vielleicht die halben Autos erst drüber. Und das passiert jetzt schon. Und wir haben da dringenden Bedarf, dass wir das relativ bald machen. Und ich bin ja sehr froh, dass man das erkannt hat, dass man hier die Bahn barrierefrei baut. Barrierefrei bauen heißt, dass es also keine Bahnübergänge gibt, sondern nur mehr Über- oder Unterführungen. Und ich bitte wirklich auch hier Nachdruck reinzulegen, Herr Landeshauptmann, und bin auch dankbar dafür, dass es passiert. Aber ich wohne direkt in Wildon an diesem Stück, wo die gleiche Situation ist und wir brauchen hier unbedingt in absehbarer Zeit eine Lösung. Und 2030 ist in mancher Hinsicht schon bald, aber in dieser Hinsicht, glaube ich, ist es noch viel Zeit und es ist jetzt schon sehr viel Stau an diesen Stücken und ich bitte, dass wir hier mit Nachdruck weitergehen und diese Ziele, diese Sachen, die wir hier verfolgen, mit Nachdruck weiterbehandeln. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.27 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Kollege. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 3687/2, Top 7, enthaltenen Ausschussantrag, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 3710/2, Top 8, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit mit der Einl.Zahl 3534/5 betreffend „Neue Ausbildungswege für Quereinsteiger im Bereich der Elementarpädagogik“ zum Antrag von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei mit der Einl.Zahl 3534/1.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlev Eisel-Eiselsberg. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (13.29 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Wie wir ja wissen, fällt die Zuständigkeit bei der Ausbildung von Elementarpädagoginnen und -pädagogen in Richtung Bund. Das Land Steiermark hat, so wie auch die anderen Bundesländer, hier nur eine eingeschränkte Möglichkeit mitzuwirken. Darum ist es natürlich schon wichtig, dass einerseits die Landtage Notwendigkeiten Richtung Bundesministerium im Einzelnen artikulieren, aber auch die Konferenz der jeweiligen Landesregierungsmitglieder, die jährlich ja tagt, artikuliert diese Notwendigkeiten. Und da hat es in den letzten Jahren ja viele, viele Vorschläge gegeben und auch seitens des Bundes erfreulicherweise auch viele Reaktionen. Aktuell gibt es neun Ausbildungswege, um zur Elementarpädagogin oder zum Elementarpädagogen zu werden. Neben den klassischen Ausbildungswegen an den Bildungsanstalten für Elementarpädagogik wurden auch in den pädagogischen Hochschulen neue Arten des Quereinstiegs geschaffen. Und zuletzt wurde auch durch die Universität Graz mit Elementar Plus eine weitere Qualifizierung im Berufsfeld ermöglicht. Weiters wurde 2021 bereits eine Colleg-Offensive gestartet, wodurch seither rund 400 neue Colleg-Plätze geschaffen werden konnten. Das Bundesministerium will diese Ausbildungsoffensive weiter vorantreiben und hat sich auch Ziele gesetzt. Es sollen noch mehr Colleg-Plätze entstehen und es soll noch mehr Möglichkeiten des Quereinstiegs und zur Nachqualifizierung von Assistenzkräften geben. In Summe sollen bis 2030 8.750 zusätzliche Elementarpädagoginnen und -pädagogen abseits von den klassischen fünfjährigen Schulausbildungen für das Berufsfeld ausgebildet werden. Auch in der Steiermark passiert hier einiges, in den letzten Jahren auch verstärkt. In der Regierungsvorlage wird darauf näher eingegangen. In Summe lässt sich sagen, dass die aktuelle Vielfalt an Ausbildungswegen vielen Interessierten zahlreiche Möglichkeiten zur Qualifikation geboten wird, die auch zu den jeweiligen Lebensumständen entsprechend gewählt werden können. In Summe erscheint es daher zum

gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich, gegenüber dem Bund weitere Wünsche zu artikulieren. Man wird jetzt sehen, wie sich das entwickelt. Wir können hoffen, dass es sich so positiv entwickelt, einerseits durch die vielen neuen Möglichkeiten, diese Ausbildung zu absolvieren. Und ich denke auch, dass das hier vom Landtag, auf Initiative von Landesrat Werner Amon beschlossene, große und umfangreiche Gehaltspaket entsprechende Auswirkungen haben wird. Ich ersuche um Kenntnisnahme. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.32 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Michaela Grubesa. Bitte, Frau Kollegin.

LTabg. Grubesa – SPÖ (13.32 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat, Hohes Haus, werte Zuhörende und Zusehende!

Ja, der Kollege Kollege Eisel-Eiselsberg hat das meiste ohnehin schon ausgeführt. Das Thema ist, glaube ich, anschließend an die ganzen Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren ja gemeinsam als Regierung unter Federführung des Landesrates Amon entwickeln durften, mit freundlicher Unterstützung der Finanzabteilung und natürlich auch mit dem Übereinkommen der Abgeordneten hier im Haus. Ich darf nicht die Abgeordneten, aber diejenigen, die von außen zuhören, auch daran erinnern, dass das Thema der elementaren Bildung ein ganz, ganz wesentliches und wichtiges für alle Abgeordneten ist und immer war und das im weiteren Schritt selbstverständlich geschaut werden muss, nachdem jetzt die Gehälter des Personals steigen, nachdem wir die Gruppen verkleinern, nachdem wir uns nach Kräften bemühen, landesseitig in unserer Kompetenz auszubauen, so gut wie es geht, dementsprechend mehr Räumlichkeiten auch brauchen, die Ausbildungsplätze genauso zur Verfügung zu stellen. Und es steht im schriftlichen Bericht, denke ich, auch sehr, sehr gut, ist gut formuliert. Unsere Kompetenz ist hier selbstverständlich eingeschränkt. Hier muss der Bund natürlich schauen, dass auch Quereinsteiger_innen in hoher Zahl, in möglichst hoher Zahl das Angebot dargelegt wird, auch ihren Beruf zu verändern, sich weiterzuentwickeln, um in der elementaren Bildung eine Stütze zu sein, damit wir zusätzliches Personal, das wir ganz dringend brauchen, auch lukrieren. Es steht hier auch so schön, es gibt einen wiederkehrenden Erfahrungsaustausch unter den Bundesländern und auch mit dem zuständigen Ministerium. Das ist der einzige Punkt vielleicht, wo ich dem Kollegen von der ÖVP nicht ganz beipflichten kann. Ich glaube, einige von uns hier im Haus, einige Bundesländer, würden sich schon wünschen, dass das

Ministerium hier etwas mehr Geld zur Verfügung stellt und dass die Bemühungen noch etwas verstärkt werden, weil landesseitig, wie gesagt, sind wir bereit, auch die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, soweit es geht, im finanziellen Rahmen, aber natürlich auch im kompetenzrechtlichen Rahmen. Nur am Ende des Tages werden wir nicht darum herumkommen, dass der Bund hier auch massiv unterstützt. Daher ein mündlicher Appell meinerseits und ein weiterer Antrag an den Bund ist wahrscheinlich sinnlos. Ich kann es nicht anders sagen. Danke und Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.34 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen herzlichen Dank. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 3534/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit mit der Einl.Zahl 3470/5 betreffend „Kostenfreies und gesundes Mittagessen in unseren elementaren Bildungseinrichtungen“ zum Antrag von Abgeordneten der Grünen mit der Einl.Zahl 3470/1.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lara Köck. Bitte, Frau Kollegin.

LTabg. Dipl.-Ing. (FH) Köck – Grüne (13.35 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Unsere Stücke brauchen ja immer eine gewisse Zeit, bis sie dann tatsächlich den Weg da ins Haus finden. Und deswegen müssen wir eine kurze Zeitreise machen in den September 2023, der den Anstoß gegeben hat für meinen Antrag. Und zwar, es wird euch bestimmt gleich allen wieder gut einfallen, was diese Situation war. Wisst ihr was die billigste warme Mahlzeit in Österreich ist? *(LTabg. Schwarz: „Ha, ha, ha.“)* Es ist nicht gesund und es ist nicht billig, ein Hamburger von McDonalds. Wir alle wissen auch bestimmt, dass das unser Bundeskanzler gesagt hat, der Herr Nehammer, und dass das ein Anstoß war, dass völlig zu Recht eine

Empörungswelle durch ganz Österreich gegangen ist. Es war nämlich schlichtweg eine Verhöhnung von allen Menschen, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund auf die Welt gekommen sind. (*Beifall bei den Grünen*) Oder von allen Menschen, die aus irgendwelchen Gründen, welchen Gründen auch immer es waren, nicht ganz so leistungsfähig sind oder sein können, wie es der Herr Bundeskanzler gerne hätte. Und dazu gibt es auch ganz konkrete Zahlen. 350.000 Kinder in Österreich sind armutsgefährdet. Eine Vielzahl davon hat nicht genug Geld, um sich jeden Tag eine warme Mahlzeit leisten zu können. Und da reden wir nicht einmal ansatzweise von der Qualität von dem Essens oder ob das irgendwie ausgewogen ist. Und wir alle wissen, wie wichtig eine ausgewogene Ernährung ist für eine gesunde Entwicklung der Kinder. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Ist das unser Anspruch, dass 350.000 Kinder armutsgefährdet sind? Wollen wir das wirklich so belassen? Wollen wir nicht vielleicht da genauer hinschauen und uns überlegen, welche Maßnahmen können wir hier heute setzen, um das zu verändern – als eines der reichsten Länder der Welt? Ich bin der Meinung, dass uns unsere Kinder mehr wert sein müssen und dass wir alle gemeinsam, auch wenn es eine große Kraftanstrengung ist, diese Kraftanstrengung nicht scheuen dürfen und hier Maßnahmen setzen müssen. Das war der Anstoß zu meinem Antrag – ein gratis Mittagessen in all unseren Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen. Ich bin ja da Gott sei Dank nicht alleine mit dieser Forderung. Auch ich habe da Verbündete auf bundespolitischer Seite, auch manchmal auf landespolitischer Seite. Ein wesentlicher Faktor oder ein wesentlicher Verbündeter ist der Bundesparteivorsitzende der SPÖ, Herr Babler. Herr Babler hat nämlich ganz klar gefordert, auch ein gratis Mittagessen für die Kinder. In Wien ist es schon gang und gäbe, zumindest in den Volksschulen. In ganztägigen Volksschulen werden die Kinder dort versorgt. Auch in Vorarlberg, Schwarz-Grün regiert, gibt es Zuschüsse für sozial schwache Familien, damit die Essenskosten gedeckt sind. Also, wie immer, es geht schon, wenn man wirklich will. Aber in der Steiermark will man es nicht. Steht auch ganz klar in der Stellungnahme. Man will es nicht einmal wissen, was wann wo auf den Tisch kommt, geschweige denn, was es kostet. Und es steht da in der Stellungnahme zur Begründung, warum man das nicht wissen will, weil es eh nur bedingt vergleichbar ist. Aha, weil man es nicht vergleichen kann, brauchen wir nichts erheben, brauchen wir nicht genauer hinschauen. Das wäre jetzt nicht mein Zugang. Die zweite Forderung oder der zweite Wunsch aus meinem Antrag war eine Strategie auszuarbeiten, für eben, wie das möglich wäre, ein frisches, regionales, ausgewogenes, kostenloses Mittagessen für Kinder in den Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen zu ermöglichen. Nur um die Strategie, man

könnte es einfach nur einmal prüfen und sich genauer anschauen und überlegen, wie wäre das möglich? Und ich bin mir sicher, es ginge. Es gibt irgendeine Strategie, wie das funktioniert. Funktioniert an anderen Orten auch. Und zu dieser Strategie steht dann in der Stellungnahme: „Die Ausarbeitung einer Strategie würde zwangsläufig eine zusätzliche starke Verallgemeinerung eines individuellen Lebensbereiches bedeuten und die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse, Überzeugungen und Vorlieben wesentlich einschränken.“ Also nach dieser Logik müssten ja dann quasi jetzt schon alle Kinder, die irgendwie sechs bis acht Stunden in Betreuungseinrichtungen sind, das selber gemachte Essen von der Mutti daheim selber mitnehmen. Weil nur dann können hundertprozentig ihre Vorlieben abgedeckt werden. *(Beifall bei den Grünen und FPÖ)* Das ist doch ein schlechter Witz. Es ist ja jetzt schon schaffbar. Die Kinder, die jetzt ein Mittagessen in den Betreuungseinrichtungen kriegen, das ist ja jetzt schon abgebildet, dass, wenn wer eine Nussallergie hat, keine Nüsse im Essen drinnen hat oder dass, wenn wer Vegetarier ist, ein vegetarisches Essen zur Verfügung steht. Das ist ja jetzt schon gang und gäbe, dass die grundsätzlichen Unterschiedlichkeiten, die manchmal auch lebensnotwendig sind, abgebildet werden. Und dann steht noch irgendwas zur logistischen Herausforderung in der Stellungnahme. Ich habe jetzt wirklich nicht verlangt, dass der Herr Landesrat selber 37.000 Mittagessen kocht und eigenhändig ausführt. Also auch da gibt es logistische Meisterköpfe in der Steiermark, die die Logistik von einem warmen Mittagessen in der Steiermark schaffen – bin ich ganz fest davon überzeugt. Und der springende Punkt ist aber natürlich da im letzten Absatz der Stellungnahme, wo steht: „Es ist eine Kostenfrage für die Träger, Gemeinden oder Land.“ Ja, je nachdem, könnte man sich alles in einer Strategie anschauen, wie man es haben möchte. So wie es aber jetzt ist - also es ist völlig richtig, natürlich ist es eine Kostenfrage. Aber jetzt ist es eine Kostenfrage, die die Kinder selber ausbaden müssen. Die sich es eben nicht leisten können und die, die armutsgefährdet sind. *(Beifall bei den Grünen)* Also es ist alles eine Frage des Willens und nicht des Könnens. Und man kann schon zumindest einmal genauer hinschauen. Das würde ich mir wünschen, das wäre mein Anspruch. Also darf ich unseren Entschließungsantrag einbringen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Erhebung zum Mittagstisch an steirischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen durchzuführen und dem Landtag über die Ergebnisse zu berichten. Teil der Erhebung sollen auch die Kosten sein, die für die Eltern anfallen.

2. Zweitens eine Strategie für ein frisch gekochtes, regionales und kostenloses Mittagessen an allen steirischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen auszuarbeiten und dem Landtag Steiermark über die Ergebnisse zu berichten.

Die Erhebung und die Strategie, mehr braucht es nicht. Schauen wir gemeinsam näher hin. Bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 13.42 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, geschätzte Frau Abgeordnete. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 3470/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der Freiheitlichen Partei die Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 3470/6 betreffend „Kostenfreies Mittagessen für Kinder in steirischen Bildungseinrichtungen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit mit der Einl.Zahl 3475/5 betreffend „Der steirische Jugendlandtag fordert: Förderung von politischer Bildung an Schulen“ zum Antrag von Abgeordneten der NEOS, der KPÖ und Grünen mit der Einl.Zahl 3475/1.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Patrick Derler. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Derler – FPÖ (13.44 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, geschätzte Abgeordnete Kollegen, liebe Zuseher!

Vorweg sei es mir erlaubt, dass ich ein paar Worte heute aus besonderem Anlass an euch richte. Ich bedanke mich einmal bei all jenen, die mir heute zur Geburt unserer lieben kleinen

Tochter, die am 13. März zur Welt gekommen ist, gratuliert haben. *(Allgemeiner Beifall)* Danke. An dieser Stelle auch ein herzlicher Dank an die Storchenflotte, die uns daheim jetzt die Ehre erteilt hat, 22 Stück von Familie, Freunden, Verwandten, Nachbarn, Vereinen und auch von der Gemeinde. Das ist bei uns am Land so Brauch. Vielen, vielen herzlichen Dank. Wir haben uns über jeden einzelnen sehr gefreut, haben das auch exzessiv gefeiert, haben eine Riesenfreude. Und ich glaube, es ist mir auch erlaubt, an dieser Stelle jetzt zu sagen, ein großes, großes Dankeschön auch an das ganze Personal – an die Ärztinnen, an die ganzen Hebammen, an das Gesundheitspersonal des Uniklinikums Graz von der Gebärstation 2, die uns da 25,5 Stunden begleitet haben, 17 Stunden Wehen, 9 Stunden davon intensiv. Also das war wirklich ein Husarenritt. Und, liebe Melanie, es sei mir auch erlaubt, vielen, vielen Dank für dein Durchhaltevermögen zu sagen. Ja, es ist einfach großartig und auch die Nachbetreuung, die Melanie ist ja nach wie vor im Spital, habe aber mittlerweile während der Sitzung heute erfahren, dass ich sie nach der Sitzung abholen darf – habe also den Maxi-Cosi mit, bin ein bisschen aufgeregt und freue mich natürlich riesig sie heute dann abzuholen. Also von dieser Stelle auch Hut ab, liebe Melanie, du hast Großartiges geleistet. *(Allgemeiner Beifall)* Und ja, ich möchte es jetzt noch ganz kurz nutzen. Ich habe mir das eigentlich früher noch nicht vorstellen können, wie das ist und ziehe auch den Hut vor allen Damen, vor allen Müttern, die schon selbst eine Entbindung mitgemacht haben. *(Zweite Präsidentin Kolar: „Lieber Herr Abgeordneter Derler, wir freuen uns alle mit dir von ganzem Herzen. Und die Leidenschaft ist großartig. Ich bitte dich jetzt trotzdem zum Thema Förderung von politischer Bildung an Schulen zu sprechen. Denn 1, 2, 3 wird dein liebes Kind in der Schule sein und deshalb ist es wichtig, dass du da jetzt deine ganze Kraft hineinsetzt. Vielen Dank.“)* Ja, Frau Präsidentin, vielen, vielen Dank. Ihr habt es wirklich großartig gemacht und ich bin stolz auf euch alle.

So, aber jetzt zum Thema. Es geht ja heute um die Etablierung des Unterrichtsfaches Politische Bildung, wo auch der Antrag vom Jugendlandtag gekommen ist und gerade wir Freiheitliche oder viele Parteien hier herinnen, finden das natürlich auch für wichtig, dass man die Themen der Gegenwart diskutiert und auch behandelt, dass man die Geschichte und die Historie aufarbeitet, dass man die Einflussnahme auch der Politik verstehen lernt, dass unsere Verfassung und auch unsere Regierungsform, die Demokratie, dementsprechend auch behandelt wird, damit sich auch die Schüler dann in weiterer Folge ein Bild machen können. Und wir wissen aber auch, dass gerade die älteren Generationen politikverdrossen sind und ich glaube, dass wir als Politiker, und da spreche ich jetzt jedes Coleur an, uns alle bei der

Nase nehmen können, aber auch der eine oder andere Medienvertreter, wie wir miteinander umgehen. Ich glaube, es soll der Bewerb der besten Ideen sein und nicht, wer den besten Schmutzkübel hat und den dann irgendwie ausbreiten kann. Und auch an die Medien sei gerichtet, wirklich objektiv zu recherchieren, um nicht irgendwelche Behauptungen dann in einer skandalösen Schlagzeile zu deklarieren, um einfach politisches Kleingeld zu machen und den einen oder anderen Leser zu gewinnen. Und trotz dieser ganzen Umstände, und es gibt auch eine sehr, sehr erfreuliche Umfrage, sind viele Jugendliche an der Politik interessiert. Und diese Umfrage stammt aus dem Jahr 2022, wo 89 % das Interesse an der Politik bekunden. Es freut mich sehr und deshalb bitte ich euch, geschätzte Landesregierung, dass ihr auch an die Bundesregierung herantretet und dem Wunsch vom Jugendlandtag Sorge tragt und endlich auch ein Unterrichtsfach Politische Bildung fordert und dass wir das in weiterer Folge auch etablieren können. Und all jene, die wahlberechtigt sind und vielleicht auf der einen oder anderen Seite Politik verdrossen sind, gebe ich eines mit auf die Reise: Nehmt von eurem ein Stimmrecht Gebrauch, egal was ihr entscheidet, das ist Demokratie. Und weil die Politik in Wahrheit direkt oder indirekt unser ganzes Leben begleitet. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank für die etwas längere Einleitung und wünsche uns noch einen angenehmen Sitzungsverlauf. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.49 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, lieber Patrick Derler. Herr Abgeordneter, herzliche Gratulation noch einmal. Das ist wirklich eine Freude. Wir brauchen viele Kinder in der Steiermark und in Österreich und überhaupt auf dieser Welt.

So, als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte, Herr Klubobmann, du kannst schon von größeren Kindern berichten.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (13.50 Uhr): Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin!

Lieber Patrick, Gratulation dazu. Bald können wir hier im Landtag all unsere Kinder miteinander spielen lassen und zuschauen, wie der Nachwuchs in der Steiermark gedeiht. Das ist doch was Schönes.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte natürlich auch noch zum Thema Politische Bildung reden, denn wir sehen ja, dass das ein Thema ist, das auf der einen Seite bewegt und auf der anderen Seite ein Thema ist, das auch ein wichtiges Rüstwerkzeug unserer Demokratie ist. Denn nicht ganz ohne Grund steigen mit der Nutzung von digitalen Medien auch politisch extremistische Vorfälle Jahr für Jahr. Und wir alle sehen leider vor allem auch

im Internet immer wieder Kommentare, die weit weg von dem sind, was wir uns in einer liberalen Demokratie als einen fairen und offenen Diskurs auch vorstellen. Und politische Bildung kann hier auch ein wichtiges Element sein, um dem entgegenzuwirken. Und ich persönlich glaube nicht, dass vor allem auch unsere Jugend politikverdrossen ist. Ganz im Gegenteil. Studien zeigen uns, wie z. B. Studie Jugend und Demokratie, dass das nicht der Fall ist, dass unsere Jugend an Politik interessiert ist, dass sie sich an Politik beteiligen möchte und dass sie sich durchaus auch bewusst ist, dass die Entscheidungen, die jetzt hier auch in diesem Raum oder im Nationalrat getroffen werden, ihr restliches Leben auch beeinflussen wird. Wir haben uns im Land Steiermark ja nicht umsonst auch zum Jugendlandtag bekannt und stellen den auch in den Mittelpunkt – auf der einen Seite, um den Jugendlichen Politik und Demokratie näher zu bringen und auf der anderen Seite natürlich auch, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Wir haben einen dieser Anträge, den Jugendliche im Jugendlandtag positiv abgestimmt haben, gemeinsam mit Grünen und KPÖ auch nochmal hier heute in unsere Sitzung eingebracht. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass die Anliegen, die uns die Jugendlichen auch mitgeben, den Platz hier in unserer Sitzung auch verdienen und dass wir von den Erfahrungen, die die Jugendlichen in ihrem Alltag haben, auch lernen sollten. Und wenn wir uns die Stellungnahme zu dem Stück anschauen, das wir heute diskutieren, dann sehen wir eine ganze Auflistung von Dingen, die bereits auch schon zum Thema Politische Bildung existieren und in die Wege geleitet wurden. Und das möchte auch niemand, auch nicht die Jugendlichen in Abrede stellen. Der Antrag des Jugendlandtags hat aber auf etwas ganz Anderes abgezielt. Er hat darauf abgezielt, dass Weiterbildungsprogramme gestärkt werden, dass es einen besseren Informationstransfer gibt und dass durch den Bund auch endlich ein eigenes Fach flächendeckend eingeführt wird. Die Ausgangslage, um die wir uns kümmern sollten und über die wir diskutieren sollten, ist den Schülerinnen und Schülern also klar. Sie fordern aber eindeutig mehr. Denn sie sind die Expertinnen und Experten, die tagtäglich auch in unseren Schulen stehen und dort sehen, wie politische Bildung gut und ab und an auch weniger gut funktioniert. Und genau darum möchte ich diesen Antrag auch hier in dieser Form einbringen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass das Fach Politische Bildung in der Stufe 1 und 2 in allen betroffenen Schultypen eingeführt ist.

Denn genau das wünscht sich unsere Jugend. (*Beifall bei den NEOS – 13.53 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen, herzlichen Dank, Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Udo Hebesberger. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Hebesberger – SPÖ (13.53 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, in welcher Form auch immer, wie im Saal oder via Livestream!

Patrick, auch von unserer Seite und von meiner Seite hier nochmal herzliche Gratulation zu deiner Vaterschaft. Dem Vorschlag von Niko Swatek, dass wir da einen inoffiziellen Kindergarten einführen, muss ich leider in Absage erteilen. Ich habe kein Interesse daran, dass meine Tochter und der Sohn von Hannes da herinnen den Kindergärtner und den Aufpasser spielen.

Aber kommen wir zur politischen Bildung an den Schulen, wo es das eigentliche Thema ist. Und bei allen positiven Umfragen, die es anscheinend gibt, muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass der Demokratiemonitor, der im Herbst 2023 erschienen ist, uns allesamt kein gutes Zeugnis ausstellt, wenn man bedenkt, dass 48 % der Jugendlichen den Glauben an die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems verloren haben. Gleichzeitig gibt es eine Mehrheit unter den Jugendlichen, die nicht daran glauben, dass Parlamentarismus funktioniert. Blickt man etwas weiter über die Grenze, gibt es bei der gleichen Studie in Deutschland ein Ergebnis davon, dass 60 % bzw. 71 % den Glauben daran finden. Dieser Vergleich sollte uns dann doch sehr mit Besorgnis erregen und sollte klar sein, dass man im Bereich der politischen Bildung viel Aufholbedarf hat und viel machen muss. Denn worum geht es bei politischer Bildung? Es geht um demokratisches Bewusstsein, dass junge Menschen dieses entwickeln. Es geht um Vermitteln von Wissen und Kompetenzen, wie man agiert. Und es geht auch darum, Beteiligung zu bewirken. Das ist eine ganz umfassende Geschichte mit jungen Menschen. Ein Schulfach alleine nur einzuführen, mag ein wichtiger und richtiger Schritt sein, aber ist sicherlich zu wenig. Man muss bereits viel früher beginnen, damit junge Menschen, kleine Kinder das Verständnis entwickeln, dass sie eigene Rechtspersönlichkeiten sind, die Bedürfnisse an sich heranzustellen können und dass man mit demokratischem Wirken auch Entscheidungen beeinflussen kann. Das beginnt bereits im Kindergartenalter, das beginnt in der Volksschule und muss natürlich dann sukzessive ausgebaut werden. Wir alle oder viele von uns sitzen Woche für Woche hinten im Rittersaal

beim Mitmischen, um Beteiligung zu bewirken, um Systeme klarzumachen. Und dass solche Maßnahmen auch etwas bewirken, geht aus diesen Studien wie dem Demokratiemonitor auch hervor. Weil alle Jugendlichen, die angeben, dass sie innerhalb der letzten fünf Jahre Kontakt mit dem politischen System gehabt haben, da sieht es auch eine große Mehrheit positiv und glaubt an das System, während jene Jugendlichen, die diesen Kontakt nicht herstellen, diesen Glauben weniger haben bzw. verloren haben. Und viele dieser Maßnahmen, Kollege Klubobmann hat es angesprochen, sind in der Stellungnahme dargelegt. Und aus der Stellungnahme geht auch klar hervor, dass wir uns weiterhin dafür aussprechen, dass intensiver im fächerübergreifenden Unterricht politische Bildung vorangetrieben wird. Und ich halte das auch für einen guten und gangbaren Weg, wenn man bedenkt, dass 44 % der Jugendlichen nicht nur angeben, dass sie zu wenig Infos über das funktionierende System haben, was klassisch in diesem Bereich der politischen Bildung anzusiedeln wäre. So sagen auch 56 % der Jugendlichen, dass ihnen die Kompetenzvermittlung zum Führen politischer Debatten fehlt, dass ihnen das nicht beigebracht wird – wie man streitet, wie man diskutiert, wie man sich Meinungen austauscht und dann auch im Idealfall einen Kompromiss bildet. Und 54 % der Jugendlichen geben an, dass ihnen die Vermittlung von Medienkompetenz fehlt, dass das viel zu kurz kommt. Wenn man gleichzeitig sich das Medienverhalten der Jugendlichen anschaut, dass 60 % der Jugendlichen ihre politischen Informationen über TikTok und 40 % der Jugendlichen ihre politischen Informationen über YouTube beziehen und dann gleichzeitig kommt, man hat keine Medienkompetenz – wo man einordnen kann, was ist richtig, was ist falsch –, dann führt das eben auch dazu, dass man das Vertrauen in das System verliert. Und in diesen Bereichen kann man nur fächerübergreifend ansetzen. Und jetzt ist der Nico nicht da, also richte ich es dem Robert aus. Zu eurem Entschließungsantrag muss ich sagen, ganz sicher, was ihr haben wollt, selbst seid ihr anscheinend auch nicht, weil in eurem ursprünglichen Antrag, den ihr gemeinsam eingebracht habt, fordert ihr altersgerechte Demokratiebildung in der Volksschule, fächerübergreifenden Unterricht in der Sekundarstufe und ein eigenes Unterrichtsfach in der Oberstufe. Im heutigen Entschließungsantrag fordert ihr Politische Bildung als Pflichtfach in der siebten Schulstufe, also bereits an der Sekundarstufe. Vielleicht werdet ihr euch selber auch einmal einig, was ihr wollt. Prinzipiell, glaube ich, sind wir uns ganz klar, dass es mehr braucht. Aber über die konkreten Maßnahmen kann man dann durchaus auch diskutieren. Und dann sollte man aber auch stringent in der Argumentation sein, was man konkret haben will. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.58 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Julia Majcan. Bitte, Frau Kollegin.

LTabg. Majcan, BSc MSc – ÖVP (13.58 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen hier in der Landstube und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream oder auch hier im Saal!

Politische Bildung an Schulen. Wieder, das war in unserem Jugendlandtag, der wirklich wunderbar hier stattgefunden hat, einfach wirklich ein großes Thema auch, wo man wieder die Leidenschaft gesehen hat und das Engagement der Jugendlichen und vor allem auch die Freude an der Politik beobachten konnte. Es war für mich einfach bemerkenswert, welche Freude die Jugendlichen dabei hatten sich einzumischen, mitzumischen und ihre Meinung kundzutun. Und so ist der folgende Antrag eben die Forderung nach der Politischen Bildung an den Schulen, diese auch zu fördern, liegt irgendwie auf der Hand. Denn das waren ja ganz viele Jugendliche, die sich gerne auch mehr politisch engagieren würden bzw. informieren würden und wo das vielleicht in den Schulen zu kurz gekommen ist. Ich habe mir dann jetzt vorher in der Vorbereitung die Lehrpläne durchgeschaut. Die Lehrpläne der HAK z. B. oder der Lehrplan der HAK, der Handelsakademie, da gibt es ein Fach Politische Bildung und Geschichte, oder der HLW. Da ist es so, dass es Geschichte und Politische Bildung gibt. In der Landesberufsschule ist Politische Bildung ein Pflichtfach oder auch in der Mittelschule heißt das Fach Geschichte und Sozialkunde und Politische Bildung. Stichprobenartig, also die vorangegangenen verschiedenen Schultypen genannt. Aber trotzdem, obwohl es ein Pflichtfach in den genannten Schulen ist, haben die Jugendlichen hier das Gefühl gehabt, und deshalb haben sie den Antrag auch eingebracht, dass die politische Bildung an den Schulen einfach zu kurz kommt. Und ich glaube, da müssen wir ansetzen. Und da möchte ich einfach nur erwähnen, wo man hier ansetzen kann bzw. wo man die Situation auch verbessern kann. Und wir wissen, dass die Lehrpläne, die in der Bundeskompetenz sind, und mein Kollege Udo Hebesberger hat es eh schon angesprochen, bundesseitig versucht man hier die Verankerung auch wirklich der politischen Bildung in den Lehrplänen aller Schulformen, in den Bereichen der sogenannten fächerübergreifenden Kompetenz wirklich auch umzusetzen. Und unsere steirische Landesregierung begrüßt das natürlich, diese Vorgangsweise. Denn ich glaube, das macht absolut Sinn. Es geht aber auch nicht nur darum, die fächerübergreifende Kompetenz umzusetzen, sondern natürlich auch in der Fort- bzw. Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen. Hier gibt es ein jährliches Programm, das zusammengestellt wird von Seiten der

Bildungsdirektion mit den pädagogischen Hochschulen und hier gibt es eine eigene Steuergruppe, die sich mit dem Demokratiebewusstsein und dem Wissenschaftsverständnis auseinandersetzt und hier einfach ganz zielgerichtet Förderangebote bzw. Fortbildungsangebote für Pädagoginnen und Pädagogen auch anbietet. Und das Lehrpersonal und die Schulleitungen haben hier die Möglichkeit, aus diesem Fort- und Weiterbildungsprogramm auch auszuwählen. Grundsätzlich ist aber auch angedacht, dass eine Person in der Schule aus diesem Themenkomplex eben eine Fort- bzw. Weiterbildung besucht. Ich glaube, das ist ganz wichtig und das kann man nur unterstützen. Aber natürlich, jeder von uns war in einer Schule und weiß auch, dass es im Ermessen der Pädagoginnen und Pädagogen liegt, wo ich dann wirklich konkret den Fokus drauflege. Ob ich das jetzt eher in die Geschichte, also wenn ich jetzt das Fach z. B. Politische Bildung und Geschichte habe, wenn es jetzt eine Pädagogin oder ein Pädagoge ist, der halt eher geschichteaffin ist, dann wird es eher in die Richtung gehen und bei anderen vielleicht eher in die politische Bildung. Wir wissen es, in der Realität ist es einfach oft so, aber ich glaube einfach, dass mit den verschiedenen Maßnahmen, die ich vorher erwähnt habe, hier laufend auch natürlich daran gearbeitet wird, dass man auch das Bewusstsein schärft. Denn es geht einfach um nichts weniger als unsere Zukunft, um Demokratieverständnis bei den Kindern und Jugendlichen einfach laufend weiterzuentwickeln oder zu stärken, wachzurütteln, die Kinder und Jugendlichen, dass es sie etwas angeht, dass sie sich einmischen und mitmischen sollen. Und wie auch mein Kollege schon angesprochen hat, es geht natürlich nicht nur um den Schulbereich, sondern das Format Mitmischen im Landtag wurde schon erwähnt. Das ist ein ganz interessantes Format, wo die unterschiedlichsten Fragen kommen und wo wir einfach versuchen, die Jugendlichen hinzuführen und ihnen das ein bisschen näher zu bringen, wie Politik und wie Demokratie funktioniert. Aber was ich auch nicht unerwähnt lassen möchte, ist, in den Gemeinden, in ganz vielen steirischen Gemeinden gibt es mittlerweile den Kindergemeinderat, mittlerweile auch in vielen Gemeinden den Jugendgemeinderat. Auch hier die Kinder spielerisch an die Demokratie heranzuführen halte ich für eine ganz großartige Sache, die von den unterschiedlichen Institutionen angeboten werden wie z. B. Landentwicklung Steiermark. Und das ist einfach etwas ganz Großartiges, wo man einfach sieht, mit wie viel Freude dann die Kinder und Jugendlichen in ihren Gemeinderäten aktiv werden und hier einfach ihre Ideen einbringen und einfach auch merken, dass Demokratie oft ein guter Kompromiss ist und dass nicht immer alles gleich geht und weniger aus dieser „ich fordere etwas“ hin zu diesem „ich gestalte mit“ Gedanken dann kommt. Und in dem Sinne,

ich glaube, da bleiben wir laufend dran, ist absolut unterstützenswert und in diesem Sinne ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.04 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Frau Abgeordnete. Als Nächstes am Wort ist Frau Abgeordnete Silvia Karelly. Bitte sehr.

LTabg. Karelly – ÖVP (14.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hohen Landtag!

Ja, es ist Josefitag, unser Landesfeiertag. Wir feiern hier sozusagen mit unserer Landtagssitzung ein Hochamt der Demokratie. Und Demokratie beginnt an der Basis, sie beginnt bei den jungen Menschen, bei den Kleinsten in unseren Gemeinden. Und ich möchte auch noch einmal sagen, dass es mir als Bürgermeisterin auch ein großes Anliegen ist, schon die Kleinen heranzuführen. Schon in meinem ersten Jahr als Bürgermeisterin habe ich die Schule eingeladen, den Kindergarten eingeladen, zu sehen, wie die Gemeinde funktioniert, wie Demokratie funktioniert, mit den Schulen zusammenarbeiten, sie aktiv einzubinden ist, glaube ich, eine der besten Möglichkeiten, junge Menschen an die Demokratie heranzuführen. Aber auch Regionalpolitik trifft Jugend. In der Regionalentwicklung haben wir Formate, wo wir alle Parteien einbinden, wo wir an Thementischen gemeinsam mit Politikern aller Fraktionen diskutieren, die jungen Leute um ihre Meinung fragen, ihre Wünsche Anregungen entgegennehmen. Und ich glaube, das ist ein ganz niederschwelliger Zugang auch. Und ich wünsche mir auch, dass da mehr Schulen noch mitmachen, ebenso wie beim Mitmischen im Landtag. Ich mache jetzt das fünfte Jahr dieses Format und ich mache es sehr, sehr gerne mit viel Herzblut, weil es mir wichtig ist. Auch wenn ich einen extra Weg von Fischbach herein mache, so ist mir diese Stunde, diese eineinhalb Stunden sind mir wichtig, mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen. Und ich merke heute vielfach, dass die gleichen Schulen sich bewerben oder sich anmelden. Ich werde ermutigen, motivieren, die Schulen draußen in den Regionen, dass sie verstärkt hereinkommen, hier auch nach Graz, ihnen zu zeigen, wo das Parlament der Steiermark angesiedelt ist, wie wir hier arbeiten, wie sich unsere Politik, unsere Arbeit auf ihr alltägliches Leben auswirkt. Ich glaube, das wäre ganz dringend notwendig und ich bitte darum, möchte auch motivieren, dass man dieses Format weiter ausbaut. Ich glaube, da gibt es viel zu tun und wir sollten den jungen Menschen Gehör schenken und sie einfach hier hereinholen zu uns und sie ganz aktiv einbinden. Die Julia hat es schon angesprochen,

den Kindergemeinderat. Ich darf das nochmal unterstützen – unser Obmann der Landentwicklung Steiermark, Franz Fartek, ist da, mein hochgeschätzter Kollege. Und das ist ein wirkliches Erfolgsprojekt. Ausgegangen vor zehn Jahren, wir feiern ein zehnjähriges Jubiläum, in meiner Nachbargemeinde Krieglach, wo der erste Kindergemeinderat am 15. Mai 2014 angelobt wurde. Also vor zehn Jahren. Mittlerweile haben 37 Gemeinden den Kindergemeinderat in Umsetzung. Drei weitere stehen bevor. 20 arbeiten bereits ganz selbstständig weiter in bereits zweiter, dritter, sogar vierter Generation, weil ja die Kinder größer werden, älter werden, kommen immer neue nach. Gott sei Dank gibt es ja da Nachwuchs. Und deshalb ist z. B. Krieglach schon die vierte Generation mit 45 Kindern am Werk. Und das zeigt einfach den Erfolg dieses Projektes, die Nachhaltigkeit dieses tollen Projekts. Und ich freue mich auch, dass heuer am 8. Juni die erste Kindergemeinderatskonferenz stattfinden wird, die erste steirische Konferenz mit dem Herrn Landeshauptmann, also wirklich von höchster Stelle auch wertgeschätzt und gewürdigt. Und ich glaube auch, dass der Herr Landeshauptmann diesem Projekt auch seine Aufmerksamkeit schenkt, Gehör schenkt, zeigt auch, wie erfolgreich dort gearbeitet wird. Ein herzliches Dankeschön aber auch an Landesrat Werner Amon und Landesrätin Simone Schmiedtbauer, die dieses Projekt ideell sehr stark unterstützen, weil sie immer wieder durch ihre Anwesenheit bei den Angelobungen ihre Wertschätzung zum Ausdruck bringen. Also persönlich da zu sein, ich glaube, wenn der Herr Bildungslandesrat da ist, wenn unsere Familienlandesrätin, die Landesrätin für Jugend, Familie, Gesellschaft da ist, dann zeigt das schon, dass das Land Steiermark hinter diesem Projekt steht und dem große Wertschätzung entgegenbringt. Ebenso wie unsere Bezirkshauptleute und natürlich versuchen auch wir in den Regionen als Abgeordnete da immer wieder präsent zu sein und mit den Kindern in Kontakt zu treten, sie zu ermutigen. Demokratie ist etwas Wertvolles. Demokratie lebt von Beteiligung. Wir müssen mitmachen, mittun, uns einbringen mit Herz und Hirn. *(Beifall bei der ÖVP)* In diesem Sinne ein Hoch auf die Demokratie, ein steirisches Glückauf! *(Beifall bei der ÖVP – 14.08 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Frau Abgeordnete. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor und ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit Einl.Zahl 3475/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ und NEOS angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Erschließungsantrag der NEOS mit der Einl.Zahl 3475/6 betreffend den „Steirischen Jugendlandtag ernst nehmen, Einführung eines eigenständigen Politfaches Politische Bildung“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit dem Stimmen von den NEOS, FPÖ, KPÖ und Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Bildung, Gesellschaft und Gesundheit mit Einl.Zahl 3461/5, betreffend „Radikal-Islam in steirischen Schulen zurückdrängen“ zum Antrag von Abgeordneten der FPÖ mit der Einl.Zahl 3461/1.

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 3461/5 enthaltenen Ausschussantrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grün, KPÖ und NEOS die erforderliche Mehrheit.

Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Verfassung mit der Einl.Zahl 3730/2 betreffend „Vereinbarung gemäß Artikel 15a zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2024 bis 2028“ zur Regierungsvorlage mit der Einlagezahl 3730/1.

Am Wort ist Herr Abgeordneter Detlev Eisel-Eiselsberg. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTabg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (14.10 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Es handelt sich um eine Regierungsvorlage, die wir in ähnlicher Form schon mehrfach hier im Haus diskutiert haben in den letzten Jahre. Diese Bund-Land-Vereinbarung zur Förderung grundlegender Bildungsabschlüsse für Erwachsene zielt ja darauf ab, in Österreich lebende Jugendliche und Erwachsene auch nach Beendigung der schulischen Ausbildungsphase den Erwerb grundlegender Kompetenzen und Bildungsabschlüsse unentgeltlich zu ermöglichen. Wie erwähnt, dieses Bund-Länder-Förderprogramm läuft bereits seit 2012, wurde immer wieder verlängert und ist letztes Mal mit dem vergangenen Jahr ausgelaufen. Wir haben allerdings am 13. Dezember des Vorjahres hier über einen Bericht in diesem Zusammenhang diskutiert, der auch mehrheitlich dann zur Kenntnis genommen wurde. Zwischenzeitlich hat der Nationalrat am 14. Dezember und der Bundesrat am 20. Dezember 2023 nunmehr diese vierte Programmphase für die Jahre 2024 bis 2028 genehmigt und beschlossen und ich ersuche den Hohen Landtag auch unsererseits dieser Vereinbarung zuzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.11 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Zum Schluss zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Werner Amon.

Landesrat Amon, MBA – ÖVP (14.12 Uhr): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich wollte nur die Ausführungen des Kollegen Detlev Eisel-Eiselsberg um ein paar Zahlen ergänzen, weil manchmal der Eindruck entsteht, wir würden in diesem Bereich, der glaube ich, ein sehr wichtiger Bereich ist, das Nachholen von Pflichtschulabschlüssen, ist, denke ich, wichtig, auch für eine Gesellschaft, die natürlich auch mit Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration zu kämpfen hat. Und ich möchte doch darauf hinweisen, dass es beträchtliche Mittel sind, die in diesen Bereich fließen und, dass eigentlich durch die kluge Kombination aus der 15a-Vereinbarung heraus eben hier eine optimale Nutzung auch der Gelder Platz greift. Das Land Steiermark stellt jährlich 240.000 Euro für das Programm der Basisbildung und 790.000 Euro für den Programmbereich Nachholen des Pflichtschulabschlusses zur Verfügung. Das sind also 1,2 Millionen, die das Land zur Verfügung stellt. Der Bund stellt zusätzlich auf Basis der Vereinbarung noch einmal 1,2 Millionen zur Verfügung. Und aus dem Europäischen Sozialfonds kommen noch einmal

1,6 Millionen dazu. Das sind also insgesamt vier Millionen Euro, die für diesen Bereich zur Verfügung gestellt werden und ich glaube, das ist durchaus eine ansehnliche Summe, die wir hier insgesamt aufwenden. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.13 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Landesrat. Es liegt mir nunmehr keine Wortmeldung vor und ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit Einl.Zahl 3730/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grüne, KPÖ und NEOS die erforderliche Mehrheit, gefunden.

Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Verfassung mit Einl.Zahl 3731/2, betreffend „Auslieferungsbegehren Einl.Zahl 3731/1 gemäß Artikel 34 LVG und Artikel 96, Artikel 57 BVG der Staatsanwaltschaft Klagenfurt“.

Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit Einl.Zahl 3731/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die einstimmige Annahme.

Die reguläre Tagesordnung ist abgearbeitet und wir kommen zur Behandlung der Dringlichen Anfragen.

D1: Am Mittwoch, dem 13. März 2024, wurde um 10.48 Uhr von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 3796/1 an Frau Landesrätin Simone Schmiedtbauer betreffend „**Keine Landwirtschaft ohne Naturschutz, kein flächendeckender Naturschutz ohne Landwirtschaft**“ eingebracht.

Ich erteile dem LTAvg. Andreas Lackner das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAvg. Andreas Lackner – Grüne (14.15 Uhr): Ja, danke Herr Präsident!

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich warten soll bis die Frau Landesrätin da ist, aber ich fange vielleicht einmal an.

Geschätzter Herr Landesrat, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher!

Ja, seit langem sind wir konfrontiert mit einer ÖVP-Agrarpolitik, die das System „waxe oder weiche“ befeuert. Und das System ist sehr gefräßig unterwegs. Und das bringt unsere bäuerlichen Familienbetriebe oft zum Aufgeben. Es ist Stiegen aufwärts unterwegs. Zuerst geben die Fünf-Hektar-Betriebe auf, dann die Zehn-Hektar-Betriebe, dann die 20-Hektar-Betriebe und derzeit kämpfen die 30- bis 40-Hektar-Betriebe um das Überleben. In den letzten 50 Jahren haben wir in der Steiermark mehr als die Hälfte unserer Höfe verloren. Und jetzt kann man sagen, ja, 50 Jahre, das ist lang, da ist viel passiert. Aber das ist ein Trend, der aktuell immer noch da ist und voranschreitet. Der letzte Agrarstrukturerehebungsbericht zeigt, dass wir in der Steiermark 14,7 % der Bauernhöfe im Zeitraum 2010 bis 2020 verloren haben. Und das ist deutlich über den Österreichschnitt. In Österreich waren das in dem Zeitraum 10,6 %. Also wir verlieren aber nicht nur Höfe, wir verlieren auch massiv landwirtschaftliche Fläche. Denn ebenso, zeigt der letzte Agrarstrukturerehebungsbericht – langes Wort – schonungslos auf, dass wir in nur zehn Jahren 50.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche nicht mehr als solche nutzen bzw. dass die eben nicht mehr genutzt werden können. Und ich habe noch gut im Kopf, wie wir im Vorjahr hier im Haus den Bodenschutzbericht aus dem Bezirk Leibniz diskutiert haben. Ein Bericht von der Landesregierung, von der A10, mit dem Untertitel „Zusammenfassung der letzten 20 Jahre“. Und da ist mir ein Satz noch ganz deutlich in Erinnerung und der ist einfach wirklich dramatisch. Ich zitiere aus dem Bericht: „Bedenklich ist somit, dass fast ein Viertel der landwirtschaftlichen Untersuchungsflächen in den letzten 20 Jahren unwiederbringlich verschwunden sind.“ Österreich ist Spitzenreiter beim Bodenverbrauch. Und die Steiermark ist da ganz verlässlich immer vorne mit dabei. Und die Bundesländer haben es über die Raumordnungskompetenz in der Hand. Und sie weigern sich nach wie vor, verbindliche Reduktionsziele umzusetzen. *(Beifall bei den Grünen)* Was hört man da von ÖVP-Agrarpolitikern? Lautes Schweigen. Es gibt derzeit in

der Steiermark zwar Straßenprojekte, wo viele Bäuerinnen und Bauern Widerstand leisten. Das ist die B70 in der Weststeiermark und die B68 neu in der Oststeiermark. Und das sind Projekte, wo wertvolles Ackerland teilweise mit der höchsten Bodenbonität, die es gibt – also die Äcker im Raabtal, die gehören zu den besten, die wir in Österreich haben – und liegen noch dazu in der landwirtschaftlichen Vorrangzone, die ja eigentlich besonders geschützt sein sollten. Die sollen jetzt einfach Beton und Asphalt weichen. Und in beiden Fällen gibt es eben zahlreiche Landwirtinnen und Landwirte, die diese Flächen dringend selbst benötigen. Und die wollen die auf keinen Fall hergeben. Und wenn man die fragt, was die Landwirtschaftskammer, deren zahlende Mitglieder sie sind, oder was Bauernbundpolitiker da unterstützen, wie sie sie unterstützen? Da meinen sie: „Ja eigentlich nicht.“ Das Einzige, was kommt, ist, dass Hilfe angeboten wird bei der monetären Ablöse. Sozusagen mit dem Subtext: „Ziert euch nicht, wir werden schon schauen, dass ihr ein *gescheites* Geld kriegt für euren Grund.“ (*Beifall bei den Grünen*) Also wir verlieren Höfe, wir verlieren Fläche und mindestens ebenso dramatisch, wir verlieren massiv an Biodiversität. Die bäuerliche und familiäre Landwirtschaft gerät immer stärker unter Druck. Die Bauernproteste in ganz oder in halb Europa zeigen uns das gerade ganz deutlich. Und was passiert? Rechte und konservative Politiker nutzen diese Wut, um Stimmung zu machen – Stimmung zu machen gegen Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Dabei waren es gerade sie, die durch Ihre verfehlte Agrarpolitik und auch Handelspolitik die Bäuerinnen und Bauern in diese prekäre Lage gebracht haben. (*Beifall bei den Grünen*) Und es ist halt ein einfaches Rezept, um von dieser verfehlten Politik abzulenken, werden andere Schuldige gesucht und gefunden. Naturschutz, Umweltschutz, Klimaschutzmaßnahmen seien schuld, dass es den Bäuerinnen und Bauern so schlecht geht. Und der Steirische Bauernbund stimmt da kräftig mit ein in den Chor derer, die Natur und Landwirtschaft gegeneinander ausspielen. Und Sie, Frau Landesrätin, setzen sogar noch eines drauf. In einem von Ihnen initiierten Brief, unterschrieben von allen österreichischen Agrarlandesräten und Landesrätinnen, an die österreichischen EU-Abgeordneten fordern Sie auf, kurz vor der Abstimmung im EU-Parlament, dagegen zu stimmen. Das muss man einmal wissen, das war die Abstimmung in der zweiten Lesung im Parlament, da ist schon ganz viel passiert vorher. Da gab es viele Verhandlungen, viele Kompromisse, viele Abänderungen. Aus unserer Sicht auch viele Ausnahmen, eine große Verwässerung und trotzdem, immer noch nicht genug, versuchen Sie noch in letzter Sekunde sozusagen das Ganze zu torpedieren. Ein wichtiges, wirklich wichtiges Gesetz im letzten Moment noch zu torpedieren. Ja und seit ich mich mit Agrarpolitik beschäftige – und das ist ungefähr seit 20 Jahren – höre ich von der

ÖVP-Seite immer wieder das gleiche Lied. Die Umweltmaßnahmen, die Umwelt-NGOs, die Grünen, die sind schuld, dass es die Bäuerinnen und Bauern so schwer haben. Und ganz ehrlich, ich kann das wirklich nicht mehr hören, es reicht jetzt endlich, es reicht endgültig damit! Denn gerade die Landwirtschaft, Franz, gerade die Landwirtschaft ist nicht nur stark betroffen von den Auswirkungen des Klimawandels. Wir kennen das alle – Spätfrost, Hitze, Dürre, Starkregen mit Überschwemmungen treten nicht nur immer häufiger auf, sondern immer intensiver. Und jeder von uns nimmt das wahr. Es ist daher auch vollkommen klar, wir müssen der Natur wieder mehr Raum geben. *(Beifall bei den Grünen)* Wir müssen das Wasser wieder mehr in der Landschaft halten, um Hitzeperioden besser zu überstehen. Wir brauchen wieder mehr Raum, wo das Wasser auch versickern kann – Stichwort Starkregen-Ereignisse. Und wir brauchen wieder mehr Biodiversität. Noch eine Zahl, die dramatisch ist. Studien zeigen, dass wir bereits 70 % der flugaktiven Insekten verloren haben – 70 %. Was heißt das letztlich? Die Bestäuber sind in Gefahr. Und ohne Bestäuber wird es sehr schnell finster. Ohne Bestäuber gibt es keine Ernte. Kurz, Landwirtschaft und Naturschutz gehören zusammen. Die Natur ist der Ast, auf dem wir alle sitzen. Die Natur ist die Basis, mit der wir Bäuerinnen und Bauern auch täglich arbeiten. Alles daran zu setzen, damit die Natur in gutem Zustand bleibt, *(Beifall bei den Grünen)* bzw. alles dafür zu tun, damit sich der Zustand der Natur wieder verbessert, ist die Grundlage einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und ist die Grundlage für das sehr oft aus meiner Sicht auch missbrauchte Wort Ernährungssicherheit und ist ein entscheidendes Mittel, um die Klimakrise zu meistern. So zu tun, es seien Umweltmaßnahmen schlecht für die Bäuerinnen und Bauern, ist erstens unrichtig, zweitens fahrlässig und hilft uns drittens nichts dabei, wenn wir die Landwirtschaft beim Klimaschutz mit an Bord haben wollen. Man kann es auch anders sagen, wir brauchen die Bäuerinnen und Bauern, um beim Klimaschutz etwas weiterzubringen. *(Beifall bei den Grünen)* Und die Strategie, Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen negativ darzustellen, wird uns da sicher nicht helfen. Wir brauchen eine positive Herangehensweise. Mehr Umweltschutz, mehr Klimaschutz ist gut und nicht schlecht. Natürlich müssen die Bauern auch finanziell davon profitieren, was sie davon haben. Klimaschutz ist wichtig, in Wahrheit überlebenswichtig, und von daher muss Klimaschutz auch belohnt werden. Und wir haben gerade jetzt in der Agrarpolitik die Chance auf einen Systemwandel. Und da erzählen wir das einfach positiv. Wie wäre das, das einmal positiv zu erzählen? Also ich wünsche mir, dass wir Bäuerinnen... *(LTAbg. Fartek: „Da seid ihr gefordert, dass sich da was ergibt.“)* Franz, hör noch ein bisschen zu, du kannst dich gerne zu Wort melden. Ich wünsche mir, dass wir als Bäuerinnen

und Bauern, dass wir als Sektor das Heft wieder selbst in die Hand nehmen. Dass wir nicht nur tun, was wir müssen, sondern tun, was wir können. Und wir können viel. Nicht als Passagier, sondern aktiv am Steuer agieren. Die Landwirtschaft kann ganz viel für das Klima tun. Und es kommt jetzt auf unsere Generation an. Es ist ja nicht so, dass wir in irgendeiner Zeit leben. Es kommt jetzt darauf an das Ruder herumzureißen. *(Beifall bei den Grünen)* Und in Wahrheit gibt uns das auch eine gewisse Bedeutsamkeit. Es ist gerade jetzt nicht egal, welchen Weg wir einschlagen. Wir Bäuerinnen und Bauern können Entscheidendes für eine lebenswerte Zukunft beitragen. So müssen wir das sehen, positiv. Und die Aufgabe der Agrarpolitik ist es jetzt, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es unseren Betrieben ermöglichen, genau das zu tun. Mehr Umweltschutz, mehr Naturschutz sind gut und wichtig. Nutzen wir das als Chance für eine neue zukunftsorientierte Landwirtschaftspolitik.

Ich komme jetzt zu den Fragen an Sie, Frau Landesrätin.

1. Bekennen Sie sich dazu, dass es keine Landwirtschaft ohne Naturschutz und umgekehrt geben kann?
2. Wurde der Brief der ÖVP Agrarlandesrätinnen und -landesräte vom 15. Februar 2024 an die österreichischen MEP zur Verhinderung des Renaturierungsgesetzes von Ihnen initiiert?
3. Haben Sie den Koalitionspartner im Vorfeld über den Brief an die EU-Abgeordneten informiert?
4. Spiegelt der Brief die Haltung der gesamten Landesregierung wider?
5. Erkennen Sie den Biodiversitätsverlust als eine entscheidende Krise unserer Zeit an?
6. Sehen sie den Artenrückgang in der Kulturlandschaft als Bedrohung für die Landwirtschaft an?
7. Wie wollen sie den Artenrückgang in der steirischen Kulturlandschaft aufhalten?
8. Wie kann die Ernährungssouveränität bei einem drastischen Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche erhalten bleiben?

Bitte um Beantwortung. *(Beifall bei den Grünen – 14.29 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Ich erteile Frau Landesrätin Simone Schmiedtbauer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Schmiedtbauer – ÖVP (14.29 Uhr): Danke vielmals, geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher hier im Saal und via Livestream! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Grünen! Ich möchte mich wirklich außerordentlich für die Dringliche Anfrage bedanken, denn ich denke, es ist dringend notwendig, dass wir über den Schutz unserer heimischen Land- und Forstwirtschaft sprechen. Wie Sie alle wissen, ist dieses Thema nicht zuletzt deshalb für mich so wichtig, weil ich selbst stolze Bäuerin bin. Und das ist auch der Grund, warum ich und die übrigen politischen Agrarspitzen des Landes mit dem genannten Brief zur EU-Wiederherstellungsverordnung ganz klar Position bezogen haben. Ich bin nämlich nicht nur selbst Bäuerin, sondern auch jeden Tag unterwegs in unserem wunderschönen Steiermark und tausche mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus, mit denjenigen, die nicht in Büros von NGOs sitzen und wunderschöne Überschriften produzieren und uns erklären wollen, wie die Landwirtschaft zu funktionieren hat, sondern mit denjenigen, die tagtäglich auf unseren Feldern und in unseren Wäldern unterwegs sind und tatsächlich mit ihrer Arbeit unsere Lebensmittelversorgungssicherheit garantieren – trotz zahlreicher Herausforderungen. Und eines möchte ich an dieser Stelle einmal ganz vehement unterstreichen, weil das nicht immer allen klar zu sein scheint. Land- und Forstwirtschaft ist kein Hobby. Die Bäuerinnen und Bauern sind keine Aktivisten und auch sicherlich keine Landschaftsgärtner. Sie müssen mit ihren Tätigkeiten auch Geld verdienen. Land- und Forstwirtschaft ist ein Beruf, und zwar einer der schönsten, den es gibt, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Die Bäuerinnen und Bauern arbeiten hart und decken mit ihrer Arbeit die Tische von allen Steirerinnen und Steirern. Und von ihnen bekomme ich tagtäglich, und das können Sie mir glauben, ein sehr direktes, ehrliches Feedback was unsere Arbeit in der Steiermark angeht, wie sich die Marktsituation darstellt und wo vor allem die Probleme liegen. Sie sprechen mit mir natürlich als ehemalige Europaabgeordnete genauso über die Entwicklungen auf europäischer Ebene. Und hier ist die ganze Meinung der steirischen Bauernschaft eindeutig und klar und deckt sich auch mit meiner Linie. Wir haben ein notwendiges Maß an Auflagen, Kontrollen, Dokumentationspflichten und Bürokratie längst überschritten. Und man möge mir bitte einen Betrieb zeigen oder vorstellen, der noch mehr fordert, mehr an Dokumentation. Ich bin gern bereit den aufzusuchen. Unsere Bäuerinnen und Bauern können immer weniger Zeit für ihre eigentliche Arbeit und Leidenschaft aufwenden, denn sie sind zu oft durch die vielen

Auflagen an den Schreibtisch gefesselt. Und dem möchten wir als Land Steiermark entgegentreten, indem wir in unserem Rahmen, unserer Möglichkeiten Bürokratie abbauen und uns proaktiv in laufendem Diskurs zu Bürokratievereinfachungen natürlich auch auf europäischer Ebene einbringen. Wie Sie aber sicherlich alle wissen, haben die meisten Auflagen in der Landwirtschaft ihren Ursprung in Brüssel, was uns zum eigentlichen Thema bringt. Den Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur. Das klingt natürlich fantastisch. Und niemand, Kollege Lackner, niemand ist gegen eine vitale Umwelt oder eine intakte Natur. Am wenigsten wir Landwirtinnen und Landwirte. Denn wir sind es, die tagtäglich in und mit der Natur leben. Daher haben wir auch das allergrößte Interesse an einer intakten Umwelt und natürlich einem stabilen Klima und die Bäuerinnen und Bauern handeln auch dementsprechend. Die steirischen Bäuerinnen und Bauern sind bereits europaweit Vorbilder, was den Klima- und Umweltschutz angeht. Von der Alm- und Weidewirtschaft bis hin zum Ackerbau folgen wir höchsten Qualitäts-, Umwelt- und Klimastandards. Und in der Forstwirtschaft sind wir mit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung absolute Spitzenreiter. *(Beifall bei der ÖVP)* Und ich glaube, wir können zu Recht behaupten, dass wir mit unseren kleinen, familiengeführten Betrieben, mit unseren modernen Bewirtschaftungsmethoden und dem großen Know-how, mit dem unsere Land-, Forst- und Energiewirte ihre Arbeit verrichten, im absoluten Spitzenfeld liegen. Das zeigen nicht nur die Zahlen zu unserem höchst erfolgreichen Agrarumweltprogramm ÖPUL, das wir im Rahmen der GAP anwenden. Dieses Jahr haben wir rund 15.700 steirische Betriebe, die am Umweltprogramm teilnehmen. Das sind 71 % aller Betriebe. Man sieht, unsere heimischen Landwirtinnen und Landwirte werden ihrer Verantwortung der Umwelt gegenüber mehr als gerecht. Ich möchte aber noch auf eine weitere Tatsache hinweisen, weil ich bereits auf die überbordenden bürokratischen Auflagen für die Land- und Forstwirtschaft eingegangen bin. Wer von Ihnen weiß, wie viele Rechtsnormen es bereits in der Europäischen Union gibt, die nur Renaturierungsmaßnahmen vorschreiben? Es sind jetzt schon bereits 23 – 23 Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien, die bereits Maßnahmen zur Renaturierung und zur Steigerung der Biodiversität regeln. Jetzt können wir natürlich noch Nummer 24 oder noch ein weiteres auf den Weg bringen. Das ist aber ganz sicherlich nicht mein Zugang, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich will weniger Bürokratie und nicht mehr. Und ich glaube, da steht die steirische Landwirtschaft nicht alleine da, denn dieser Wunsch wird über alle Wirtschaftssektoren – von der Pflege bis zum Gewerbe hin – geäußert und gefordert. Wir schwächen Europa und wir lagern die Produktion in Drittstaaten aus. Erlauben Sie mir noch auf einen letzten Punkt einzugehen, den

ich auch in dem Brief an die Europaabgeordneten angesprochen habe. Die EU-Kommission selbst schätzt, dass sich die Folgekosten der Wiederherstellungsverordnung auf unglaubliche 154 Milliarden Euro belaufen sollen. Ich wiederhole das gerne noch einmal: 154 Milliarden Euro. Das ist ungefähr 20-mal so viel wie das gesamte steirische Budget, mit dem wir von den Kindergärten bis zu den Ärztinnen und Ärzten, unseren Mitarbeitern, umfassenden Wohnbaumaßnahmen für leistbares, nachhaltiges und hochwertiges Wohnen und noch viel mehr bezahlen müssen – 20-mal so viel. Und wissen Sie, welchen Vorschlag der aktuelle Gesetzentwurf zur Finanzierung dieser unvorstellbaren Summe bietet? Nein, das stimmt nicht. Denn, es ist kein Wunder, es gibt keinen Finanzierungsplan. Und ich glaube, dass ich als verantwortliche Landesrätin das Recht, ja, sogar die Pflicht habe, Stopp zu sagen. Das sollten wir nicht beschließen. Denn sonst werden es vielleicht am Ende des Tages ja wieder unsere Bäuerinnen und Bauern sein, die Land- und Forstwirtinnen und -wirte, die dann die Zeche zahlen müssen. Aber das wissen wir ja aus heutiger Sicht noch nicht. Und das kann ich gerade bei der aktuell so schwierigen und herausfordernden Marktlage, die unseren heimischen Familienbetrieben ohnehin schon mehr als zu schaffen machen, ganz sicher nicht hinnehmen und das werde ich auch nicht hinnehmen, geschätzte Damen und Herren. Unsere heimischen bäuerlichen Familienbetriebe sind ein Segen und wir haben sie zu unterstützen. Sie wirtschaften unter den höchsten Nachhaltigkeitsstandards, sie produzieren hochwertigste Lebensmittel, sie pflegen unsere Naturlandschaften und sie achten auf die Biodiversität, das Tierwohl und spielen eine sehr wichtige Rolle im ländlichen Raum als Wirtschaftsfaktor, aber auch als Bewahrer der bäuerlich-ländlichen Lebensart. Und wenn in Brüssel Gesetze auf den Weg gebracht werden, deren Unausgewogenheit himmelschreiend ist und dabei auch noch ihr eigentliches Ziel verfehlen, dann werde ich mich tatkräftig in die Debatte einbringen – gestern, heute und auch morgen. Und bei diesem Gesetzesvorschlag bei allen kommenden, egal, ob die Überschrift einfach nur gut klingt oder nicht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und nun zu Ihren Fragen.

Antwort 1: Wie ich bereits in meinen Ausführungen dargelegt habe, bekenne ich mich, ebenso wie die steirische Land- und Forstwirtschaft, zu einem umfassenden und praxistauglichen Klima- und Umweltschutz.

Antwort 2 bis 4: Ja, in gemeinsamen Beratungen mit den politischen Agrarspitzen des Landes wurde dies als Notwendigkeit erkannt und in meiner Ressortverantwortung umgesetzt.

Antwort 5 und 6: Die Steiermark zeichnet sich durch ihre Vielfalt von unterschiedlichen Ökosystemen aus. Damit ist unser Bundesland ein Hotspot der biologischen Vielfalt und das

soll auch so bleiben. Um diese Vielfalt erhalten zu müssen, müssen wir unseren Bäuerinnen und Bauern aber die richtigen Rahmenbedingungen und Instrumente bieten und sie unterstützen. Wo Schafe, Rinder und Pferde auf den Weiden grasen, ist die Biodiversität gewährleistet. Weideflächen auf unseren Almen etwa beherbergen zwischen 50 und 60 % der Pflanzenarten. Das ist gelebte Biodiversität in der Praxis, die es zu schützen gilt. Ich möchte unsere Bäuerinnen und Bauern bestmöglich unterstützen, damit sie diese aufwendige Bewirtschaftung, etwa der Almflächen, auch weiterhin auf sich nehmen können, um nur ein Beispiel zu nennen. Denn wenn unsere Bäuerinnen und Bauern mit der Bewirtschaftung ihrer Wiesen und Weiden aufhören, dann gehen wertvolle Lebensräume für Fauna und Flora für immer verloren.

Antwort 7: Die Teilnahme von mehr als 70 % der steirischen Betriebe am Agrarumweltprogramm ÖPUL zeigt ganz deutlich, dass Umwelt- und Naturschutz ein ganz großes Anliegen für die steirische Land- und Forstwirtschaft ist. Mit dem Agrarumweltprogramm im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik werden seit Jahren biodiversitätsfördernde Bewirtschaftungsformen unterstützt. In der GAP 23 bis 27 stehen nun 570 Millionen Euro pro Jahr für freiwillige Umweltleistungen den Landwirtinnen und Landwirten zur Verfügung und diese werden auch in der Steiermark sehr gut angenommen. Die Biodiversitätsflächen wurden bisher von 150.000 Hektar auf 230.000 Hektar ausgeweitet. Darüber hinaus werden Leistungsabgeltungen, die Direktzahlungen, an Landwirtinnen und Landwirte grundsätzlich nur gewährt, wenn im Rahmen der Konditionalität bestimmte Anforderungen eingehalten werden. Diese zielen auf unterschiedliche Bereiche ab wie den Schutz und die Anpassung an das Klima, den Schutz natürlichen Ressourcen Wasser, Boden und Diversität, Lebensmittelsicherheit oder die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln.

Ein ganz zentrales Element sind darüber hinaus die GLÖZ-Standards, die eine Mindestanforderung an die landwirtschaftliche Bewirtschaftung darstellen, um die Flächen, aber auch die natürlichen Ressourcen in einem guten ökologischen Zustand zu erhalten wie z.B. Dauergrünlanderhalt, Pufferstreifen entlang der Wasserläufe, Erosionsschutz, Anbaudiversifizierung, Fruchtfolge, Bracheflächen, Düngeobergrenzen. Allein im Jahr 2023 konnte österreichweit ein Anstieg um 60.000 Hektar auf 210.000 Hektar an Biodiversitätsflächen im Rahmen des ÖPUL verzeichnet werden. Darüber hinaus haben wir knapp 4.000 Biobetriebe in der Steiermark. Diese bewirtschaften etwa 12.500 Hektar Biodiversitätsflächen auf Grün-, Land- und Ackerflächen. Eine natur- und klimaschonende

Bearbeitung der landwirtschaftlichen Flächen soll dabei u.a. zur Verbesserung, Erhaltung und Stärkung der Biodiversität und biologischen Vielfalt führen. Durch die Maßnahmen umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung dem UBB-Verfahren verpflichten sich die Programmteilnehmerinnen und Teilnehmer zu Maßnahmen wie dem Erhalt von Landschaftselementen durch Bäume, Hecken, Trockensteinmauern oder zur Anlage von Biodiversitätsflächen. Neben dem ÖPUL kann auch das Vertragsnaturschutzprogramm, das BEP, in der gesamten Steiermark genützt werden. Auch hier steht die Stärkung der Biodiversität und biologischen Artenvielfalt im Mittelpunkt, indem man extensiv bewirtschaftete Flächen erhalten und verbessern möchte. Knapp 2.000 Kilometer Fließgewässer wurden in den letzten Jahren ökologisch saniert bzw. werden in Angriff genommen. Das sichert und erhöht die Artenvielfalt in den steirischen Flüssen und Bächen ebenso wie die ökologische Sanierung von knapp 500 Wasserkraftanlagen bis zum Jahr 2027. Darüber hinaus wird mittels des Vertragsnaturschutzprogramms Natura 2000 der Lebensraum und Artenerhalt der EU-gelisteten Schutzgüter in unseren steirischen Europaschutzgebieten unterstützt. Und auch wird durch zahlreiche ELA-Projekte das Ziel verfolgt, Lebensräume und Arten für die Zukunft zu erhalten. Und bei einigen dieser Projekte spielen darüber hinaus die Bewusstseinsbildung und die naturschutzfachliche Aufklärung eine ganz große Rolle. Ein langfristiges Umdenken in unserer Gesellschaft soll bewirkt und die Sensibilität für die Erhaltung der Artenvielfalt und den Schutz unserer Lebensräume geschärft werden. Auf Basis des hoheitlichen Schutzes weist die Steiermark gegenwärtig 134 Natur- und 61 Europaschutzgebiete auf, wodurch die Stärkung der biologischen Artenvielfalt dauerhaft forciert wird. Ebenso gibt es in der Steiermark mit den Wasserschutzbauern ein Bündnis für den Humusaufbau und die Kreislaufwirtschaft. In diesem Projekt wird den Landwirtinnen und Landwirten fachlicher Input aus Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt, um die kostbare Ressource Wasser zu schützen. Landwirtinnen und Landwirten wird Saatgut für artenreiche Blühwiesen zur Verfügung gestellt, um die heimische Artenvielfalt der Insekten zu unterstützen. Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, wir können hier bereits auf ein ganz breites Bündel an positiven Maßnahmen verweisen. Ich könnte jetzt noch unendlich aufzählen, das würde aber unseren Rahmen sprengen. Sie haben gesagt, Herr Kollege, wir sollen von den positiven Dingen reden. Die finden schon statt und darauf können wir stolz sein.

Zur Beantwortung der Frage 8: Indem wir heimische, familiengeführte und kleinstrukturierte Land- und Forstwirtschaft ihre Arbeit machen lassen, statt diese durch unausgegrenzte

Gesetzesinitiativen in Anbetracht der vielen Krisen ständig weiter unter Druck zu setzen und mit bürokratischen Aufgaben zu beschäftigen. Darüber hinaus haben wir ebenfalls im vergangenen Jahr das steirische Grundverkehrsgesetz verschärft, um den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen hintanzuhalten und die Grundlagen für leistungsfähige land- und forstwirtschaftliche Betriebe entsprechend den strukturellen und natürlichen Gegebenheiten des Landes erhalten und auch stärken zu können. Und im Übrigen – zum Schluss – sind wir das einzige Bundesland Österreichs, das flächendeckend landwirtschaftliche Vorrangzonen zum Schutz ausgewiesen hat. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.44 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Frau Landesrätin für die Beantwortung. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Als Erster am Wort ist Herr Abgeordneter Andreas Lackner.

LTAbg. Andreas Lackner – Grüne (14.44 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ja, ich habe, irgendwie war jetzt meine Dringliche nicht unbedingt eine Einladung. Hier bräuchte ich - wie von einem Prospekt herunter zu lesen, also, mir ist es irgendwie so vorgekommen. *(KO LTAbg. Riener: „Aus der Praxis berichtet!“)*. Ich hatte nicht das Gefühl, dass Sie jetzt da eine ehrliche Diskussion wollen. Warum geht es mir? Mir geht es darum, dass wir diese Chance neu begreifen. Dass wir jetzt eine Chance haben für unsere Bäuerinnen und Bauern, auch ein neues Einkommensfeld zu schaffen und dass diese, und ich habe es ein paar Mal gesagt, die Landwirtschaft kann ganz viel dazu beitragen, dass wir im Klimaschutz weiterkommen. Und, man muss das einmal beginnen, anders zu denken. Man muss genau diese Ausgangslage dazu nutzen, um positiv für die Bäuerinnen und Bauern etwas herauszuholen. Was Sie gesagt haben, war mehr oder weniger: „Wir machen alles super. Alles ist gut. Wir sind super. Die EU ist schlecht.“ Und, so wird das nicht funktionieren. Also, das ist, da höre ich keine neue Strategie heraus. Sie haben kein Wort zum Höfesterben gesagt. Sie haben kein Wort zum Flächenfraß gesagt. Und, wenn ich mit unseren Bäuerinnen und Bauern rede, habe ich nicht das Gefühl, dass alles super ist. *(Beifall bei den Grünen)* Man kann sozusagen, die schlechte Stimmung in der Bauernschaft *(KO LTAbg. Riener: „Mit*

Verboten und Einschränkung wird es auch nicht besser.“) natürlich dorthin lenken, um zu sagen, die in Brüssel sind schuld. Das kann man machen. Aber das wird uns nicht weiterbringen. Wir müssen selber versuchen, für die Bäuerinnen und Bauern zeitgemäß etwas rauszuholen und nicht weiter in alten Bahnen verharren. Danke. (Beifall bei den Grünen – 14.46 Uhr)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Hubert Lang.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (14.47 Uhr): Danke, Herr Präsident! Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Lackner von den Grünen hat eine wichtige Dringliche Anfrage gestellt und es ist eine Gelegenheit, manche Dinge wieder ins rechte Lot zu rücken. Wir haben heute den Landespatron gefeiert, den Beschützer der Steiermark. Unser Kollege Lackner, du hast die Österreichische Volkspartei und den Bauernbund hier namentlich erwähnt im Zusammenhang mit den Bäuerinnen und Bauern. Die Österreichische Volkspartei und der Bauernbund ist auch, wenn es um den Schutz der bäuerlichen Zukunft geht, ein wichtiger Faktor in der Vergangenheit und in Zukunft und wir halten unsere schützende Hand über unsere Bäuerinnen und Bauern, wenn es um eine erfolgreiche Zukunft geht – das vielleicht zur Einleitung. Lieber Kollege Lackner, du hast vieles angeführt, was auch durchaus richtig ist. Es gibt Betriebe, die ihre Produktion aufgeben. Das hat es in der Vergangenheit die letzten 100 Jahre seit Peter Rosegger, der „Jakob der Letzte“ geschrieben hat, bitte nachzulesen, auch schon immer gegeben. Aber natürlich ist es unsere Sorge, dass die Betriebsaufgabe schwer zu stoppen ist und das hat schon auch Gründe. Und du hast einige davon angeführt. Ob das für Junge noch interessant ist, wirtschaftlich erfolgreich zu sein, Existenzen für die Familie abzusichern, in der landwirtschaftlichen Produktion braucht es diese Rahmenbedingungen, die du angesprochen hast. Praxistaugliche Rahmenbedingungen, die auch längerfristig eine Planbarkeit darstellen für unsere Betriebe, überhaupt für unsere Jungübernehmer. Und das ist eine Grundvoraussetzung, um auch die Chancen und Möglichkeiten so darzustellen, dass diese Existenzen auch gesichert sind. Und meine Damen und Herren, eines ist außer Streit. Wenn es um Versorgungssicherheit geht, ist auf unsere Bäuerinnen und Bauern Verlass. Wir haben das in der Pandemie gesehen. Wir haben das in der Vergangenheit gesehen und unsere Herausforderung ist es, dass wir auch das in Zukunft sicherstellen. (LTAbg. Schönleitner:

„Auf die Bauern, ist eh Verlass.“) Lieber Freund, Herr Kollege Lambert Schönleitner. Wir haben des Öfteren hier diskutiert praxistaugliche Rahmenbedingungen und die Frau Landesrätin hat es ausgeführt. Wenn wir seitens der EU mit neuen Vorgaben konfrontiert werden, die unsere Existenz im Eigentumsrecht gefährden, die unsere Existenz in Zukunft, was Planbarkeit, was Bewirtschaftung betrifft – Schlagwort „Nutzung des Waldes“, Schlagwort „Pflanzenschutz“ – können wir unsere Produkte noch absichern. Ihr wisst es, Erdäpfel waren noch oder Kartoffeln war das letzte Mal das Thema. Wenn wir keine praxistauglichen Rahmenbedingungen, keine praxistauglichen Möglichkeiten einer Planbarkeit für unsere jungen Familien garantieren können, dann werden wir schwer es verhindern können, dass Betriebe ihre landwirtschaftliche Produktion aufgeben. Meine Damen und Herren, Versorgungssicherheit bedeutet Lebensmittel für die Steirerinnen und Steirer und das können unsere Bäuerinnen und Bauern liefern. Ihr wisst es genau, die Grundnahrungsmittel der Bevölkerung liefern unsere Bäuerinnen und Bauern. Nur sind wir teilweise an der Grenze, gerade bei der Schweineproduktion. Hier gibt es wieder neue Diskussionen zum Thema Tierwohl. Auch immer wieder aus dieser Richtung angestrebt und immer wieder neu zur Diskussion gestellt. Unsere Bäuerinnen und Bauern liefern Lebensmittel. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind auch, was das Thema Klimaschutz betrifft, ein großer Teil der Lösung. Und das Thema Energiewende, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines der wichtigsten Zukunftsthemen, weg vom Verbrennen, von fossiler Energie hin zu nachhaltiger Energie ist entscheidend von der Landwirtschaft abhängig. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, was das Thema Biomasse betrifft, aktive Waldbewirtschaftung, Biomasse auch nachhaltig zu nutzen. Meine Damen und Herren, Sie wissen, wir haben das des Öfteren diskutiert, Sonnenenergie zu nützen. Die Landwirtschaft, die Grundbesitzer mit ihrer Verantwortung als Energielieferant ein wichtiger Bestandteil in Zukunft, um diese erneuerbare Energie auch sicherzustellen. Das Thema Biogas eines der wichtigsten Zukunftsthemen hängt auch mit der Bewirtschaftung der Landwirtschaft zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Teil zum Thema Klimaschutz in Zukunft, neue Chancen für unsere Betriebe, nur brauchen wir die praxistauglichen Rahmenbedingungen. Es ist einfach nicht tragbar, wenn die EU die Biomasse als nicht nachhaltig bewertet – komplett unverständlich. Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum wir unseren Wald - 60 % unseres Landesgebietes ist Waldfläche – warum wir die Waldbewirtschaftung einschränken sollen. Ein aktiver Wald bindet CO₂. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ) Alle diese Möglichkeiten sind wissenschaftlich belegt. Es ist

keine Erfindung des Bauernbundes oder der bäuerlichen Vertretung. Meine Damen und Herren, eine sachliche Diskussion, nicht nur auf NGO's-Ebene, sondern eine breite fachliche Diskussion, um Versorgungssicherheit mit Lebensmittel, mit Energiebereitstellung, aber auch die Grundlage für den Tourismus muss möglich sein. Liebe Freunde, schauen wir, fahren wir durch diese Steiermark mit offenen Augen. Lieber Kollege Lackner oder meine lieben Freunde, bei allem Respekt, Freunde der grünen Bewegung, entweder habt ihr die Augen zu, wenn ihr durch die Steiermark fährt oder ihr wollt es nicht sehen. Diese Steiermark, diese grüne Steiermark ist das gepflegteste Bundesland und das schönste Bundesland, wenn man mit offenen Augen durch dieses Land fährt. Also, mir ist es noch nie aufgefallen, dass unsere Gegend nicht gepflegt ist und das machen unsere Bäuerinnen und Bauern. Diese Kulturlandschaftspflege ist Grundlage unserer erfolgreichen Tourismusentwicklung. Und es gebührt auch unseren Bäuerinnen und Bauern ein großes Danke für diese Arbeit für den steirischen Tourismus, aber auch für die Biodiversität in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und, weil Sie diesen Brief angesprochen haben, die Frau Landesrätin hat es eh schon ausgeführt. Einen ähnlichen Brief gibt es in ganz Europa, wo schwerste Bedenken gegen diese Renaturierungsverordnung geäußert worden sind, auch in Deutschland, auch unterschrieben von den Ländern. Meine Damen und Herren, wenn wir nicht wissen, wer die 154 Milliarden Euro bezahlt, erfreulicherweise nicht aus den GAP-Mitteln, aber wir wissen es nicht, wer 154 Milliarden Euro in Zukunft aufbringt. Ob das neue Belastungen der Mitgliedsstaaten von sich oder hervorruft, ob wir als Bund, als Mitgliedsstaat zusätzliche, schon jetzt als Nettozahler, Mittel aufbringen müssen. Wir wissen nicht, ob unser Land, unser Bundesland zusätzliche Mittel aufbringen muss. Wir wissen nicht, ob unsere Bäuerinnen und Bauern zusätzliche Mittel aufbringen müssen und es ist ein Gebot der Stunde, bevor nicht die offenen Fragen geklärt sind, vorher Stopp zu sagen, um endgültig dann entscheiden zu können, jawohl, jetzt ist es tragbar oder nicht. Ich habe sehr vermisst eine Ministerin Gewessler, die sich einer Stimme enthält. Es ist eine gelebte Demokratie, wenn die Bundesländer einen Beschluss fassen und sie sich dazu äußert. Die Demokratie ist zu akzeptieren, ich habe eine andere Meinung, muss aber die demokratische Entscheidung mittragen. Hätte mich sehr gefreut und hätte meinen Respekt verdient. Aber eine Stimmenthaltung einer Ministerin ist keine Meinung. Das hat mich bitter enttäuscht, muss ich ehrlich sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, die Zukunft der Landwirtschaft, die Zukunft der steirischen Bäuerinnen und Bauern ist vor großen Herausforderungen. Ich bitte schon um sachliche Diskussion, um gemeinsame Arbeit für praxistaugliche

Rahmenbedingungen auch in diesem Haus. Steirisches Glückauf und herzlichen Dank.
(*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.57 Uhr*)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, als Nächster am Wort ist der Abgeordneter Albert Royer.

LTabg. Royer - FPÖ (14.57 Uhr): Ja, danke, Herr Präsident! Herr Landesrat, Frau Landesrätin, Hoher Landtag!

Ich habe mir gestern noch einmal die Mühe gemacht, wie ich mich auf diese Rede kurz vorbereitet habe, dass ich mir meine eigenen Umweltschutzauflagen am eigenen Betrieb noch einmal angeschaut habe, damit mir dann im Laufe der Rede niemand unterstellen möge, dass ich gegen den Naturschutz bin. Wie gesagt, auf meinem Betrieb schaut es so aus, ich habe etliche ÖPUL-Maßnahmen trage ich mit und setze auf meinem Betrieb um. Ich habe z. B. die umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung, dann haben wir die Einschränkung für ertragssteigende Betriebsmittel, dann haben wir den Humuserhalt und Bodenschutz auf umbruchsfähigem Grünland, dann habe ich eine reine Naturschutzfläche auf meinem Betrieb und Tierwohlmaßnahmen. Das einmal nur zur Einleitung. Zu dem Schreiben muss ich sagen, was da angesprochen worden ist vom Kollegen Lackner: Gratulation, das war richtig, dass die Simone Schmiedtbauer das unterschrieben hat. Vor allem der zentrale Satz ist da auf der Seite 2: „Es ist die Gefahr eines massiven Eingriffs in das Eigentumsrecht.“ Und das kann ich nur voll inhaltlich unterstützen. Da hat die Frau Landesrätin einmal das Richtige getan. Über das Bauernsterben können wir vielleicht ein anderes Mal wieder ausführlich diskutieren, würde vielleicht da den Rahmen sprengen. Natürlich läuft nicht alles gut. Natürlich ist die Stimmung auch nicht gar so gut bei der Bauernschaft. Aber das hat jetzt aus meiner Sicht relativ wenig mit Naturschutz zu tun. So, und jetzt zum kritischen Teil meiner Rede. Das Hauptproblem ist natürlich dieser Green Deal in Brüssel, in der EU. Unser steirischer Europaabgeordneter, der Georg Mayer, sagt ja immer, er sagt nicht Green Deal, er sagt immer nur Green Desaster. Es ist wirklich ein grünes Desaster, was da draußen abgeht. Ein Renaturierungsgesetz ist schon angesprochen worden. Zum Green Deal insgesamt, wir lehnen das natürlich voll inhaltlich ab. Das ist vollkommen klar, wenn wir auf Seiten von den Bauern und den Bäuerinnen stehen, dann muss man diesen grünen Deal da draußen wirklich voll inhaltlich ablehnen, weil es so massiv eingreifen probiert in die einzelnen Betriebssparten, in die Bereiche. Und ein Renaturierungsgesetz ist angesprochen worden. Es

ist halt traurig, es hat eben diese finale Abstimmung gegeben, wo 329 doch leider dafür waren im Europaparlament und nur 275 dann dagegen gewesen sind. Und wenn man sich das jetzt für die österreichischen EU-Abgeordneten anschaut, dann darf ich noch einmal Danke sagen bei unseren drei, beim Roman Haider, beim Harald Vilimsky und beim Georg Mayer, weil die haben dankenswerterweise dagegen abgestimmt. Die haben sich da draußen richtig verhalten. Völlig unverständlich ist bei den Grünen z. B. der Thomas Weiz, der hat mit voller Begeisterung für diese Renaturierungsverordnung gestimmt. Überhaupt nicht nachvollziehbar. Aber das muss er mit ihm selber ausmachen. SPÖ, Grüne und NEOS, wie gesagt, auch dafür gestimmt draußen, also eigentlich gegen unsere Interessen. Renaturierungsgeschichte, wir wissen ja da noch gar nicht, was da wirklich auf uns zukommt. Wir haben im Ennstal oben sehr viele Ennswiesen, ich weiß die Hektar jetzt nicht auswendig, aber es ist eine großflächige Angelegenheit. Die haben sie vor allem nach dem Krieg, Anfang 50er Jahre, was ich weiß, sehr mühsam mit sehr viel Materialaufwand entwässert. Da haben sie jede Menge Drainagen reingelegt, Vorfluter angelegt, wird das Wasser abgeleitet, dass diese Wiesen jetzt auch voll bewirtschaftbar sind, dass man sie auch dreimal mähen kann, dass man Erträge herauswirtschaften kann. Wenn man jetzt diese Vorfluter z. B. nicht mehr pflegen dürfte und man muss das wieder versumpfen und versauern lassen, wäre eine Katastrophe. Das würde aber der Versorgungssicherheit insgesamt im Land nicht guttun, weil, wie gesagt, das sind wertvolle Flächen momentan in der landwirtschaftlichen Nutzung. Wir wissen aber noch nicht genau, wer da betroffen ist. Also, wahrscheinlich fängt man an mit den Natura 2000 Flächen, mit den bereits bestehenden Naturschutzflächen, bisschen aufpassen muss man, die Kammer ist momentan unterwegs, die Bauernkammer und versucht noch Bauern neu in den Vertragsnaturschutz hineinzulocken, weil genau das dann die Flächen sein werden, die dann hergenommen werden für die Renaturierung. Am Ende des Tages muss Österreich einen bestimmten Prozentsatz in Brüssel melden. Wenn wir das nicht machen, dann werden wir ein Vertragsverletzungsverfahren kriegen und Strafe zahlen müssen. Also wird dann vorher die Beamtenschaft wieder kurbeln und versuchen, dass wir die Prozentsätze zusammenbringen. Aber wie gesagt, das auf Kosten von unseren Bauern, von unserer Bewirtschaftung. Und wir wissen ja gar nicht, wen es da wirklich trifft. Andere Geschichte, was sowieso bei allen das Blut in Wallung bringt, der Hubert hat es ausgeführt. Wald außer Nutzungsstellung, das ist komplett hirnrissig, muss ich sagen, was die da draußen beschlossen haben. Völlig kontraproduktiv, wir sind ein Waldland, wir haben eine große Wertschöpfungskette, große Sägewerke bis hin zum Tischler, Veredelungswirtschaft,

Holzhäuser wird sehr viel Holz eingesetzt. Dann haben wir momentan auch das Problem mit dem Borkenkäfer. Wir haben viele Nebenerwerbsbauern, die wenig Zeit im Wald verbringen, weil es sich zeitmäßig einfach nicht ausgeht. Wir wären froh, wenn die Waldpflege noch aktiver betrieben würde. Eigentlich müsste man in die andere Richtung denken. Gesunde Wälder haben wir, wenn eine Dickungspflege gemacht wird, wenn eine Waldpflege betrieben wird und nicht, wenn man das außer Nutzung stellt und wenn das gesetzlich verordnet wird, dass man das außer Nutzung stellt, fehlt wahrscheinlich auch jegliche Motivation, dass man dann die Restfläche noch irgendwie vernünftig bewirtschaftet. Überhaupt das Ganze erinnert ja an einen Kommunismus, das muss man auch sagen, wenn mir vorgeschrieben wird, welchen Teil von meinem Wald, den ich nicht mehr bewirtschaften darf. Das ist ja eigentlich unglaublich, die ganze Vorgehensweise. (*Beifall bei der FPÖ*) Eines muss ich noch dazu sagen: Über all diese Themen haben wir vor zwei Wochen in Brüssel sehr intensiv diskutiert, weil ich Teil einer Delegation sein haben dürfen der freiheitlichen Bauernschaft, wo wir uns z. B. mit dem früheren Landwirtschaftsminister André Ruprechter getroffen haben, der in einer Spitzenbeamtenfunktion jetzt draußen tätig ist, haben wir das auch alles im Detail diskutiert. Und eine Geschichte möchte ich auch noch dazu sagen, weil die Bürokratie angesprochen worden ist, was man auch kritisch sieht mittlerweile. Es gibt, glaube ich, keine Berufsgruppe, die so intensiv überwacht wird wie die Bauern und die Bäuerinnen. Wir haben ja natürlich im Großen und Ganzen nichts zu verbergen oder sowieso nichts zu verbergen, aber lustig ist trotzdem nicht, wenn der Satellit alle drei, vier bis fünf Tage darüber fliegt und ein Foto macht vom eigenen Betrieb. Wir haben eben diese Nutzungseinschränkungen mit den Blühstreifen z. B., finde ich in Ordnung. Blühstreifen, d.h. 7 % der Mehrfläche dürfen erst später gemäht werden. 5 % würde wahrscheinlich ausreichend sein, also ein bisschen zu viel. Grundgedanke ist gut, weil es auch für die Bienen gut ist, wenn der Streifen stehen bleibt und nicht alles sehr früh gemäht wird und nicht sehr oft gemäht wird, nur, dass dann der Satellit drüber fliegt, alle drei, vier Tage ein Foto macht und mittlerweile schon KI-gestützte Systeme das Ganze überwachen und dann die Fehlermeldung und die Sanktion rausschmeißen. Das ist nicht wirklich lustig für die Bauernschaften. Wir werden eigentlich von der Früh bis in die Nacht neben der ganzen Arbeit mit Bürokratie noch traktiert. Und die Bauern sind seit Generationen gewohnt, dass sie mit Begeisterung für relativ wenig Geld arbeiten, aber die Begeisterung verlieren sie vor allem mit so Maßnahmen. Und was das Green Deal, sprich Green Desaster angeht, wir hoffen sehr stark darauf, dass es in vielen Ländern gleichzeitig einen Umschwung bei den EU-Wahlen im Juni gibt und dass man dann

dieses ganze Desaster noch einmal rückgängig machen kann. Danke für die Aufmerksamkeit.
(*Beifall bei der FPÖ – 15.06 Uhr*)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Lackner.

LTAbg. Andreas Lackner – Grüne (15.06 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich möchte ein bisschen darauf eingehen, was mein Kollege, der Hubert Lang gesagt hat. Hubert, ich möchte ein Thema herausgreifen, nämlich, den Wald und die Biomasse. Da haben wir etwas erlebt, was für mich exemplarisch ist. Red III, und wieder war die jetzige Landesrätin damals EU-Abgeordnete Simone Schmiedtbauer da ganz aktiv. Was ist passiert in der Steiermark? Es ist mehr oder weniger erzählt worden, dass das Heizen mit Holz verboten werden soll. (*Unverständlicher Zwischenruf*) Und, ja, aber gedreht worden ist es so und ja, das kann man schon machen, aber das war wirklich schon faktenbefreit und das war schon Richtung Fake News, ja. (*Beifall bei den Grünen*) Aber mir geht's um was anderes, Hubert. Mir geht's um ganz was anderes. In der Regel ist es so, wir haben in Österreich und in der Steiermark wirklich noch eine kleinstrukturierte familiäre Landwirtschaft. Das ist gut so und da sind wir uns einig, das wollen wir eigentlich alle erhalten. In vielen anderen Ländern in Europa haben die ganz andere Strukturen. Ich kann mich noch gut erinnern, ich war, als ich im Bundesrat war, war ich dort im Landwirtschaftsausschuss und da gab es einen Besuch der tschechischen Delegation von der zweiten Kammer, die haben gar keinen Landwirtschaftsausschuss, das ist dort im Wirtschaftsausschuss und die wollten bei uns unbedingt kleine Betriebe anschauen, weil, das gibt es dort nicht. Die haben auch keine Bauern, die haben nur Landarbeiter und Großgrundbesitzer. Ja, worauf will ich hinaus? Wir haben in Österreich sehr gute Regeln in vielen Bereichen. Und beim Forstgesetz ist es definitiv so. Wir haben ein super Forstgesetz. Und, wenn ich das weiß, wieso bin ich dann dagegen, wenn andere auch Regeln bekommen? Das ist ja nur zum Vorteil von uns. Das ist ja nicht zum Nachteil von uns. Wir konkurrieren ja mit denen. Oder, und der Verdacht liegt dann nahe, werden da andere Interessen verfolgt? Verfolge ich da die Interessen der Sägewerkindustrie, die weiterhin billiges Holz importieren muss, will? (*Beifall bei den Grünen*) Weil, das muss man auch wissen. Wir haben Sägewerkkapazitäten in Österreich und in der Steiermark, die wir mit inländischem Holz gar nicht bedienen können. Und wenn man die Importe billig hält, ist das für unsere Bauern sicher nicht gut. Und kurz noch zum Thema

Wald, zusätzlich noch, du hast einmal versprochen, dass wir Experten hören werden und dass du die einladest. Da warte ich noch drauf. Also bitte, Bundesforschungszentrum vom Wald, falls du dich erinnern kannst.

Ich bringe jetzt unseren Entschließungsantrag ein.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend eine abteilungsübergreifende mit den Abteilungen 10, 13 und 15 beinhaltet eine Arbeitsgruppe „Kulturlandschaftsschutz“ einzurichten, um Landwirtschaft und Naturschutz stärker zusammenzuführen,
2. bis Jahresende 2024 einen Aktionsplan Kulturlandschaftsschutz vorzulegen,
3. den Aktionsplan Kulturlandschaftsschutz mit ausreichend zusätzlichen Fördermitteln zu versehen.

Also wir machen konkrete Vorschläge, das wäre einer davon. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 15.09 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Noch einmal zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Simone Schmiedtbauer. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Schmiedtbauer – ÖVP (15.09 Uhr): Danke vielmals, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Da möchte ich mich jetzt schon noch einmal zu Wort melden. Und zwar gar nicht mehr auf das, was die Fragen bzw. die Beantwortung betrifft, sondern auf das Gesagte, weil der Kollege Lackner begonnen hat mit den Bauernprotesten in Deutschland. Wissen wir, warum die Bauernproteste in Deutschland überhaupt zustande gekommen sind? Wegen der Kürzungen im Agrarbudget, ein Minus von 920 Millionen Euro für die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland. Und wer in der Regierung ist, wissen wir auch, das brauche ich nicht zu erwähnen. Der zweite Grund, warum es zu den Protesten in Deutschland gekommen ist, ist wegen der Auflagen, weil die Landwirtinnen und Landwirte nicht mehr können. Und da kann jetzt in dem Raum niemand sagen, nein, das ist nicht wahr, populistisch oder sonst irgendetwas, denn ich war bei den Protesten in Straßburg und in Brüssel mit dabei. Und ich kann nur allen hier sagen, Verzweiflung pur. Und da haben Menschen geweint, weil sie Angst haben, ihre Existenzen zu verlieren. Deshalb kam es zu den Bauernprotesten in Deutschland. Und zum Thema Höfesterben. Hat sich schon irgendjemand einmal gefragt, warum unsere Höfe sterben oder die Betriebe zusperren? Warum? Weil es den Bäuerinnen und Bauern so

gut geht, weil alles easy cheesy ist und super funktioniert, weil wir Top Preise haben und noch zu wenig im Büro sitzen. Ich kenne keinen einzigen davon. Es wird nicht aus Jux und Tollerei eine Hoftür zugesperrt. Weil, die Land- und Forstwirte, die sind mit einem ganz besonderen Gen ausgestattet. Wir sind auf das stolz, was Generationen vor uns aufgebaut haben, durch Fleiß und harte Arbeit. Und keiner dieser Betriebe gibt das achtlos und leichtfertig auf, weil eigentlich sind wir so gepolt, dass wir den nächsten Generationen etwas weitergeben wollen. Es sind nur die Forderungen nach noch und ständig mehr neue Ideen, Visionen und vieles mehr. Alles ist zu wenig. Und was den Bäuerinnen und Bauern am meisten weh tut, ist, dass sie immer als Klima- und Umweltsünder dargestellt werden. Ihr seid auch draußen. Fragt einmal nach, wie es ihnen geht. Und diese Forderungen, das möchte ich heute einmal explizit sagen, nach mehr und mehr kommen nicht von der ÖVP. Und ich habe heute, weil das Thema war, über das Positive zu berichten, da sind wir einer Meinung, Herr Kollege Lackner. Ich habe nur einen Bruchteil der Punkte aufgezählt, die heute schon für unsere Bäuerinnen und Bauern selbstverständlich sind, die gemacht werden und niemand darüber redet. Kein Mensch sagt danke. Leistungen, die wir für die Allgemeinheit erbringen. Und wir sind nun einmal die Einzigen, die Grund und Boden haben, wo wir auch speichern können. Und für die Zukunft, was Verantwortungsbewusstsein betrifft, wenn ich nicht weiß, welche Flächen betroffen sind, und wenn ich nicht weiß, wie die Finanzierung erfolgen soll, dann wäre es verantwortungslos, nicht zu reagieren - nicht nur im Sinne unserer Landwirtinnen und Landwirte, sondern auch im Sinne der steirischen Landesregierung. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.13 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, am Wort ist die Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl.

KO LTabg. Krautwaschl – Grüne (15.13 Uhr): Ja, danke, Herr Präsident!

Ich wollte diese Worte jetzt doch nicht ganz so pathetisch im Raum stehen lassen, weil es nämlich ganz wichtige Punkte gibt hier aus meiner Sicht in dieser Diskussion, die offenbar sehr bewusst außen vor gelassen worden sind. Weil, liebe Simone, wenn du hier die Dramatik der Situation darstellst, ja, und wie schlimm das alles ist und wie leid dir das alles tut und die Frage tatsächlich stellst, und das ist für mich unglaublich, ja, wer hat das zu verantworten? Weil, so war ja deine Frage. Dann überlegt einmal, wer auch auf EU-Ebene prägend die EU-Förderungspolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten bestimmt hat. Die nämlich, genau

nicht unsere Landwirtschaft unterstützt die kleinstrukturierte, die vielbeschworene, kleinstrukturierte Landwirtschaft, sondern die Agrarindustrie, die es bei uns in der Form gar nicht gibt. (*Beifall bei den Grünen*) Und deswegen braucht ihr endlich den von meinem Kollegen so klar angesprochenen Systemwandel. Ich meine, das gibt es ja nicht, dass das in die Köpfe nicht reingehen kann. ihr könnt ja nicht ernsthaft glauben, irgendwem anderen den schwarzen Peter jetzt, – schwarzen übrigens – Peter zuschieben zu können für die Politik, die ihr seit Jahrzehnten vertreten habt. Das darf ja wohl nicht wahr sein. Und dann zu sagen, und das ist wirklich, das setzt wirklich dem Ganzen die Krone auf, dann zu sagen, wir reden da etwas schlecht. Das ist einfach nur übel. Das ist die Förderpolitik die ihr forciert habt. die nur die Großen und die Agrarindustrie bevorzugt. (*LTAbg. Fartek: „Sandra, du hast keine Ahnung von der Landwirtschaft.“*) Und das ist ein wesentlicher Bestandteil der Probleme, die wir haben. Das ist durch eure Politik erzeugt worden. (*Unruhe bei der ÖVP*) Ja, es ist immer so, wenn man bei euch wunde Punkte trifft, dann regt ihr euch furchtbar auf. Aber, dann bin ich froh, dass das wenigsten noch gelungen ist, euch aus dieser Lethargie im Raum ein bisschen aufzuwecken. (*LTAbg. Fartek: „Das ist nicht lösungsorientiert, was du sagst.“*). Doch, das ist lösungsorientiert. Ich sage dir jetzt gleich eine Lösung, weil auch gesagt worden ist, ja, sie müssen die Menschen in der Landwirtschaft, und bitte mein Kollege ist selbst Landwirt, Andreas Lackner, die Bäuerinnen und Bauern haben so viele Auflagen und müssen so viel tun und diese Leistungen werden nicht bezahlt. Da könnte das Land einen unserer Vorschläge ganz konkret aufnehmen. Das ist der Kulturlandschaftseuro. Habe ich persönlich hier an diesem Redner_innenpult eingebracht. Einen Euro von der Nächtigungsabgabe also erhöhen und damit genau diese wertvollen Leistungen, Simone, diese Leistungen, (*KO LTAbg. Riener: „Wir geben viel Geld aus, damit uns die EU gute Rahmenbedingungen bietet.“*) die die Landwirtinnen und Landwirte erbringen, um die Kulturlandschaft zu erhalten und genau das zu tun, was ihr ja jetzt gelobt habt, was sie tun, um sie dafür jetzt auch zu entlohnen, um ihnen diese wertvolle Leistung abzugelten. Ja, warum machen wir das dann nicht? Das würde sieben Millionen im Jahr bringen. Das könnte man 1:1 den Menschen, (*KO LTAbg. Riener: „Was die EU macht, kostet viele Milliarden.“*) zurückgeben. Ja, und jetzt zu den Kosten. Das ist das nächste. Das regt mich wirklich auf. Also, das regt mich extrem auf, ja. Die Frage: Hat sich wer überlegt, wer soll das bezahlen, dass wir unsere Natur erhalten? Ich meine, hat sich irgendjemand von euch jemals überlegt, (*KO LTAbg. Riener: „Das ist eine Vereinfachung, die so nicht stimmt, Sandra!“*) wer bezahlen soll, wenn wir die Natur weiter so zerstören. Habt ihr euch das überlegt? Habt ihr euch das ausgerechnet? Es gibt

Zahlen schwarz auf weiß, ich schicke es euch dann, ja, ich habe es mir gerade angeschaut, alleine die Ökosystemleistungen nur in den Natura 2000 Gebieten in der EU sind 300 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind Leistungen, die können wir mit nichts auf der Welt bezahlen, ja, mit nichts auf der Welt, und das müsst ihr mir einmal erklären, wer soll denn das bezahlen, wenn wir diese Dinge zerstören, wenn wir nicht sicherstellen, dass unsere Natur so erhalten wird, dass Landwirtinnen und Landwirte in Zukunft davon leben können (*Beifall bei den Grünen*) und wir alle essen können davon. Niemand kann das bezahlen. Weißt du warum nicht Barbara? Weil Beton, Asphalt und Geld kann man nicht essen, kann man nicht. (*KO LTabg. Riener: „Ah, geh!“*) Blöderweise, (*KO LTabg. Riener: „Ah, geh, blöderweise.“*) Ja, und dann bitte, Simone, triff dich doch einmal – trifft euch doch mit den Landwirten und Landwirtinnen (*LTabg. Fartek: „Geh, bitte Sandra, jetzt hör auf! Das ist ein Blödsinn, das ist ja unglaublich.“*) B68, B70, die kämpfen darum, (*Allgemeine Unruhe bei der ÖVP mit unverständlichen Zwischenrufen*) diese Landwirtinnen und Landwirte (*Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Geschätzte Damen und Herren, lassen Sie einmal die Rednerin reden. Melden Sie sich zu Wort. So kann man keine Debatte führen. Danke!“*) Ich gebe zu, ich bin jetzt auch emotional geworden. Ich habe Verständnis, aber man sollte mich vielleicht noch hören im Raum. Diese Landwirtinnen und Landwirte, mit denen wir uns schon öfters zusammengesetzt haben, kämpfen darum, dass sie ihren Grund erhalten dürfen. Was sagt ihr denen? Was sagt ihr denen? (*Unverständliche Zwischenrufe*) Straßen sollen gebaut werden und deswegen, deswegen bin ich so emotional. Weil, ihr wollt immer weitertun wie bisher, weiter Straßen bauen, wo wir schon das dichteste Straßennetz in Europa haben. Die Landwirte sollen enteignet werden. Diese Landwirte, diese Landwirte sollen enteignet werden. (*Unverständliche Zwischenrufe*) Ja, bitte. Habt ihr mit Ihnen gesprochen? Habt ihr mit Ihnen geredet? Habt ihr sicher nicht. Nein, ihr habt ganz sicher nicht mit ihnen gesprochen. Weil, dann wüsstet ihr das. Ja. (*LTabg. Fartek: „Mit fünf betroffenen Landwirten habt ihr gesprochen. Liebe Sandra, Ihr müsst die ganze Wahrheit sehen.“*) Und das, ich glaube, wir werden noch länger hier debattieren. (*Unverständliche Zwischenrufe*) Und das, ja eh, aber ein bisschen Zeit habe ich noch und wir haben eine Dringliche Anfrage, ja, so ein Glück. Ein Glück, Hannes, dass man nicht reden darf in diesem Parlament. Das ist echt ein Glück. Also. Ich glaube das. Und der Andreas Lackner hat es wirklich versucht zu sagen, es geht um eine positive Wende. Es geht darum, aus dem, was möglich ist, Positives abzuleiten. Einen Kulturlandschaftseuro endlich einzuführen. (*KO LTabg. Riener: „Das muss man sich differenziert anschauen.“*) Ja, eh, aber einen Kulturlandschaftseuro einzuführen, der den

Landwirt_innen zugutekommt. *(Beifall bei den Grünen)* Warum machen wir das nicht, Simone? Das wäre Geld, das den Landwirtinnen und Landwirten für ihre Leistungen zugutekommt. Und das ist etwas Positives. Das ist nichts, was gegen die Landwirtschaft gerichtet ist. Das ist für die Landwirtschaft. Ja, also, ganz ehrlich. Wenn ich mir die Argumente, wenn ich mir relativ argumentationslos die Argumente, die da heute gebracht worden sind, anhöre oder anschau, dann sind es einfach immer nur – ist es immer nur mehr vom Gleichen. Es ist nicht diese Wende im systemischen Denken, wie wir in Zukunft unsere Ernährung sicherstellen wollen. Und eines noch, von wegen Kosten. Und eines noch, was der Andreas schon erwähnt hat. 70 % sind in den letzten Jahrzehnten an bestäubenden Insekten ausgestorben, ja, 70 %. Diese Drehfeldstudie haben wir schon öfters hier diskutiert, ja. Und wer soll diese Leistung erstens erbringen und zweitens jemals bezahlen können, wenn wir kein Insekt mehr haben, die unsere Lebensmittel, die Pflanzen, die wir brauchen, die Futtermittel, alles, was wir selber am Teller haben wollen, der das noch bestäubt und damit sicherstellt, dass wir Ernährungssicherheit haben? Ja, all diese Fragen sind leider, leider unbeantwortet geblieben und es ist sehr enttäuschend. Aber wir werden nicht aufhören, Landwirtschaft und Naturschutz zusammen zu bringen und dafür zu kämpfen. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen und KPÖ – 15.21 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, am Wort ist der Abgeordnete Hubert Lang.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (15.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung der Kollegin Sandra Krautwaschl, Klubobfrau, des Andreas Lackner, die zweite Wortmeldung erfordert auch eine kurze Replik. Und lieber Kollege Andreas Lackner, deine zweite Wortmeldung war sehr bemerkenswert. Du hast dir ein Seidel Bier verdient, das gehen wir dann anschließend trinken. Weil, du hast festgestellt und ich habe mir das mitgeschrieben, du hast Besuch aus Tschechien hier in der Steiermark empfangen, weil sie eine kleinstrukturierte, funktionierende Landwirtschaft besichtigen wollten oder wollen und vermutlich auch getan. Also, lieber Herr Kollege Andreas Lackner, du musst deiner Frau Kollegin, Klubobfrau Sandra Krautwaschl, das mitteilen, weil sie verlangt eine Systemänderung. Also, wenn wir hier vor Ort eine funktionierende kleinstrukturierte Landwirtschaft vorfinden, dann ist es notwendig, dass wir diese kleinstrukturierte

Landwirtschaft, ein funktionierendes System, vorbildlich in ganz Europa nicht nur erhalten, sondern auch in deinem Sinne absichern. Das muss unser Ziel sein. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Der zweite Punkt, liebe Sandra, Kulturlandschaftspflege ein Euro. Meine Damen und Herren, wir haben die letzten Jahre seit dem Eurobeitritt immer darum gerungen, dass unsere Landwirte für ihre Tätigkeit Ausgleichszahlungen erhalten. Mitteln aus der Europäischen Union kofinanziert vom Bund und vom Land. Für die Pflege der Kulturlandschaft sind Mitteln zur Verfügung, die unsere Bäuerinnen und Bauern auch erhalten. Auch für besondere Herausforderungen, was Steilflächen betrifft, gibt es Sonderförderungen. Aber liebe Frau Kollegin Krautwaschl, ein großes Thema für uns in der Steiermark und in ganz Österreich ist die Almbewirtschaftung. Und die Almbewirtschaftung ist eines der zentralen Themen, hat auch touristische Auswirkungen, ist eines der arbeitsaufwendigeren Tätigkeiten, weil es mit der Hand schwer zu erledigen ist und man braucht dementsprechend Vieh auf den Almen. Und meine Damen und Herren, es ist schon hoch zu schätzen, wenn die Frau Landesrätin dafür eintritt, dass wir unsere Tiere auf den Almen auch dementsprechend schützen können gegenüber allen Arten von Raubtieren. Das wird eines der entscheidenden Entwicklungen in Zukunft sein, Raubtiere, ob das jetzt Wölfe sind, Schakale sind, dementsprechend regulieren zu können, um eine aktive Almbewirtschaftung mit Tieren, ob das Schafe oder Rinder sind, sicherstellen zu können. Und, es wird dann eine lebhafte Debatte auch hier in diesem Raum geben, wer dann dafür ist, dementsprechend auch für diese Regulierungen eintreten zu können. Und es sind einige Dinge noch angesprochen worden – die Bestäubung, die uns alle natürlich beschäftigt. Ich kann mir lebhaft an die Debatten erinnern - unsere Bienen sterben. Es ist alles dem Untergang geweiht, hatten wir ja lebhafte Debatten - Lambert war damals auch einer der führenden Rhetoriker, was die Zukunft der Bienen betrifft - die Neonikotinoide. *(KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Das Problem haben wir immer noch.“)* Dass wir in Sorge sind, ist allen klar. Dass wir dementsprechend praktikable Maßnahmen brauchen, ist auch allen klar. Dass wir trotzdem Maßnahmen brauchen, um die Lebensmittelversorgung sicherstellen zu können und ihr wisst die Problematik beim Rübenanbau und Kartoffelanbau. Wenn wir sie nicht selber erzeugen können, es hat dann Missernten gegeben, weil dementsprechend kein Schutz möglich war und wir von Importen abhängig geworden sind. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen dann schon mit der dementsprechenden Verantwortung mit Vernunft agieren. Schaffen wir Rahmenbedingungen, um eine Produktion auch in Zukunft zu ermöglichen in unserem Land oder machen wir uns abhängig von Importen. Und, um das abzuwiegen, erfordert Kompromisse, ist mir völlig klar. Aber diese

Problematik ist uns allen bekannt und wir werden noch viele Diskussionen führen um ideologische Sichtweisen. Uns geht es darum, praktikable Rahmenbedingungen, Gesetze und Anwendungen für unsere Landwirte sicherzustellen, damit genau diese kleinstrukturierte Landwirtschaft, die der Kollege Andreas Lackner den Tschechen gezeigt hat, auch für unsere Kinder und unsere Enkelkinder möglich ist. Darum bitte für eine praxistaugliche Landwirtschaft. Steirisches Glückauf und herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.27 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor und ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3796/2, betreffend Landwirtschaft und Naturschutz gehören zusammen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zur

D2: Am Mittwoch, dem 13. März 2024 wurde um 19.00 Uhr von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3801/1, an Herrn Landesrat Werner AMON betreffend **„Politisch gewollter Abfertigungsklau oder Schlamperei in der Lehrpersonalverrechnung? Die Öffentlichkeit verdient volle Aufklärung!“** eingebracht.

Bitte um mehr Aufmerksamkeit. Ich erteile Herrn KO LTAbg. Nikolaus Swatek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (15.28 Uhr): Vielen Dank, Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Steirerinnen und Steirer, sehr geehrter Herr Landesrat Amon!

Ja, wir NEOS wollen hier heute in dieser Sitzung ein Thema holen, bei dem viele Bürgerinnen und Bürger vermutlich nur noch das Kopfschütteln bleibt. Zehn Jahre lang von 2009 bis 2019 wurde seitens des Landes Steiermark zu wenig Beiträge in die Vorsorgekasse

unserer Landeslehrerinnen und Landeslehrer einbezahlt. Ein Fehler, der unserer Landesregierung auch spätestens seit 2019 bekannt ist und dennoch stehen die Betroffenen 7.000 Lehrerinnen und Lehrer, die aktuell um 3,6 Millionen Euro geschädigt wurden, ohne Informationen und ohne eine handfeste Lösung da. Und, sehr geehrter Herr Landesrat, es ist eine Sache, wenn ein Fehler zehn Jahre lang unbemerkt bleibt. Aber, wenn man es dann als Landesregierung fünf Jahre lang nicht schafft, eine Lösung auf den Weg zu bringen, dann muss man hier im Landtag diesem Vorgehen nachgehen und dieses Vorgehen hinterfragen. Vor allem auch dann, wenn, wie medial bekannt ist, ein Bericht der internen Revision vorliegt, der die Verzögerungstaktik der Landesregierung unter anderem auch auf eine Weisung der damaligen Bildungslandesrätin Bogner-Strauß zurückführen könnte. Die scheinbar versucht haben soll, die Ansprüche der Landeslehrerinnen und Landeslehrer zu verjähren und damit dem Land Steiermark und dem Landesbudget auf Kosten der Landeslehrer_innen 3,6 Millionen Euro zu ersparen. Sehr geehrte Damen und Herren, bei diesem fraglichen Vorgehen kann man nicht zurück zur Tagesordnung gehen. Vor allem auch dann nicht, wenn man weiß, wie ein solcher Fehler in der Privatwirtschaft gehandelt wird. Für jede Unternehmerin und für jeden Unternehmer, der seiner Mitarbeiterin/seinem Mitarbeiter Ansprüche in der Vorsorgekasse über 15 Jahre lang vorenthalten würde, würde das bedeuten, dass Arbeiterkammer und Sozialversicherung dieses Unternehmen in Grund und Boden klagen würden. Dass Arbeiterkammer und Sozialversicherung zurecht Strafzahlungen von diesem Unternehmen fordern würden. Doch, wenn es die Landesregierung macht, wenn es das Land Steiermark macht, wenn der Staat Vertragsbediensteten 15 Jahre lang Ansprüche vorenthält und sich fünf Jahre lang auch noch zurücklehnt und es nicht schafft, eine Lösung auf den Boden zu bringen, dann soll alles egal sein und ganz anders sein. Dann ist alles offensichtlich gar kein Problem. Lassen Sie mich aber ein wenig genauer in die Materie eintauchen, damit sich alle Zuhörerinnen und Zuhörer auch ein genaues Bild über diesen Fall schaffen können. Mit dem 1. Jänner 2009 kam es zu einer Gesetzesnovelle des Vertragsbedienstetengesetzes auf Bundesebene, das auch das Gesetz für die steirischen Landesvertragslehrer_innen massiv beeinflusst hat. Denn ab 1. Jänner 2009 fällt unter dem Begriff des Entgelts auch Sonderzahlungen, wie beispielsweise das 13. und 14. Gehalt, was zuvor nicht der Fall war. Man hätte also ab dem 1. Jänner 2009 die Berechnungsgrundlage für die Vorsorgekasse, also die Abfertigung, für alle Landeslehrer_innen neu berechnen und umsetzen müssen. Denn ab diesem Zeitpunkt mussten auch alle Sonderzahlungen berücksichtigt werden. Doch die Umstellung hat man im Amt der Steiermärkischen

Landesregierung, die damals noch für die Berechnung zuständig war, offensichtlich übersehen. Zehn Jahre lang blieb dieser Fehler scheinbar für Landesregierung und Bildungsdirektion unbemerkt. Doch spätestens im Jahr 2019 kam dieser Fall ans Licht und spätestens seit im Dezember 2019 wissen Landesregierung und Bildungsdirektion von diesem Fehler. Denn ein Mitglied des Zentralausschusses der Berufsschullehrer trat in Form einer Mail an die Landesregierung, an die Bildungsdirektion heran und zeigte diesen Missstand auf und machte klar, dass zehn Jahre lang die falschen Beiträge in die Mitarbeitervorsorgekasse einbezahlt worden waren. Einfach unfassbar ist für mich, dass der Aufdecker dieses Fehlers, Andreas Berghold, er ist unabhängiger Lehrgewerkschafter, bis heute keinerlei Antwort bekommen hat. Weder von der Landesregierung, noch von der Bildungsdirektion, weder er noch die rund 7.000 betroffenen Lehrerinnen und Lehrer wurden seitdem informiert. Also, beispielsweise durch ein Informationsschreiben darüber wie man versucht, diesen Fehler zu beheben. Stattdessen werden sie mit Lippenbekenntnissen in den Medien abgespeist. Da bleibt einem nichts Anderes zu sagen als, dass Wertschätzung definitiv anders aussieht. Zu dem herrscht bei einem Medienbericht bei vielen Lehrkräften derzeit auch eigentlich die berechnete Sorge, dass ihnen aus der Fehlerverrechnung ein Schaden entstehen könnte und der Abfertigungsanspruch niedriger ausfällt, als er gesetzlich sein sollte. Denn auch mit der Rückverrechnung scheint es nicht ganz rund zu laufen. So stellt es zumindest der Leiter des Präsidialbereiches der Bildungsdirektion laut Medienberichten dar. Denn seit 2021 wird über ein Rechnungssystem des Bundes verrechnet, das rückwirkende Buchungen nur beschränkt zulässt. Das alte System, mit dem das einfacher möglicher gewesen wäre, sei mittlerweile gar nicht mehr in Gebrauch und müsste extra für die Rückabwicklung dieser Beiträge wieder aktiviert werden. Einer der wichtigsten Fragen, mit der wir uns aber hier im Landtag beschäftigen müssen, ist der Umstand, wie es zu einer fünfjährigen Verzögerung kommen konnte. Denn hier scheint die Politik im Land nicht unschuldig zu sein. Denn wie medial bekannt ist, hält der für die Abwicklung zuständige Beamte im Bericht der internen Revision fest, so wie es auch in Medienberichten veröffentlicht wurde, dass es eine politische Weisung aus dem Büro der damaligen zuständigen Landesrätin Bogner-Strauß gegeben hätte. Das Ziel scheint damals gewesen zu sein, finanzielle Ansprüche in Höhe von 3,6 Millionen Euro der Pädagoginnen und Pädagogen verjähren zu lassen, um so Kosten im Landesbudget einsparen zu können. Das ist definitiv ein unangenehmes Thema für die Landesregierung und es ist daher auch nicht verwunderlich, dass dem besagten Beamten aktuell auch noch dienstrechtliche, organisatorische und disziplinarische Konsequenzen angedroht werden. Denn er

soll sich nicht an den Dienstweg gehalten haben und direkt mit dem Büro der Landesrätin kommuniziert haben und nicht, wie es der Dienstweg vorschreibt über die zuständige Bildungsdirektorin Elisabeth Meixner. Doch, sehr geehrte Damen und Herren, für das Ergebnis ist eigentlich egal, wer mit dem Büro der Landesrätin kommuniziert hat. Wenn es das Ansinnen der Landesregierung war, finanzielle Ansprüche der Landeslehrerinnen und Landeslehrer verjähren zu lassen, dann ist es ein handfester Skandal, den der Landtag hier auf den Grund gehen muss. Die gute Nachricht ist nun für alle Landeslehrerinnen und Landeslehrer, dass ihre Ansprüche nicht verjähren und die scheinbare Verzögerungstaktik, die die Landesregierung am Anfang eingeschlagen hat, nicht aufgeht. Denn die Landesregierung muss den Landeslehrerinnen und Landeslehrern ihre 3,6 Millionen in die Vorsorgekasse ausbezahlen. Wichtig für uns als Landtag ist es heute aber nicht endlich eine Antwort darauf zu bekommen, wann die Landesregierung das Problem endlich löst und die 3,6 Millionen Euro plus Verzugszinsen im Idealfall endlich in die Vorsorgekasse einzahlt, denn jeder Unternehmer und jede Unternehmerin müssten das sofort machen plus Strafzahlungen und könnten sich nicht fünf Jahre lang zurücklehnen, sondern vor allem ist auch wichtig, endlich Licht ins Dunkel zu bringen, ob es eine Weisung der Landesregierung gab und ob bewusst versucht wurde, die Ansprüche der Landeslehrerinnen und Landeslehrer verjähren zu lassen. Und genau darum möchte ich auch folgenden Fragen an Sie richten, Herr Landesrat:

1. Wann hat die Bildungsabteilung des Landes Steiermark erstmals von möglichen falschen Gehaltsverrechnungen erfahren?
2. Wie viele Personen sind davon betroffen?
3. Wie hoch ist die genaue Schadenssumme?
4. Von wann bis wann kam es zu diesen fehlerhaften Verrechnungen?
5. Wie kam es zu dieser fehlerhaften Berechnung?
6. Welche Landesrät_innen bzw. politische Abteilungen waren dafür zuständig?
7. Welche Schritte wurden vom zuständigen Landesrat bzw. der zuständigen Landesrätin gesetzt und wann sind diese Schritte erfolgt?
8. Wann und von wem wurden Sie erstmals persönlich von den fehlerhaften Einzahlungen in die Vorsorgekasse informiert?
9. Stimmt es, dass das Land bereits im Dezember 2019 explizit auf die Vorwürfe hingewiesen wurde?
10. War der Fehler zu diesem Zeitpunkt im Dezember 2019 der Landesabteilung oder der Bildungsdirektion ohnehin bereits bekannt?

11. Wurde das Thema der fehlerhaften Gehaltsverrechnungen auch in den Regierungssitzungen besprochen? Wenn ja, wann und wie oft?
12. Wurden zusätzliche Rücklagen in Ihrer oder anderen Abteilung bzw. der Bildungsdirektion gebildet, um die erwartbaren Mehrkosten zu bedecken?
13. Gab es bezüglich dieses Problems Gespräche zwischen der Personalvertretung und der Abteilung 6? War Ihr politisches Büro involviert?
14. Wenn ja, wie viele davon gab es und wann haben diese stattgefunden? Wer war bei diesen Gesprächen anwesend?
15. Gab es bezüglich dieses Problems Gespräche zwischen der Bildungsdirektion und der Abteilung 6? War das politische Büros involviert?
16. Wenn ja, wie viele und wann haben diese stattgefunden? Wer war bei diesen Gesprächen anwesend?
17. Gab es bezüglich dieses Problems Gespräche zwischen Personalabteilung und der Abteilung 6?
18. Wenn ja, wie viele und wann haben diese stattgefunden? Wer war anwesend bei diesen Gesprächen?
19. Gab es Verhandlungen mit der Personalabteilung, ob diese die Mehrkosten übernimmt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
20. Gab es bezüglich dieses Problems Gespräche zwischen der Finanzabteilung und der Abteilung 6?
21. War Finanzlandesrat Lang in die Gespräche involviert? Wenn ja, was war seine Empfehlung?
22. Gab es von Finanzlandesrat Lang bzw. seinem Büro eine Empfehlung, vorerst abzuwarten, um die Landesfinanzen nicht zu belasten?
23. Gab es Verhandlungen mit der Finanzabteilung, ob diese die Mehrkosten übernimmt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
24. Wieso wurde dieser Verrechnungsfehler erst 2021 behoben, obwohl die Bildungsdirektion und Landesregierung bereits seit 2019 von der fehlerhaften Berechnung wussten?
25. Wie kann es sein, dass dieser Missstand zehn Jahre lang niemandem aufgefallen ist?
26. Haben Sie Kenntnis von den Vorwürfen, dass die ehemalige Bildungslandesrätin Bogner-Strauß einen Bediensteten angewiesen haben soll, die Ansprüche der Lehrer_innen verjähren zu lassen?

27. Haben Sie Überprüfungen eingeleitet, ob an diesen Vorwürfen etwas dran ist?
28. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
29. Haben Sie Ihre Vorgängerin und jetzige ÖVP-Nationalratsabgeordnete Juliane Bogner-Strauß nach der angeblichen Weisung gefragt?
30. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
31. Gehen Sie davon aus, dass diese Weisung - wenn sie in der behaupteten Form stattgefunden hat - rechtskonform war?
32. Wie bewerten Sie diese Weisung?
33. Was sind die wichtigsten Ergebnisse der internen Revision?
34. Wie viele Treffen gab es zum medial kommunizierten Schadensplan bereits?
35. Wieso wurde bis heute keine zufriedenstellende Lösung für die betroffenen Lehrkräfte gefunden?
36. Wann wird es für die betroffenen Lehrkräfte eine Lösung zur Abfertigungsfrage geben?
37. Können Sie versichern, dass es noch vor der Landtagswahl zu einer abschließenden Lösung kommt?
38. Welche Lehren ziehen Sie aus der Causa?

Ich hoffe, dass mit dieser Dringlichen Anfrage nicht nur Licht ins Dunkel kommt, sondern auch klar aufgelegt wird, ob es hier eine Weisung gab oder nicht. Danke sehr. *(Beifall bei den NEOS – 15.41 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Ich erteile Herrn Landesrat Werner Amon das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Ich bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Amon, MBA – ÖVP (15.41 Uhr): Ja, vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich doch sagen, dass ich einigermaßen überrascht bin, dass der Herr Klubobmann Swatek heute eine Dringliche Anfrage einbringt, die mir zwar Gelegenheit bietet, hier ein paar Dinge zu dieser sehr unangenehmen Angelegenheit zu sagen. Auf der anderen Seite ist der Zeitpunkt mir nicht ganz nachvollziehbar, denn die Angelegenheit ist seit gut einem halben Jahr auch der Öffentlichkeit bekannt und es hätte zweifelsohne viele Momente gegeben, wo Sie wahrscheinlich tatsächlich eine Dringliche Anfrage, um Licht ins

Dunkel zu bringen hätten einbringen können. Jetzt sind Sie nicht mehr der Aufklärer, Herr Klubobmann, der Aufklärer bin ich. Denn ich habe die Angelegenheit in Bearbeitung genommen. Ich war es, der die interne Revision des Landes ersucht hat, hier entsprechende Überprüfungen vorzunehmen. Ich war es, der dem Bundesminister für jene Bereiche, die den Vollzug des Bundes betreffen, beauftragt und ersucht hat, hier die interne Revision des Bundes in Gang zu setzen. Und ich war es auch, und das möchte ich vorweg sagen, der also den konsolidierten Bericht der internen Revision sowohl des Landes als auch des Bundes, diesen Bericht an die Landesspitze in Person des Herrn Landeshauptmannes, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters und aller im Landtag vertretenen Klubobleute übermittelt hat, damit eben hier möglichst große Transparenz gewährleistet ist. Ich möchte aber dennoch festhalten, dass der Bund diesen Bericht als Verschlussakt klassifiziert hat und dass die interne Revision des Landes diesen Bericht als vertraulich klassifiziert hat. Und deshalb ist es bemerkenswert, dass einerseits hier Zitate aus dem Bericht erfolgt sind und Sie mich andererseits auffordern, aus dem Bericht zu zitieren und dass Sie heute eine Entschließung einbringen, die mich auffordert, diesen Bericht zu veröffentlichen. Ich halte fest, dass sowohl Landesgesetze als auch Bundesgesetze mich daran hindern, diesen Bericht zu veröffentlichen, selbst wenn der Landtag diesen Beschluss fassen würde. Und das, Herr Klubobmann Swatek, wäre anderswo außerhalb des Schutzes der Immunität eine Anstiftung zum Amtsmissbrauch. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zur Beantwortung Ihrer Fragen:

Zur Frage 1: Mit Schreiben vom 10.07.2023 der Bildungsdirektion für Steiermark hat die Abteilung 6 erstmals Kenntnis erlangt. In diesem Schreiben hat die Bildungsdirektion für Steiermark, die Abteilung 6, darauf hingewiesen, dass die betriebliche Mitarbeitervorsorge für allgemeine Pflichtschulen und berufsbildende Pflichtschulen Lehrpersonen im Zeitraum von 2009 bis 2020 falsch berechnet worden sei und ersucht an die Fachabteilung Verfassungsdienst heranzutreten, um abzuklären, ob diese Ansprüche verjährt seien. Dieses Ersuchen wurde an die Fachabteilung Verfassungsdienst weitergeleitet.

Zur Frage 2: Es sind exakt 7.026 Lehrpersonen betroffen.

Zur Frage 3: Derzeit wird von zu wenig geleisteten Beiträgen in der Höhe von 3.657.601,23 Euro ausgegangen. Im Zuge der ab April startenden Aufrollung und Nachzahlungen kann sich dieser Betrag noch geringfügig ändern. Die Höhe des Zinsverlustes ist erst im Anschluss berechenbar.

Zur Frage 4: Die mit 01.01.2009 in Kraft getretene Dienstrechtsnovelle wurde hinsichtlich der Änderungen bei der Abfertigung neu, vor allem, was die zu diesem Zeitpunkt neu eingeführte Einbeziehung der Sonderzahlungen des 13. und 14. Monatsgehalts in die Bemessungsgrundlage betrifft, irrtümlicherweise nicht umgesetzt. Es kam also bei allen Verrechnungen ab 01.01.2009 zu diesem Fehler. Er wurde im Jahr 2020 mit Wirkung 01.01.2021 korrigiert und auch für alle im Jahr 2020 erfolgten Gehaltsabrechnungen bereits 2021 rückabgewickelt. Somit kam es tatsächlich bis Herbst 2020 zu fehlerhaften Verrechnungen im Ergebnis bis Dezember 2019.

Zur Frage 5: Wie oben erwähnt, haben sich die gesetzlichen Grundlagen für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage der betrieblichen Mitarbeitervorsorgekasse nach dem Vertragsbedienstetengesetz 1984, Bundesgesetzblatt Nr. 86 aus 1948 mit der Dienstrechtsnovelle, Bundesgesetzblatt Nr. 147 aus 2008 ab 01.01.2009, dahingehend geändert, dass ab diesem Zeitpunkt als Bemessungsgrundlage das monatliche Entgelt sowie allfällige Sonderzahlungen heranzuziehen gewesen wären. Diese Gesetzesänderung hätte durch Einspielung eines dieser Novelle entsprechenden Updates in das damals verwendete Personalverwaltungsprogramm des Landes, STIPAS, umgesetzt werden müssen. Dies ist allerdings nicht erfolgt.

Zur Frage 6: Die Zuständigkeiten im Jahr 2009, als die angesprochene Novelle kundgemacht wurde, stellt sich wie folgt dar: Für Bildung war die zuständige Landesrätin die Frau Dr. Bettina Vollath und der amtsführende Präsident des Landesschulrats war Mag. Wolfgang Erlitz. Was mit politischen Abteilungen gemeint ist, kann nicht nachvollzogen werden. Sollte die Abteilung des Landes oder Abteilungen des Landes gemeint sein, waren 2009 die Abteilung 6 für die inhaltliche Vorgabe sowie die Abteilung 4 für die Verrechnung für das Landeslehrerpersonal zuständig.

Zur Frage 7: Welche Schritte von der damals zuständigen Landesrätin gesetzt worden sind, kann ich nicht beantworten. Ich gehe aber davon aus, dass diese Umstände weder der Landesrätin noch dem damals amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates bekannt waren. Ich bin als Bildungslandesrat im Juni 2023 über die unvollständigen Beiträge an die betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse in Kenntnis gesetzt worden. Sofort nach Bekanntwerden habe ich erste interne Erhebungen in der Bildungsdirektion für Steiermark in meiner Funktion als Bildungslandesrat und Präsident der Bildungsdirektion für Steiermark vorgenommen. Nachdem die erhaltenen Auskünfte aber lückenhaft und teilweise widersprechend waren, wurde die Landesamtsdirektion von mir ersucht, die Angelegenheit

durch interne Revision zu prüfen und bin ich auch an den Bundesminister herangetreten, auf Bundesebene die Angelegenheit ebenfalls durch interne Revision aufzuarbeiten. Zeitgleich wurde auch die Personalabteilung von mir ersucht, allfällige dienst-, disziplinar- und strafrechtliche Verfehlungen zu prüfen.

Zur Frage 8: Die Personalvertretung der Berufsschullehrer und Berufsschullehrerinnen setzte eine Referentin aus meinem Büro im Juni 2023 über die unvollständigen Beiträge in Kenntnis.

Zur Frage 9: Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung und die Bildungsdirektion für Steiermark wurden von einem Personalvertreter im Dezember 2019 über eine mögliche Fehlberechnung informiert. Von Vorwürfen war zum damaligen Zeitpunkt nicht die Rede.

Zur Frage 10: Weder den Landesabteilungen noch der Bildungsdirektion für Steiermark waren die Fehler bekannt.

Zur Frage 11: Nein.

Zur Frage 12: Nein.

Zur Frage 13: Das ist mir nicht bekannt.

Frage 14: Siehe Antwort Frage 13.

Zur Frage 15: Jedenfalls lud ich im September 2023 zu einem aufklärenden Gespräch mit den betroffenen Dienststellen des Landes und der Bildungsdirektion.

Zur Frage 16 darf ich auf die Frage 15 verweisen.

Zur Frage 17: Laut Auskunft der beiden Abteilungen haben solche Gespräche nicht stattgefunden.

Zur Frage 18 verweise ich auf die Frage 17.

Zur Frage 19: Verhandlungen sind im Prozedere nicht vorgesehen, da die Verantwortung gegenüber den Geschädigten aus meiner Sicht jedenfalls wahrzunehmen ist. Es handelt sich schließlich um gesetzliche Bestimmungen einer Beitragsleistung.

Zu den Fragen 20 bis 21: Darüber ist mir nichts bekannt.

Zur Frage 23 erlaube ich mir den Verweis auf die Frage 19.

Zur Frage 24: Die erste Konfrontation der Bildungsdirektion mit dem Thema erfolgte im Dezember 2019. Zu diesem Zeitpunkt war die Verrechnung der Dezembergehälter abgeschlossen. Begründungen für die nicht frühere Behebung bzw. Sanierung des Problems finden sich im Bericht der internen Revision des Landes und des Bundes, der Ihnen, Herr Klubobmann, wie gesagt vorliegt.

Zur Frage 25: Die Beantwortung dieser Frage ist Gegenstand der Untersuchungen.

Zu den Fragen 26 bis 28: Ich weise diese Frage zurück, da es keine Vorwürfe gibt, dass die ehemalige Bildungslandesrätin Dr. Bogner-Strauß einen Bediensteten in dieser Causa in irgendeiner Weise eine Anweisung oder Weisung gegeben hätte.

Zur Frage 29: Ja.

Zur Frage 30: Sie sagte mir, dass sie erstmals von mir mit diesem Thema konfrontiert worden ist.

Zu den Fragen 31 und 32: Ich halte nochmals fest, es gab keine Weisung.

Zur Frage 33: Ihnen ist der Bericht seit 29. Februar 2024 bekannt. Da Ihnen auch bekannt ist, dass es sich bei dem Revisionsbericht um eine Verschlussakte handelt, wäre diese Frage, wie ich heute schon einmal erwähnt habe, als Anstiftung zum Amtsmissbrauch zu werten.

Zur Frage 34: Ich halte fest, es wurde bisher kein Schadensplan kommuniziert. Ich beabsichtige aber, nach Abschluss aller Erhebungen und Gespräche, die Sanierung der Angelegenheit sicherzustellen.

Zur Frage 35: Ich gehe davon aus, dass alle betroffenen Lehrkräfte froh darüber sind, dass sich diese Landesregierung dem Problem angenommen hat und einer Lösung zuführen wird.

Zu den Fragen 36 und 37: Aus heutiger Sicht wird es vor der Landtagswahl eine abschließende Lösung geben.

Zur Frage 38: Gerne informiere ich den Landtag über alle Konsequenzen, wenn die Causa abschließend beurteilt werden kann.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.53 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich eröffne nun mal die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Und zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann, Niko Swatek. Bitte schön.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (15.53 Uhr): Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat Amon!

Ich muss gestehen, ich muss immer ein bisschen schmunzeln, wenn ich Ihnen beim Debattieren zuhören darf, denn Ihr Vorgehen ist eigentlich immer das Gleiche. Sie beginnen mit einer Nebelgranate und hoffen, dass diese Nebelgranate alle Zuhörerinnen und Zuhörer den Blick auf das Tatsächliche verschleiert. So wie heute auch, wo Sie mir vorgeworfen haben, ich hätte aus dem Bericht der internen Revision zitiert und mir sogar hier in diesem

Raum eine Straftat vorgeworfen. Herr Landesrat, eigentlich ist das peinlich Ihr Diskussionsstil, sage ich ganz offen und ehrlich. Ich kann mit bestem Wissen und Gewissen sagen, dass ich bei der gesamten Aufarbeitung dieses Falles mich rein auf Medienberichte zurückgezogen habe, weil ich den internen Revisionsbericht auch gar nicht gelesen habe, als ich diese Dokumente eingebracht habe und als ich diese Rede auch verfasst habe. Also zu sagen, ich hätte daraus zitiert, ist eine peinliche Nebelgranate. Eine Nebelgranate, die auch recht eindeutig ist, denn offensichtlich basiert ihr Stil, wenn es darum geht, die Landesregierung vor Schaden zu bewahren, darauf, andere Leute anzuschwärzen. Schauen wir uns z. B. auch nur den Beamten an, der, ja, wie in Medienberichten auch bekannt ist, festhält, dass er offensichtlich eine Weisung aus dem Büro der Landesrätin bekommen hätte. Der muss nämlich mit disziplinarischen Konsequenzen rechnen. Das ist die Art und Weise, wie Sie mit jenen umgehen, die hier auch Informationen an den Tag legen. Und das finde ich auch insofern interessant, weil Sie gerade auch bei der Beantwortung der Frage gesagt haben, es gäbe keinerlei Informationen und Sie hätten kein Vorwissen, es würde nichts dazu geben und es würde auch nie jemand irgendwas gesagt haben, dass es hier eine Weisung gegeben hätte. Na, offensichtlich gibt es die schon. Wenn offensichtlich laut Medienberichterstattung der Beamte, der für die Abwicklung zuständig war, sagt, dass er eine Weisung aus dem Büro der Landesrätin bekommen hat, dann müsste ein wahrer Aufdecker diesem Fall nachgehen. Und das tun Sie nicht. Das tun Sie bewusst nicht, weil Sie wissen, was das auslösen würde. Und wenn Sie uns hier heute sagen, dass die Frau Landesrätin Bogner-Strauß von diesem Fall von 3,6 Millionen Euro an Ansprüchen, die Landeslehrerinnen und Landeslehrer noch unter ihrer Verantwortung vorenthalten wurden, nichts gewusst hat und Sie die erste Person waren, die sie darüber informiert haben, ja sehr geehrter Herr Landesrat, da glaube ich lieber an den Osterhasen als an eine unwissende Landesregierung. Das kann mir niemand erzählen, dass eine Landesrätin bei 3,6 Millionen Euro Schaden für ihr Landesbudget nichts davon gewusst hätte. Das ist absolut unglaublich. Und das sieht, glaube ich, wirklich jeder und jede, die Ihren Ausführungen heute hier zuhört. Denn, natürlich, wenn ich als Landesrätin mit so einem Fall konfrontiert bin, dann gehe ich dem nach. Und, wenn mein Büro mir vorenthalten würde, als Landesrätin, dass ich ein Problem in Höhe von 3,6 Millionen Euro habe und davon nichts erfahren würde, das ist einfach nicht möglich. Sind wir uns ehrlich, die Landesrätin hat es vermutlich gewusst und Sie haben das sicherlich auch in der Landesregierung diskutiert. Natürlich ist das eine Mutmaßung, aber wenn bei 3,6 Millionen Euro die Landesregierung nicht handelt und nicht diskutiert, dann glaube ich, muss man sich die ernste Frage stellen, ob

der Landesregierung 3,6 Millionen Euro als Schadensfall wirklich so egal sind. Und da das immer das Landesbudget beeinflussen würde, bin ich mir ziemlich sicher, dass dieser Fall nie von irgendjemandem vom Tisch gewischt wurde. Nur, dummerweise hat der Beamte halt gesagt, dass er eine Weisung erhalten hat. Und jetzt muss man auf Tarnen und Täuschen setzen, um sich selbst von jeglichem Schaden freizuhalten. Sehr geehrter Herr Landesrat, natürlich kann man einen Bericht der internen Revision auch offenlegen. Natürlich könnten Sie mit dem zuständigen Minister auf Bundesebene auch in Gespräche treten und sagen, ja, veröffentlichen wir das einfach. Schauen wir einfach, zeigen wir den Bürgerinnen und Bürgern schwarz auf weiß, was hier passiert ist. Veröffentlichen wir diesen Bericht doch einfach. Wir hatten den Fall erst vor kurzem hier auch im Land Steiermark, dass ein Bericht der internen Revision veröffentlicht wurde unter der Landesrätin Ursula Lackner. Das ist ein Vorbild, das ich mir auch für Sie wünschen würde, Herr Landesrat, dass auch Sie hier den Mut haben würden, zumindest mit dem Gedanken zu spielen, diesen Bericht zu veröffentlichen und nicht nur auf Einschüchterung und Nebelgranaten zu setzen. Genau darum möchte ich auch den Antrag einbringen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert die Ergebnisse der Überprüfung durch die Innenrevision im Zusammenhang mit der fehlenden Lehrer_innenabfertigung zu veröffentlichen sowie dem Landtag vollständig vorzulegen.

Sehr geehrter Herr Landesrat, die Dringliche Anfrage hat heute einen ganz einfachen Grund. Denn bis vor kurzem war nicht bekannt, medial, dass es hier offensichtlich zu einer Weisung gekommen ist und wenn es hier zu einer Weisung gekommen ist, dann ist es die Aufgabe der Opposition, ist es die Aufgabe des Landtags dem nachzugehen. Und natürlich ist es Ihr Auftrag als Landesrat, als Teil der Landesregierung, jeglichen Schaden von sich zu weisen. Aber dann bleiben wir doch bitte bei einer Debatte, die das Wort auch verdient und die nicht mit Nebelgranaten und mit Angstmacherei um sich wirft. Danke sehr. *(Beifall bei den NEOS – 16.00 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Der Herr Landesrat bitte ad hoc. Bitte schön, Herr Landesrat.

Landesrat Amon, MBA – ÖVP (16.00 Uhr): Ja, danke, Frau Präsidentin! Hoher Landtag, geschätzter Herr Klubobmann Swatek!

Man kann doch gewisse Dinge einfach nicht so stehen lassen, weil es geht nicht um Nebelgranaten und es geht auch nicht darum, dass ich mit dem Gedanken spielen soll, wie Sie wörtlich gesagt haben, ob ich nicht doch veröffentlichen möchte. Herr Kollege Swatek, Sie sind vereidigt auf die Gesetze dieses Landes. Sie sind vereidigt auf die Verfassung, ebenso wie ich. Und Gesetze verbieten es, einen Bericht der internen Revision, der als vertraulich klassifiziert ist, einen Bericht der internen Revision des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der als Verschlussakt qualifiziert ist, zu veröffentlichen. Da geht es nicht um Gedankenspiele, Herr Klubobmann, das verbieten gesetzliche Bestimmungen. Das möchte ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit sagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und, wenn man hier von Nebelgranaten spricht, dann möchte ich Ihnen noch etwas sagen, Herr Klubobmann, wenn Sie hier Behauptungen erheben, es habe eine Weisung der damaligen Landesrätin, Dr. Bogner-Strauß, gegeben. *(Unverständlicher Zwischenruf)* Nein, nein, das behauptet der Beamte nicht. Das behauptet der Beamte nicht. Sie haben hier behauptet, dass die Landesrätin eine Weisung gegeben hätte und ich möchte Ihnen Folgendes sagen, ich sage es Ihnen nur theoretisch, wie es rechtlich aussieht mit einer Weisung. Wenn ein Beamter eine widerrechtliche Weisung erhält und es wäre wohl eine widerrechtliche Weisung gewesen, ein Gesetz nicht ordnungsgemäß zu vollziehen, dann muss dieser Beamte die Weisung schriftlich verlangen. Dann kommt dem Beamten eine Anzeigepflicht zu. Und, wenn er diese widerrechtliche Weisung nicht schriftlich erhält, gilt ex lege diese Weisung als zurückgezogen. Und daraus ergibt sich die Logik, dass es keine Weisung gegeben hat, Herr Swatek. Das darf ein Klubobmann auch wissen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.02 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Detlev Eisel-Eiselsberg. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (16.02 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Vorweg möchte ich klarstellen, es ist zu keinem Zeitpunkt behauptet worden, dass hier keine Fehler passiert sind. Im Gegenteil. Gerade der Herr Landesrat hat dieses Thema unmittelbar aufgegriffen. Es wird an der Behebung gearbeitet. Ja, auch das verwundert vielleicht, dass es so lange dauert, aber es ist ein sehr, sehr komplexes System. Das liegt gar nicht daran, dass es

so viele Jahre sind, sondern das System an und für sich ist sehr komplex und es gab auch eine Systemumstellung in der Verrechnung. Es dauert also seine Zeit. Der Herr Landesrat hat zu jedem Zeitpunkt zugesagt, dass keiner der betroffenen Pädagoginnen und Pädagogen etwas verlieren wird. Und er hat auch heute betont, er wird dieses Problem lösen. Das ist einmal eine Kurzzusammenfassung. Zum Thema Weisung hat jetzt der Herr Landesrat schon einiges ausgeführt. Und ich kann nur sagen, als Landesbediensteter, der auch seine Dienstprüfung vor vielen, vielen Jahren gemacht hat. Fast in jeder Dienstprüfung wird die Frage gestellt: Können Sie aus einem politischen Büro eine Weisung bekommen? Also der Mitarbeiter in der Landesverwaltung. Das ist eine sehr gängige Frage, die offensichtlich sich zum Kollegen Swatek nicht durchgesprochen hat, weil es immer wieder diese Diskussionen gegeben hat. Ist das überhaupt möglich? Nein, ist es nicht, falls Sie einmal eine Dienstprüfung machen, Herr Swatek. Und ich gehe auch davon aus, wenn jetzt diese Weisung im Raum gestellt wird, bei dir weiß man nie, Herr Klubobmann, hast du es in der Zeitung gelesen, hast du es irgendwo gehört, hat es dir jemand erzählt? Ich habe zumindest den Eindruck, dass ich dir da nicht immer folgen kann, wo du deine Informationen herhast. Aber der Herr Landesrat hat auch diesen Vorhalt zurückgewiesen, auch in der Anfragebeantwortung. Es hat keine Weisung gegeben. Und ich denke, gäbe es da Informationen, stichhaltige Informationen dazu, vielleicht gar einen Schriftverkehr, gehe ich davon aus, dass die interne Revision dieser Frage nachgegangen wäre. So viel einmal in der Kurzzusammenfassung. Aber dieses Thema ist ja im September des Vorjahres, wenn ich mich richtig erinnere, virulent geworden. Dann hat es auch eine schriftliche Anfrage gegeben am 17. Oktober. Ich denke, das war eigentlich der Zeitraum oder Zeitpunkt, diesem Thema eine Dringlichkeit zuzuerkennen - im Herbst, September, Oktober. Zu dem Zeitpunkt erschien es aber nicht sehr dringlich. Eine schriftliche Anfragebeantwortung wurde eingebracht. Diese Anfrage wurde am 18.12.2023 beantwortet. 28 Detailfragen wurden gestellt und diese wurden beantwortet. Es war also im Herbst nicht dringlich, ein halbes Jahr später, Herr Klubobmann Swatek, ist es dringlich. Du hast in deiner Wortmeldung gesagt, man kann heute nicht zur Tagesordnung übergehen. Ich würde meinen, man hätte auch in der Landtagssitzung am 17.10. das dringlich machen können. Man hätte in der Landtagssitzung am 21.11., am 12.12., am 23. Jänner oder am 27. Februar dieses Thema dringlich diskutieren können. Nein, ein halbes Jahr später, Herr Kollege Swatek, ist es aus deiner Sicht dringlich. Und dieser Revisionsbericht, wie ich heute gehört habe, ist am 29.02. allen Klubobleuten zugegangen. Auch dir, Herr Kollege Swatek. Du sagst jetzt hier, du hast nicht einmal hineingeschaut. Dann glaube ich auch so wie du an den Osterhasen. Und ich

gehe davon aus, dass dieser Bericht eine gewisse Wissensanreicherung bei den Klubobleuten ermöglicht hat. Ich kenne den Inhalt dieses Berichts nicht, aber ich kenne, glaube ich, die Arbeit von der internen Revision. Die gehen den Dingen sehr, sehr genau nach und bringen zumeist sehr erhellende Dinge zutage. Also, das Wissen oder die Antworten auf die 28 Detailfragen, das Wissen aus dem Revisionsbericht hindert dich nicht daran, heute, ein halbes Jahr später, also am 13.03. eine Dringliche Anfrage einzubringen, die wir heute hier debattieren. Und was ist der Inhalt dieser heutigen Dringlichen Anfrage? 38 Detailfragen, die sich aus meiner Sicht im Kern, im Großen und Ganzen nicht von den 28 Fragen vom Oktober des Vorjahres unterscheiden. Manche sind ein bisschen aufgedrösel, dass es zehn mehr sind, aber inhaltlich ist nichts Neues dazugekommen. Und bemerkenswert ist in diesem dringlichen Antrag eine Passage, ich zitiere daraus, wenn ich es gleich einmal finde. Die Dringliche Anfrage auf der zweiten Seite: „Nun wurde“, steht hier, „nun wurde abermals durch Medienberichte bekannt, dass der Prüfbericht der internen Revision bereits vorliege.“ Also, du bekommst den Bericht der internen Revision am 29.02. und schreibst am 13.03. in die Dringliche Anfrage hinein, angeblich liegt der vor. Herr Kollege Swatek, ich muss einfach die Frage stellen, was soll das? *(KO LTAbg. Swatek – Unverständlicher Zwischenruf)* Wer will hier wen in die Irre führen, Herr Klubobmann Swatek? *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und dieses angereicherte Wissen, Herr Klubobmann Swatek, hindert dich nicht daran - du kennst also die Anfragebeantwortung, du hast den Revisionsbericht – hindert dich nicht daran, am 16. März, also bald drei Wochen nach der Vorlage des Revisionsberichts, in der Zeitung einen großen Artikel zu lancieren: Skandal, politische Affäre. Du wirst zitiert, du musst hier Licht ins Dunkel bringen und eine lückenlose Aufklärung muss beginnen. Du lässt völlig außer Acht, dass du eigentlich schon ganz viele Informationen zu diesem Thema hast. Und die heutige Dringliche, meine geschätzten Damen und Herren, kann logischerweise nicht viel Licht ins Dunkel bringen, weil ganz, ganz viele Informationen bereits bekannt sind. Aber es bringt Licht in die Art und Weise deiner politischen Arbeit, Herr Kollege Swatek. Nämlich auf Basis des dargestellten Zeitlaufs. Wann hast du was gewusst, wann hast du was gemacht daraus? Ich muss einfach die Fragen stellen: Geht es dir tatsächlich um Transparenz? Geht es dir tatsächlich um Aufklärung? Geht es dir tatsächlich um die Sache? Deine Vorgangsweise, lieber Herr Klubobmann Swatek, bringt nicht Licht ins Dunkel, sondern ganz viel Schatten. Auf deine Art und Weise, wie du hier im Hause immer wieder agitierst – mit Mutmaßungen und Unterstellungen, mit Skandalisierung, mit Anpatzen und mit einer völlig unangebrachten

Verunsicherung der Pädagoginnen und Pädagogen. Zusammengefasst aus meiner Sicht politisches Kleingeld in Reinkultur. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.10 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS mit der Einl./Zahl 3801/2 betreffend Veröffentlichung des internen Revisionsberichts zur Lehrerinnenabfertigung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit ist die Tagesordnung für den heutigen Tag abgearbeitet.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste reguläre Sitzung voraussichtlich am 23. April 2024 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Genießen Sie noch heute den Josefitag. Wie immer, versuchen Sie zuerst die positiven Dinge des Lebens zu sehen, bleiben Sie gesund.

Die Sitzung ist geschlossen.

16.12 Uhr.